



# Plenarprotokoll

## 81. Sitzung

Mittwoch, 18. Februar 2015

**Gedenkminute für die Opfer der Terroranschläge von Kopenhagen..** 6749

**Nachruf auf den ehemaligen Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, Abgeordneten und Landesminister Dr. Karl-Heinz Narjes.** 6750

**Nachruf auf den ehemaligen Abgeordneten Herbert Weidling.....** 6751

**Verhältnis der Judikative zur Exekutive in Schleswig-Holstein .....** 6751

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN  
Drucksache 18/2734

Daniel Günther [CDU]..... 6751

Dr. Ralf Stegner [SPD]..... 6752

Beschluss: Dringlichkeit bejaht..... 6752

### Gemeinsame Beratung

**a) Konsequenzen aus dem Ausbruch eines multiresistenten gramnegativen Acinetobacter baumannii am UKSH, Campus Kiel .....** 6752

Antrag der Fraktionen von FDP und PIRATEN  
Drucksache 18/2690 (neu)

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 18/2733

|   |            |  |            |
|---|------------|--|------------|
| <b>Zukunftsfähigkeit des UKSH sicherstellen</b> .....   | 6752       | Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....   | 6783       |
| Änderungsantrag der Fraktion der CDU  |            | Wolfgang Dudda [PIRATEN].....  | 6784       |
| Drucksache 18/2720  |            | Lars Harms [SSW].....  | 6786       |
|   |            | Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten....   | 6787       |
| <b>b) Konsequenzen aus dem Ausbruch des multiresistenten MRGN-Keims Acinetobacter baumannii am UKSH in Kiel</b> ..... | 6752       | Beschluss: Ablehnung.....  | 6789       |
| Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW                                     |            | <b>Gemeinsame Beratung</b>   |            |
| Drucksache 18/2701  |            | <b>a) Regierungserklärung - Immer mehr Menschen müssen aus ihrer Heimat fliehen, Schleswig-Holstein nimmt die Herausforderung an</b> ..... | 6790       |
| Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung.....                             | 6753       | <b>b) Abschiebungshaft und Abschiebungshafteinrichtungen bundesweit abschaffen</b> .....   | 6790       |
| Dr. Heiner Garg [FDP].....  | 6755, 6776 | Antrag der Fraktion der PIRATEN  |            |
| Karsten Jasper [CDU].....   | 6758       | Drucksache 18/2682   |            |
| Dr. Ralf Stegner [SPD].....   | 6760       | Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW   |            |
| Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....   | 6766, 6776 | Drucksache 18/2735   |            |
| Wolfgang Dudda [PIRATEN].....   | 6768       | <b>c) Öffnung der Migrationsberatung muss auch für Flüchtlinge erfolgen</b> .....  | 6790       |
| Lars Harms [SSW].....   | 6769       | Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW  |            |
| Katja Rathje-Hoffmann [CDU]....   | 6772       | Drucksache 18/2699   |            |
| Bernd Heinemann [SPD].....  | 6774       | Torsten Albig, Ministerpräsident...  | 6790       |
| Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....   | 6775       | Daniel Günther [CDU].....  | 6796       |
| Uli König [PIRATEN].....  | 6777       | Serpil Midyatli [SPD].....   | 6801, 6826 |
| Heiner Rickers [CDU].....   | 6778       | Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....  | 6807       |
| Beschluss: 1. Berichts Antrag Drucksache 18/2701 durch die Berichterstattung der Landesregierung erledigt             |            | Wolfgang Kubicki [FDP].....  | 6810, 6825 |
| 2. Ablehnung der selbstständigen Anträge Drucksachen 18/2690 (neu) und 18/2720  |            | Angelika Beer [PIRATEN].....   | 6814, 6824 |
| 3. Annahme des selbstständigen Antrags Drucksache 18/2733.....  | 6779       | Lars Harms [SSW].....  | 6817       |
| <b>Bei der inneren Sicherheit darf nicht gespart werden - Stellenabbau in der Landespolizei stoppen</b> ...           | 6779       | Astrid Damerow [CDU].....  | 6821       |
| Antrag der Fraktion der FDP   |            | Dr. Heiner Garg [FDP].....   | 6823       |
| Drucksache 18/2692  |            | Torge Schmidt [PIRATEN].....   | 6825       |
| Wolfgang Kubicki [FDP].....   | 6779       |  |            |
| Dr. Axel Bernstein [CDU].....   | 6781, 6788 |  |            |
| Simone Lange [SPD].....   | 6782       |  |            |

Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags  
Drucksache 18/2682  
2. Annahme der Anträge  
Drucksachen 18/2699 und  
18/2735 (selbstständig).....

6827

\* \* \* \*

**Regierungsbank:**

Torsten Albig, Ministerpräsident

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume und Erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Britta Ernst, Ministerin für Schule und Berufsbildung

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa und Zweite Stellvertreterin des Ministerpräsidenten

Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten

Monika Heinold, Finanzministerin

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung

\* \* \* \*

**Beginn: 10:05 Uhr****Präsident Klaus Schlie:**

Meine Damen und Herren, ich eröffne die 30. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtags. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig.

Erkrankt ist Frau Abgeordnete Dr. Marret Bohn. - Wir wünschen ihr gute Besserung!

(Beifall)

Wegen dienstlicher Verpflichtungen auf Bundesebene ist ab 15 Uhr Frau Ministerin Heinold beurlaubt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Abgeordneten erheben sich)

Am 14. und 15. Februar 2015 wurden zwei Menschen zu Opfern eines feigen Mordanschlages in Kopenhagen. Dass dabei eines der Opfer, Finn Nørgaard, zum Zeitpunkt der Tat gerade an einer Diskussion zum Thema Meinungsfreiheit teilnahm und das zweite Opfer, Dan Uzan, vor einem Gotteshaus, der Kopenhagener Synagoge, Wache hielt, um es vor Anschlägen zu schützen, zeigt auf beunruhigende Weise, wen der Attentäter zu seinen Zielen machte: Es waren Bürger, die sich mit Ihrer Arbeit unerschütterlich für die Gesellschaft und deren Grundrechte einsetzten; der eine als Karikaturist, der andere als Sicherheitsmann seiner Gemeinde.

Uns Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner treffen diese Anschläge ganz besonders, denn Dänemark und seine Bürgerinnen und Bürger stehen uns als Nachbarn und Freunde besonders nah. Die Attentate von Kopenhagen waren ein Angriff nicht allein auf Dänemark und die dänische Gesellschaft, sondern sie galten den freiheitlichen Werten, die wir mit allen Europäern teilen. Gerade die Meinungsfreiheit als Grundlage unserer Demokratien dürfen wir uns von verblendeten Radikalen nicht zerstören lassen. Gemeinsam stehen wir vor der Aufgabe, dass es den Terroristen, die im Namen des Islam zu handeln vorgaben, nicht gelingt, unsere Gesellschaften zu spalten. Ihr Kampf gegen Freiheit, Demokratie und Toleranz richtet sich auch gegen Bürger muslimischen Glaubens, die sich mit ganz großer Mehrheit zu diesen Werten bekennen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir alle fühlen mit den Angehörigen der Opfer. Ich bitte Sie nun, einen Moment innezuhalten im Gedenken an die Opfer des Anschlags vom 14. Februar 2015.

**(Präsident Klaus Schlie)**

Meine Damen und Herren, ich habe zu Beginn dieser Plenartagung eine weitere traurige Pflicht; die, an unseren früheren Kollegen Dr. Karl-Heinz Narjes zu erinnern, der wenige Tage vor der Vollendung seines 91. Lebensjahres am 26. Januar verstorben ist.

Dr. Karl-Heinz Narjes, 1924 im niedersächsischen Soltau geboren, trat nach der sogenannten Not-Reifeprüfung 1941 in die Kriegsmarine ein. Im Februar 1944 geriet der Leutnant zur See in britische Kriegsgefangenschaft. Dort nutzte er die Möglichkeit, sich mit dem Besuch verschiedener Lagerhochschulen in Kanada und Großbritannien auf das Leben nach der Diktatur vorzubereiten. Nach seiner Entlassung aus der Gefangenschaft begann Karl-Heinz Narjes das Studium der Rechtswissenschaft an der Universität Hamburg. Er schloss es 1949 mit dem ersten Staatsexamen ab. 1952 promovierte er mit der Arbeit „Zoll- und Wirtschaftsunionen als Rechtsformen der auswärtigen Wirtschaftspolitik“. Im Folgejahr legte er dann das zweite juristische Staatsexamen ab und ging zur Oberfinanzdirektion Bremen.

1955 vollzog er einen entscheidenden Schritt, der ihn über Stationen in Bonn, Luxemburg, Brüssel und Kiel schließlich in die Spitze der EG-Kommission führte. Dr. Karl-Heinz Narjes begann diesen Weg mit seinem Eintritt als Attaché in das Auswärtige Amt. Von dort wurde er als Legationsrat 1958 zur Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft EWG abgeordnet. 1963 ernannte ihn der erste Präsident der EWG-Kommission, Walter Hallstein, zu seinem Kabinettschef. Fünf Jahre später wurde Dr. Karl-Heinz Narjes Generaldirektor für Presse und Information der Kommission der Europäischen Gemeinschaft. Als überzeugter Europäer prägte er die Arbeit der Europäischen Kommission in ihren Anfangsjahren und blieb zeitlebens auf das Engste mit dem gemeinsamen europäischen Friedenswerk verbunden.

Von der EG zog es Dr. Karl-Heinz Narjes 1969 nach Schleswig-Holstein. Als Minister für Wirtschaft und Verkehr gehörte der Christdemokrat gut vier Jahre lang der Landesregierung an. 1971 wurde er als direkt gewählter Abgeordneter des Wahlkreises Kiel-Mitte in den Schleswig-Holsteinischen Landtag gewählt und blieb dessen Mitglied bis zu seiner Mandatsniederlegung am 29. Januar 1973.

Es stand erneut ein Wechsel an, diesmal nach Bonn, in den Deutschen Bundestag, dem Dr. Karl-Heinz Narjes ab 1972 als Abgeordneter angehörte. Die wohl bedeutendste Wegmarke hier: Dr. Karl-Heinz Narjes war in der 7. Wahlperiode Vorsitzen-

der des Wirtschaftsausschusses. 1981 dann schied Dr. Karl-Heinz Narjes aus dem Parlament aus, um erneut nach Brüssel zu wechseln; zunächst als Kommissar für Binnenmarkt, Zollunion, industrielle Innovation, Umwelt, Verbraucherfragen und nukleare Sicherheit, von 1984 bis 1988 dann als Kommissar für Industriepolitik, Forschung und Innovation. In diesen letzten vier Jahren war Dr. Karl-Heinz Narjes auch Vizepräsident der Europäischen Kommission.

Meine Damen und Herren, Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat das Lebenswerk unseres verstorbenen Kollegen mit den folgenden Worten gewürdigt - ich zitiere -:

„Wir verlieren mit Karl-Heinz Narjes einen Europäer der ersten Stunde, der voller Überzeugung, Entschlossenheit und Optimismus für das geeinte Europa und den europäischen Binnenmarkt gewirkt hat. ... Er hat die europäische Integration mitgeprägt und sie auch nach seinem aktiven politischen Leben mit wachem Auge weiter begleitet.“

Dem gibt es nur noch eines hinzuzufügen: Schleswig-Holstein trauert um einen großen Europäer und beeindruckenden Politiker, der sich bleibende Verdienste um unser Land, die Einigung unseres Kontinents und das Zusammenwachsen einstmals verfeindeter Nationen erworben hat.

Weggefährten beschrieben Dr. Karl-Heinz Narjes, der stets ein bescheidener Mensch geblieben ist, als einen „Himmelsstürmer“, als jemanden, der von einem Europa ohne Grenzen träumte, es aber nicht bei visionären Gedanken beließ, sondern zielstrebig an deren Verwirklichung arbeitete.

Europa, wie wir es kennen, Europa, wie wir es uns wünschen, lebt von Menschen wie Dr. Karl-Heinz Narjes, von den Vordenkern, die sich von dem Geist der Freiheit und dem Gedanken der Einigung leiten lassen und von dem Ziel, aus der oft genug kriegerischen Geschichte unseres Kontinents nicht nur zu lernen, sondern gemeinsame politische Strategien zum Wohle der Menschen zu entwickeln. Sein Wirken, für das er mit dem Großen Verdienstkreuz mit Stern- und Schulterband ausgezeichnet wurde, bleibt uns Verpflichtung über den Tag hinaus.

Meine Damen und Herren, wir gedenken des früheren Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, Abgeordneten und Landesministers Dr. Karl-Heinz Narjes in Dankbarkeit. Wir verneigen uns in tiefem Respekt vor seinem Lebenswerk. Unsere Anteilnahme gilt seiner Familie.

**(Präsident Klaus Schlie)**

Am 1. Februar ist ein weiterer ehemaliger Kollege verstorben, der frühere Landtagsabgeordnete Herbert Weidling, der dem Parlament von November 1982 bis April 1983 als Mitglied der CDU-Landtagsfraktion angehörte. Herbert Weidling wurde 94 Jahre alt. Der 1920 in Eckholz im heutigen Kreis Rendsburg-Eckernförde geborene Architekt wirkte im Eingabenausschuss und im Sozialausschuss mit. Seiner Initiative war die Gründung der Architektenkammer Schleswig-Holstein zu verdanken, deren erster Präsident er von 1966 bis 1971 war. Die Architekten- und Ingenieurkammer ernannte ihn 2009 zu ihrem Ehrenpräsidenten.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie nun, einen Moment im Gedenken an unsere verstorbenen Kollegen innezuhalten.

- Sie haben sich zu Ehren der Terroropfer von Kopenhagen sowie von Dr. Karl-Heinz Narjes und Herbert Weidling erhoben. Ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßnahmen zu behandeln:

Von der Tagesordnung abgesetzt werden sollen die Tagesordnungspunkte 5, 19 und 20. Zur gemeinsamen Beratung vorgesehen sind die Tagesordnungspunkte 1 A, 6 und 13 - Regierungserklärung und Anträge zur Situation der Flüchtlinge in Schleswig-Holstein -, 7 und 15 - Konsequenzen aus dem Ausbruch des multiresistenten MRGN-Keim am UKSH -, 14 und 25 - Meeresverschmutzung durch Paraffin und andere Ladungsrückstände und Bericht zum Meeresschutz -, 24 und 26 - Situation und Entwicklung der Hochschulen des Landes Schleswig-Holstein.

Im Ältestenrat wurde vereinbart, den Punkt „Kreisfachberater für Kultur schaffen“ ebenfalls in dieser Tagung zu beraten. Ich schlage vor, den Tagesordnungspunkt als Punkt 20 A in die Tagesordnung einzureihen und mit einer Redezeit von jeweils fünf Minuten aufzurufen. - Ich sehe keinen Widerspruch; dann werden wir so verfahren.

Anträge zu einer Fragestunde oder zu einer Aktuellen Stunde liegen nicht vor.

Wann die weiteren Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratung der 30. Tagung.

Wir werden heute und morgen jeweils unter Einschluss einer zweistündigen Mittagspause längstens

bis 18 Uhr tagen. Am Freitag ist keine Mittagspause vorgesehen. - Ich höre keinen Widerspruch; dann werden wir so verfahren.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich die neue landeskirchliche Beauftragte der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland, Frau Pastorin Claudia Bruweleit.

(Beifall)

Liebe Frau Bruweleit, wir freuen uns auf eine gesegnete, gute Zusammenarbeit mit Ihnen und danken Ihnen für den heutigen Gottesdienst.

Meine Damen und Herren, weiterhin begrüßen Sie bitte mit mir gemeinsam auf der Besuchertribüne Schülerinnen und Schüler der Gemeinschaftsschule Viöl-Ohrsted sowie unsere ehemalige Kollegin, die ehemalige Landtagsvizepräsidentin, Frau Todsensee. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Der Herr Abgeordnete Martin Habersaat hat heute Geburtstag. - Herzlichen Glückwunsch und alles Gute für das neue Lebensjahr!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die Fraktionen der CDU, der FDP und der PIRATEN haben im Wege der Dringlichkeit mit der Drucksache 18/2734 einen Dringlichkeitsantrag „Verhältnis der Judikative zur Exekutive in Schleswig-Holstein“ vorgelegt:

### **Verhältnis der Judikative zur Exekutive in Schleswig-Holstein**

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN  
Drucksache 18/2734

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das Wort hat der Oppositionsführer, der Fraktionsvorsitzende der CDU, Herr Abgeordneter Daniel Günther.

#### **Daniel Günther [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN haben einen gemeinsamen Dringlichkeitsantrag eingereicht, um die Landesregierung aufzufordern, in dieser Landtagstagung einen mündlichen Bericht zu der **Berichterstattung** von heute in den „**Kieler Nachrichten**“ abzugeben, mit der wir Zeug eines E-Mail-Verkehrs zwischen den Präsi-

**(Daniel Günther)**

ten der beiden höchsten Gerichte in unserem Land, des Landesverfassungsgerichts und des Oberlandesgerichts, wurden, in dem der Versuch einer politischen Einflussnahme unternommen wird und die gesamte Gerichtsbarkeit in dieser E-Mail aufgefordert wird, Teil einer solchen parteipolitischen Instrumentalisierung zu werden.

Dieser Vorgang sucht bundesweit seinesgleichen. Wenn wir die Berichterstattung in den „Kieler Nachrichten“ richtig wiedergeben, dann ist dort auch darauf hingewiesen worden, dass den „Kieler Nachrichten“ Informationen darüber vorliegen, dass die zuständige Justizministerin frühzeitig über diese politische Einflussnahme informiert war.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Wo ist sie eigentlich?)

Wir wollen Auskunft darüber erhalten, inwieweit sie darauf Einfluss genommen und was sie danach gemacht hat, auch hinsichtlich der Tätigkeit der beiden Präsidenten. Darüber wollen wir Aufklärung haben und bitten um Zustimmung, um diesem Dringlichkeitsantrag auf die Tagesordnung zu verhelfen. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN - Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Wo ist die Justizministerin? Wir vermissen Frau Spoorendonk im Plenarsaal!)

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Dr. Stegner zur Dringlichkeit!

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir alle haben heute die „Kieler Nachrichten“ gelesen. Wir haben kein Problem damit, miteinander über Berichte in den Zeitungen zu diskutieren. Wir stimmen der Behandlung des Dringlichkeitsantrags zu. Damit ist nicht die Zustimmung zu den Unterstellungen verbunden, die Sie hier gerade vorgebracht haben. Das werden wir in aller Ruhe miteinander debattieren können. Wir haben nichts dagegen, dass das auf die Tagesordnung gesetzt wird.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ich lasse über die Dringlichkeit in der Drucksache 18/2734 abstimmen. Es gilt das Erfordernis der Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen.

Wer die Dringlichkeit bejaht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen.

Wir werden den Tagesordnungspunkt gegebenenfalls nach Abstimmung der Parlamentarischen Geschäftsführer in die Tagesordnung einreihen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 7 und 15 auf:

### **Gemeinsame Beratung**

#### **a) Konsequenzen aus dem Ausbruch eines multiresistenten gramnegativen Acinetobacter baumannii am UKSH, Campus Kiel**

Antrag der Fraktionen von FDP und PIRATEN  
Drucksache 18/2690 (neu)

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 18/2733

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Einfache Sprache!)

#### **Zukunftsfähigkeit des UKSH sicherstellen**

Änderungsantrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 18/2720

#### **b) Konsequenzen aus dem Ausbruch des multiresistenten MRGN-Keims Acinetobacter baumannii am UKSH in Kiel**

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 18/2701

- Lieber Herr Kollege Dr. Klug, nicht jeder in diesem Hause hatte wie Sie das Glück, Latein in der Schule gelernt zu haben.

Ich sehe, dass das Wort zur Begründung nicht gewünscht wird.

Mit dem Antrag zu b) wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich erteile dann das Wort für die Landesregierung der Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung, Kristin Alheit.

**Kristin Alheit**, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! **Multiresistente Keime** in Krankenhäusern, wie sie im Dezember bei uns im UKSH, Campus Kiel, und auch in anderen Kliniken auftraten, gehören leider zunehmend zum klinischen Alltag aller Krankenhäuser. Das macht aber ihre im Einzelnen gravierenden Folgen mitnichten zur Alltäglichkeit, mit der wir uns abzufinden hätten. Daher möchte ich, bevor ich auf die vorliegenden Anträge eingehe, den Betroffenen und ihren Angehörigen noch einmal mein Mitgefühl aussprechen. Ich möchte auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern am UKSH in Kiel danken, die nach Feststellung des Infektionsausbruchs alles erdenklich Mögliche getan haben und tun, um die Patientinnen und Patienten möglichst weitgehend zu schützen und die weitere Verbreitung des Keims zu unterbinden. Ihnen allen gilt unser Dank.

(Beifall)

Auch nach jüngsten Meldungen aus dem UKSH gibt es keine weiteren Infektionen. Gestern konnte das UKSH zwei weitere Patientinnen und Patienten entlassen. Das nur zur Information.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Landesregierung hat gehandelt, und zwar umgehend, nachdem mein Haus am 23. Januar 2015 von der Klinikleitung über die Häufung von Infektionen mit dem **Acinetobacter baumannii** informiert wurde. So wurden ad hoc schon in der ersten Lagebesprechung, die wir zusammen mit der Klinikleitung, dem Gesundheitsamt Kiel und den Expertinnen aus meinem Hause abgehalten haben, neben den von der Klinik bereits eingeleiteten Schritten weitere Maßnahmen beschlossen. Darüber hinaus war ganz wichtig, dass wir für die nötige Transparenz gesorgt haben. Wir haben ein Informationsnetzwerk etabliert, über das wir die Medien, die besorgten Patientinnen und Patienten und ihre Angehörigen, aber auch Sie, meine Damen und Herren Abgeordnete, über jeden Schritt zur Bewältigung der Keimbelastung informiert haben und auch weiter informieren werden.

(Heike Franzen [CDU]: Nachdem wir Sie dazu aufgefordert haben!)

Mit Herrn Professor Dr. Volkhard Kempf, dem Direktor des Instituts für medizinische Mikrobiologie und Krankenhaushygiene, und dem leitenden Krankenhaushygieniker Dr. Christian Brandt vom Universitätsklinikum in Frankfurt am Main konnten hochrangige Spezialisten gewonnen werden. Auch

ihnen möchte ich für ihre unverzügliche Unterstützung danken.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit unserem **Acht-Punkte-Plan** haben wir über die unmittelbare Situationsbewältigung hinaus mittel- und kurzfristige Maßnahmen eingeleitet. Es geht grundlegend darum, die Bedingungen für alle Kliniken in Schleswig-Holstein so auszugestalten, dass trotz republikweit zunehmender Keimbelastung die Gefahr eines Infektionsausbruchs verringert werden kann. Dazu brauchen wir eine enge Abstimmung mit den Experten. Wir brauchen professionelle Routinen, die die Expertenempfehlungen täglich umsetzen. Dazu brauchen wir auch - ich denke, darüber sind sich alle in diesem Haus einig - eine Verbesserung von **Rahmenbedingungen** für qualitativ hochwertige **intensivmedizinische Betreuung**. Daran arbeiten wir.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die externen Experten, die vor Ort waren, haben uns bestätigt, dass das **UKSH** beim Ausbruchmanagement richtig gehandelt hat. Ich hätte mir dabei - das haben wir auch im Ausschuss erörtert - allerdings auch eine frühere direkte **Information** durch das UKSH gewünscht. Das ist für die Zukunft ganz klar so miteinander verabredet.

Wir haben angekündigt, dass wir einen Erlass herausgeben werden, um künftig von den Gesundheitsämtern im Land insgesamt neben der gesetzlichen Meldekette über Ausbruchgeschehen informiert zu werden. Dies haben wir bereits umgesetzt. Die Fachabteilungen meines Hauses werden jetzt also frühzeitig informiert.

Weiter haben wir Maßnahmen beschlossen, um am UKSH die **räumliche Situation** der internistischen Intensivmedizin kurzfristig zu entspannen. Die Küstenkoalition stellt die notwendigen Mittel für eine Interimslösung in Modulbauweise bereit. So überbrücken wir die Zeit, bis der ÖPP-Bau realisiert sein wird. Diese Lösung wird innerhalb der nächsten 12 Monate schnellstmöglich umgesetzt und vor allem weitere Intensivbetten in Einzelzimmern umfassen.

Sie sehen also: Wir warten nicht, wir handeln sofort und sehr konkret.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein weiterer Teil der anstehenden Maßnahmen muss jedoch

(Ministerin Kristin Alheit)

auf Bund-Länder-Ebene angeschoben werden. Auf Bundesebene liegt ein Referentenentwurf zur **Reform des Infektionsschutzgesetzes** vor. Darüber habe ich mit dem Kollegen Gröhe gesprochen, und ich habe erbeten, dass eine schnelle Umsetzung höchste Priorität hat.

Wir haben aber auch beschlossen, auf Bundesebene aktiv zu sein und weitere Maßnahmen anzuschieben; denn es darf nicht sein, dass es heißt: finanzielle Hürden kontra effektiver Infektionsschutz. Wir bereiten eine **Bundesratsinitiative** vor, um Verbesserungen bei der **Finanzierung von Screening-Untersuchungen** auf den Weg zu bringen. Begleitend dazu prüfen wir, ob die bundesweit geltenden **Standards** gegebenenfalls anzupassen sind. Es ist anzustreben, dass der Umfang der Screeningmaßnahmen einheitlich geregelt wird.

Mittelfristig - darüber haben wir in der letzten Debatte hier im Landtag gesprochen - werden wir die **Finanzierungssituation der Krankenhäuser** insgesamt, aber vor allem die unserer Maximalversorger verbessern müssen. Das UKSH ist unser großer und einziger Maximalversorger im Land und ein wichtiger Partner bei exzellenter Forschung und Lehre. Fast 12.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten täglich mit sehr großem Engagement zum Wohle der Patientinnen und Patienten unter teilweise schwierigen Bedingungen, gerade in der Pflege. Mit Sorge nehme ich daher auch die Überlastungsanzeigen aus der Pflege zur Kenntnis. Hier ist das UKSH personalpolitisch gefordert und auch aktiv. Gefordert ist aber auch die Politik, zumal - das kann ich an der Stelle nicht anders sagen - die letzte Landesregierung doch lange gezögert hat, das UKSH auf eine zukunftssichere Basis zu stellen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das haben wir erst im September des letzten Jahres mit dem Beschluss zur ÖPP-Entscheidung gemacht. Damit haben wir eine lange und sehr lebendige Debatte über eine mögliche Privatisierung beendet. Es ist gut, dass diese Geisterdebatte endlich ein Ende hat.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Widerspruch CDU)

**Präsident Klaus Schlie:**

Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Garg?

**Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung:**

Nein, ich möchte meinen Bericht erst abgeben.

(Vereinzelter Beifall SPD - Zurufe CDU und FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, einige stellen die Frage nach einem Zusammenhang mit der **Kündigung des Gestellungsvertrags** mit der **DRK-Schwesternschaft**. Die Entscheidung der Klinikleitung des UKSH, die Direktanstellung einer Anstellung über Dritte vorzuziehen, ist nachvollziehbar, zumal dabei Verwaltungskosten gespart werden sollen. Dies darf aber - das ist der Landesregierung völlig klar - nicht zu Engpässen in der Pflege führen. Da ist das UKSH-Management in der Verantwortung. Allerdings kämpft der Pflegebereich insgesamt, gerade im Bereich der Intensivmedizin, um eine ausreichende Finanzierung. Das betrifft nicht nur das UKSH. Deswegen setzen wir uns seit Monaten in einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe dafür ein, die **Krankenhausfinanzierung** speziell im **Pflegebereich** nachhaltig zu stärken. Mit Gesetzesnovellen rechnen wir noch in diesem Jahr.

Neben all dem arbeiten wir auch auf anderen Ebenen, um die **Infektionsprävention** weiter zu stärken. Ich bin den Fraktionen, die dieses Anliegen unterstützen, sehr dankbar. Es geht um ein ganzes Paket aufeinander bezogener Maßnahmen:

Erstens. Seit Januar arbeiten wir an einer Evaluation der Medizinischen Infektionspräventionsverordnung, die im ersten Quartal 2016 abgeschlossen sein soll und über die ich dann selbstverständlich hier berichten werde.

Zweitens. Wir werden die Verpflichtung medizinischer Einrichtungen zu Fortbildungs- und Schulungsangeboten konkretisieren.

Drittens. Zusammen mit der Kassenärztlichen Vereinigung Schleswig-Holstein werden wir darauf hinwirken, im Bereich der niedergelassenen Ärzte ein restriktives Antibiotikumverordnungsmanagement zu etablieren. Die KVSH ist für diese Diskussion sehr offen und will sich einbringen.

Viertens. Im stationären Bereich werden wir einfordern, dass die existierenden Leitlinien restriktiver umgesetzt werden und dass einrichtungsspezifische Leitlinien zur Antibiotikatherapie aufgestellt werden.

Darüber hinaus setzen wir uns auf Bundesebene verstärkt dafür ein, dass Reserveantibiotika in der

**(Ministerin Kristin Alheit)**

Nutztierhaltung verboten werden. Da arbeiten wir sehr eng mit dem MELUR zusammen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Infektionen mit multiresistenten Keimen sind heute leider medizinischer Alltag in allen Krankenhäusern der Republik. Diese Landesregierung wird weiterhin alles unternehmen, um dieser Entwicklung angemessen und konsequent zu begegnen. Dafür setze ich mich auf allen politischen Ebenen ein. Ich möchte mich für die Unterstützung aus diesem Haus dabei bedanken.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Dr. Heiner Garg.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Zunächst einmal ist es vollkommen richtig und zutreffend, dass Keime in Krankenhäusern nichts Ungewöhnliches sind. Wir sind darüber auf ganz besondere, auf ganz spezielle Art und Weise in der im Januar 2015 gleich anberaumten abendlichen Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses vom Vorstandsvorsitzenden des UKSH, Professor Jens Scholz, aufgeklärt worden. Als ich ein besseres **Kommunikationsmanagement** gefordert habe, grinste Professor Scholz auf seine unnachahmliche Art und Weise und sagte: Wissen Sie, wenn ich jeden Keim, der in meinem Klinikum entdeckt wird, gleich per Telefon dem Ministerium melden müsste, dann hätte ich viel zu tun. - Das wurde übrigens mit heftigem Kopfnicken der Abgeordneten der Koalitionsfraktionen quittiert. Heute, Frau Ministerin, bin ich Ihnen dankbar, dass Sie sogar im Erlasswege anordnen, dass in Zukunft die Kommunikationskette anders läuft als in der Vergangenheit, jedenfalls anders als in diesem Fall. Ich finde das richtig.

Bei der EHEC-Krise lief das übrigens komplett anders: Wir wussten innerhalb von wenigen Stunden, was passiert war, und haben innerhalb weniger Stunden einen Krisenstab ins Leben gerufen. Ich halte es für eine Selbstverständlichkeit, dass der Maximalversorger den Eigentümer unmittelbar darüber informiert, dass ein Ausbruchmanagement erforderlich ist. Alles andere ist eine bodenlose Unverschämtheit.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

Ich habe mich wirklich darüber gewundert, dass die Koalitionsfraktionen so lange gebraucht haben, um dieser Forderung - dazu, dass Sie sich anfangs darüber lustig gemacht haben, sage ich: geschenkt -, die vonseiten der Opposition kam, beizutreten. Das ist schon bemerkenswert.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Jetzt reicht es aber langsam!)

Bemerkenswert ist auch, dass der sogenannte Indexpatient, der Mitte Dezember 2014 ins UKSH kam, nicht direkt isoliert wurde. Man hat einen Abstrich gemacht, und er hätte isoliert werden müssen. Man wusste ganz genau um die Gefahr. Man wusste, wo er herkam. Man wusste um die hohe Wahrscheinlichkeit.

(Zuruf Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Herr Kollege Tietze, wenn Sie sich darüber unterhalten wollen, wie wir in Zukunft ein **Screeningprogramm** auflegen wollen, dann helfen Ihnen Ihre etwas lustig gemeinten Sprüche relativ wenig. Man hätte diesen Ausbruch vermeiden können. Übrigens hat Lübeck 2006 gezeigt, dass man mit einer Krise auch ganz anders umgehen kann. Damals war man sehr erfolgreich. Wir werden die Gründe, warum das dieses Mal anders gewesen ist, sehr genau nachvollziehen müssen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Bereich „Keime in Krankenhäusern“ hat sich eine ganze Menge verändert. Für die regierungstragenden Fraktionen war es eine große Feierstunde, als ich in der ersten Ausschusssitzung nach Bekanntwerden gramnegative und grampositive Keime durcheinandergewürfelt habe. Das sollte man nicht tun. Das gebe ich unumwunden zu.

(Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Darum geht es überhaupt nicht!)

Bei sogenannten grampositiven Keimen ist die Prävalenz zurückgegangen.

(Zuruf SPD)

- So ist das, wenn man Ihnen den Spiegel vorhält.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Wir sind da sehr ernst!)

- Nein, sind Sie nicht, Herr Kollege Baasch. - Der Kollege Dr. Stegner twitterte einen Tag nach Bekanntwerden des Krisenmanagements: Opposition verunsichert Öffentlichkeit, macht die Öffentlichkeit scheu.

**(Dr. Heiner Garg)**

(Zuruf Birte Pauls [SPD])

- Was? Das stimmt nicht?

(Birte Pauls [SPD]: Das stimmt!)

- Ja, wissen Sie, Frau Kollegin, was die Öffentlichkeit verunsichert? Die Öffentlichkeit ist verunsichert, wenn der Eindruck entsteht, dass etwas unter den Teppich gekehrt werden soll. Das verunsichert die Öffentlichkeit

(Beifall FDP und CDU)

und nicht ein vernünftiges Krisenmanagement.

Und dann passierte Folgendes: Die zuständige Ministerin tauchte erst einmal elf Tage ab.

(Zurufe SPD und SSW: Was?)

- Herr Kollege Harms, die zuständige Ministerin taucht erst einmal elf Tage lang ab, um dann mit einem vernünftigen Krisenmanagement wieder aufzutauchen. Das muss in Zukunft schneller passieren. Sonst werden wir solche Krisen nicht in den Griff bekommen.

(Zurufe SPD)

**Präsident Klaus Schlie:**

Meine Damen und Herren, vielleicht können wir uns trotz der hitzigen Debatte wieder darauf verständigen, dass Herr Dr. Garg jetzt das Wort hat.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Herr Präsident, ich habe großes Verständnis dafür, dass den koalitionstragenden Fraktionen, die sich bei dieser Sache wahrlich nicht mit Ruhm bekleckert haben, das nicht gefällt. Trotzdem werden wir beispielsweise über die **Standardhygiene im Krankenhaus** sprechen müssen. Die tollste Forschung nutzt relativ wenig, wenn die Krankenhäuser nicht in der Lage sind, die Anforderungen an klinische Standardhygiene personell und zeitlich einzuhalten.

So albern das für den einen oder anderen auch klingen mag: Zur Standardhygiene gehört zu allererst, dass das **Personal** ausreichend Zeit hat, sich die Hände zu waschen, die Hände zu desinfizieren und die entsprechende Arbeitskleidung anzulegen. Das Problem ist, dass die Anzahl der **Gefährdungs- und Überlastungsanzeigen** am UKSH ein Indiz dafür ist, dass die Arbeitsverdichtung in diesem Bereich so hoch ist, dass es nicht möglich ist, diese simplen Anforderungen der Standardhygiene in den Kliniken konsequent zu erfüllen.

Deswegen ist es richtig, was FDP und PIRATEN beantragt haben, dass zunächst einmal sichergestellt werden muss, dass es zu keiner weiteren Arbeitsverdichtung am UKSH kommt, sodass die simplen Regeln der Standardhygiene eingehalten werden können.

(Beifall FDP und PIRATEN - Zurufe SPD)

- Wissen Sie, das ist - -

(Volker Dornquast [CDU]: Die sind ein bisschen übersensibel zurzeit!)

- Ich kann gut verstehen, dass die Kolleginnen und Kollegen übersensibel reagieren. Denn was wir hier erlebt haben - deswegen hat die Union die Frage der Kündigung der Gestellungsverträge in einen Antrag hineingeschrieben -, ist nicht nur ein großes Kommunikations- und Informationsdesaster, sondern auch das Dulden der Landesregierung, dass Herr Professor Scholz tun und lassen kann, was er möchte, und dass er der Ministerin quasi minütlich einflüstert, was sie zur Krise zu sagen hat. Das heißt, Frau Wissenschaftsministerin Alheit ist immer nur so schlau, wie Herr Professor Scholz sie gerade macht. Das ist kein Krisenmanagement, wie wir es uns vorstellen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall FDP und PIRATEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Dr. Garg, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Abgeordneten Heinemann?

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Aber mit dem größten Vergnügen.

**Bernd Heinemann [SPD]:** Herr Abgeordneter, kann ich davon ausgehen, dass ein Gesundheitsminister Garg das alles besser gemacht hat, dass bei ihm keine Keime vorgekommen sind und dass er selbstverständlich konsequent Hygienemaßnahmen im UKSH durchgesetzt hat?

- Herr Kollege Heinemann, ich bin Ihnen mehr als dankbar für diese Zwischenfrage.

Erstens können Sie davon ausgehen, dass das so ist. Der ehemalige Gesundheitsminister hat das beim Ausbruch der EHEC-Krise unter Beweis gestellt. Das ist gar nicht utopisch, sondern er hat unter Beweis gestellt, dass er das anders gemacht hat.

(Beifall FDP und CDU)

**(Dr. Heiner Garg)**

Zweitens darf ich Sie darauf hinweisen, dass, anders als der Kollege Lars Harms in seiner etwas lustigen Pressemitteilung behauptet hat, niemand von der Opposition gefordert hat, die Ministerin solle die Klinik selbst putzen, damit die Keime verschwinden.

(Zurufe SPD)

Vielmehr hat die Opposition gefordert, die Ministerin solle endlich ein Konzept vorlegen, damit in Zukunft ein vernünftiges **Krisenmanagement** funktioniert.

Drittens, lieber Kollege Heinemann, reden Sie gerade mit dem Verantwortlichen, der in Schleswig-Holstein die erste Hygieneverordnung in Kraft gesetzt hat, nachdem sich Gesundheitsministerin Dr. Trauernicht geweigert hatte, eine **Hygieneverordnung** in Schleswig-Holstein in Kraft zu setzen.

(Beifall FDP und CDU)

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Dr. Garg, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Abgeordneten Lars Harms?

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Ja, selbstverständlich.

**Lars Harms [SSW]:** Lieber Kollege Garg, ich möchte nur feststellen, dass ich mich mit meiner Pressemitteilung bestätigt sehe, weil Sie soeben suggeriert haben, dass sich die Leute dort nicht die Hände waschen und dass die erste Maßnahme der Ministerin eigentlich hätte sein müssen, den Leuten zu sagen, dass sie sich die Hände waschen sollen.

Wenn Sie auf diesem Niveau diskutieren wollen, lieber Kollege Garg, dann ist das hier alles unter aller Kanone.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Herr Kollege Harms, ich empfehle Ihnen, die Standardempfehlungen der CDC zu lesen. Dann werden Sie feststellen, dass die Standardempfehlungen zur Krankenhaushygiene mit das Wichtigste sind, um das zu verhindern, worüber wir heute sprechen.

Wenn Sie es lustig finden, dass ich davon gesprochen habe, dass dem Personal die notwendige Zeit fehlt, sich vor jedem neuen Patientenkontakt die Hände zu waschen, die Hände zu desinfizieren und

die Arbeitskleidung zu wechseln, dann ist das Ihr Problem, aber nicht das Problem der Opposition.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Dr. Garg, gestatten Sie eine Zusatzfrage beziehungsweise -bemerkung des Abgeordneten Harms?

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Ja, freilich.

**Lars Harms [SSW]:** Lieber Kollege Garg, da sind wir uns völlig einig. Ich sehe es aber nicht als Aufgabe der Ministerin an, durch alle Krankenhäuser zu tingeln und den Leuten das zu erzählen. Das ist Aufgabe der Krankenhäuser.

- Davon habe ich gar nicht gesprochen. Ganz im Gegenteil. Sie haben in Ihrer Pressemitteilung unterstellt, die Opposition hätte gefordert, dass die geschätzte Kollegin Alheit mit einem Cape durch die Kliniken feigt. Das hat aber niemand gefordert, weder die Union noch die PIRATEN noch die FDP. Sie haben das einfach unterstellt.

Ich kann mich daran erinnern, dass ich in der Ausschusssitzung nach einer **Strategie** gefragt habe. Darauf hat die Ministerin gesagt: Jetzt wollen wir erst einmal den Keim aus der Klinik bekommen, und anschließend machen wir uns Gedanken.

Nein. Die Ministerin ist dazu da, sich Gedanken zu machen. Für die Dekolonialisierung sind andere zuständig, Herr Kollege Harms.

(Volker Dornquast [CDU]: Deswegen heißt sie ja „konzeptlos“!)

Konnte ich Ihr Wissensbedürfnis befriedigen beziehungsweise stillen?

**Präsident Klaus Schlie:**

Ich gehe davon aus, dass Herr Abgeordneter Dr. Garg eine weitere Frage gestattet.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Ja.

**Lars Harms [SSW]:** Ich möchte eine weitere Bemerkung machen. Danach werde ich mich selbstverständlich wieder setzen.

Das sehe ich alles ein, lieber Kollege. Das ist alles in Ordnung. Sie haben zu Beginn Ihrer Rede aber wieder das Gleiche suggeriert, was

**(Dr. Heiner Garg)**

ich bereits in meiner Pressemitteilung angesprochen habe. Sie haben verlangt, dass die Ministerin in ihrer Eigenschaft als Ministerin in ein Krankenhaus geht und den Leuten erklärt, wie sie Hygienevorschriften zu handhaben haben.

(Zuruf FDP: Nein!)

Lieber Kollege Garg, das ist sicherlich nicht das, was man von einer Ministerin erwarten kann. Die Forderungen nach Konzepten, Ideen und so weiter sind in Ordnung. Nur bei der Frage, ob da wirklich jemand mit dem Putzlappen reinmarschieren soll oder nicht, da sind wir unterschiedlicher Auffassung.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Dümmer, als die Polizei erlaubt!)

- Herr Kollege Harms, wir sind uns völlig einig in der Auffassung, dass Ministerinnen und Minister nicht dazu da sind, in Kliniken zu gehen und mit einem Staublappen Keime zu vertreiben. Ich glaube, das wissen Sie auch ganz genau.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden uns im Zusammenhang mit den vorliegenden Anträgen und den Forderungen nach einer **neuen Finanzierungsstruktur** für das **Klinikum**, die ich für zwingend notwendig halte, auch sehr ernsthaft und sehr ehrlich darüber unterhalten müssen, wie die Klinikstruktur in diesem Land in Zukunft aussehen soll.

Wenn nämlich die Forderung nach einer auskömmlichen Klinikfinanzierung umgesetzt werden soll, dann gehört zur Wahrheit auch, dass die Krankenhausstruktur in Schleswig-Holstein in der Form, wie wir sie heute vorfinden, nicht mehr die Klinikstruktur sein wird, wie wir sie in fünf oder zehn Jahren haben werden. Ich bin gespannt, ob wir diese ehrliche Diskussion dann auch miteinander führen können. Anders ist eine auskömmliche Klinikfinanzierung aus meiner Sicht nämlich nicht möglich.

Lassen Sie mich abschließend noch etwas zu der immer sehr schnell gezogenen **Screening-Karte** sagen. Wir müssen uns überlegen, ob wir in Zukunft Screening-Programme auflegen wollen, wie es sie in anderen Ländern gibt. In den Niederlanden beispielsweise liegt die MRSA-Prävalenz nur noch bei 0,5 pro hundert Patienten. Dabei muss man wissen, dass in den Niederlanden nur auf einen von sieben möglichen Erregern getestet wird. Wir müssen also miteinander besprechen, ob zukünftig ein einheitliches Screening bezogen auf alle Erreger vorgenom-

men werden soll oder nur bezogen auf zwei, drei, vier oder fünf Erreger.

Darüber hinaus müssen wir sehr genau verabreden, was wir mit dem Testen von allen Patienten meinen. Meinen wir nur Risikopatienten, oder wollen wir in Zukunft alle Patienten vor einer stationären Aufnahme testen? Das alles muss miteinander ebenso wie die Frage besprochen werden, wer die Kosten dafür übernehmen soll.

Nach der letzten Verabredung im Ältestenrat zur Antragstellung möchte ich vorbildlich sein und an dieser Stelle beantragen, dass mit Ausnahme des mündlichen Berichts alle vorgelegten Anträge in den entsprechenden Fachausschuss überwiesen werden, damit miteinander darüber geredet werden kann, wie in Zukunft das, was aus meiner Sicht anfänglich nicht funktioniert hat, im Falle eines Falles - wir alle wissen, dass es den nächsten Fall geben wird - besser, professioneller und schneller funktioniert. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort hat für die CDU-Fraktion der Abgeordnete Karsten Jasper.

**Karsten Jasper [CDU]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich danke erst einmal der Ministerin für den mündlich gehaltenen Bericht. Ich möchte mich - ich glaube, das darf ich im Namen aller Landtagsabgeordneten sagen - für den Einsatz der Wissenschaftler, der Ärzte, der Pflegerinnen und Pfleger sowie des Reinigungspersonals für den Einsatz bei der Keimkrise am UKSH bedanken.

(Beifall)

Sie haben alles Menschenmögliche bis an die Grenzen der Belastbarkeit für das Wohl der Patienten am UKSH getan. Sie haben alles getan, damit Patienten und Angehörige wieder Vertrauen in das UKSH haben. Dafür gebührt ihnen unser Dank.

(Beifall)

Am Freitag, dem 23. Januar 2015, also bei der letzten Landtagstagung, um 11 Uhr haben viele Kollegen sicherlich die E-Mail registriert, die eine kurze Pressemitteilung des UKSH enthielt, dass dort vier MRGN-Keime ausgebrochen seien. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe um 15:45 Uhr als gesundheitspolitischer Sprecher durch Zufall gehört, dass während der Landtagssitzung um 16 Uhr

(Karsten Jasper)

eine **Pressekonferenz im Landtag** stattfinden würde. Gemeinsam mit dem Kollegen Bernd Heinemann habe ich an dieser Pressekonferenz teilgenommen. Diese Pressekonferenz - das möchte ich auch sagen - war von einem sehr großen Medieninteresse begleitet.

Fakt zu diesem Zeitpunkt war: drei verstorbene Patienten, bei denen der Keim nachgewiesen worden war, und zwölf weitere Patienten auf zwei Stationen, bei denen der Keim ebenfalls definitiv festgestellt wurde.

Der Vorstandsvorsitzende, Professor Scholz, und die im UKSH für die Hygiene zuständige Ärztin, Frau Dr. Bärbel Christiansen, die immerhin Vorsitzende der KRINKO auf Bundesebene ist, haben mit großer Sachlichkeit und Ruhe den Sachverhalt, die Befunde und Maßnahmen erklärt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Ministerium wurde in dieser Pressekonferenz durch Staatssekretärin Anette Langner und Staatssekretär Rolf Fischer vertreten. Jetzt frage ich Sie, Frau Ministerin: Wo waren Sie als zuständige Gesundheitsministerin in dieser außerordentlich prekären Situation? Warum waren Sie nicht dabei?

(Beifall CDU, SPD und Uli König [PIRATEN])

Sie, Frau Ministerin, hätten dem UKSH in dieser kritischen Situation, den erkrankten Patientinnen und Patienten, den Angehörigen und den Mitarbeitern durch Ihre Anwesenheit und Ihr Interesse das Gefühl geben müssen: Wir tun alles Menschenmögliche, um diese Krise schnell und entschlossen in den Griff zu bekommen. Gerade in dieser Situation, in der die Patientinnen und Patienten und deren Angehörige Zuversicht und Vertrauen gebraucht hätten, waren Sie mal wieder nicht da.

(Martin Habersaat [SPD]: Was heißt denn „mal wieder nicht da“?)

Gerade zu diesem Zeitpunkt wären Sie mehr denn je gefragt gewesen. Dies habe nicht nur ich so empfunden, sondern auch viele Medienvertreter.

(Martin Habersaat [SPD]: Hinter vorgehaltener Hand?)

Herr Präsident, wenn Sie erlauben, möchte ich aus den „KN“ vom 24. Januar 2015, also einen Tag später, zitieren:

„Dass dort die ... Ministerin Alheit fehlt, macht das Kommunikationsdebakel perfekt. Niemand darf sich wundern, wenn jetzt viele Fragen gestellt werden.“

Zeitgleich zu dieser Pressekonferenz haben meine Kollegen Katja Rathje-Hofmann, Dr. Heiner Garg und Wolfgang Dudda eine Sondersitzung des Sozialausschusses beantragt. Wir alle, liebe Kolleginnen und Kollegen, hätten ansonsten erst am nächsten Tag von diesen Vorgängen aus der Presse erfahren.

In dieser **Sondersitzung des Ausschusses** erklärte Staatssekretär Fischer noch einmal, dass das Ministerium nicht Teil der Meldekette gewesen sei, die Ministerin aber vollumfänglich informiert gewesen sei. Kurz vor Schluss traf dann endlich die Ministerin ein. Und der Hammer war: Die Fragen der NDR-Fernsehjournalisten beantwortete die Ministerin nicht. Sie beantwortete keine einzige Frage zu dieser Krise, sondern verwies immer wieder auf Professor Scholz.

Ich frage Sie allen Ernstes: Sieht so eine laufend gut informierte Ministerin aus?

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Offensichtlich nicht!)

Aus meiner Sicht ist das ein absolutes Trauerspiel, das wieder einmal zeigt, wie die Landesregierung unter Ministerpräsident Albig agiert.

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt PIRATEN)

Zu diesem Desaster passt dann auch noch die entlarvende Aussage der Ministerin anlässlich einer Pressekonferenz am 24. Januar 2015: Auf Nachfrage eines Journalisten kam es zu Irritationen zwischen Professor Scholz und Ministerin Alheit bezüglich der Frage, wer denn die Chefin von Professor Scholz sei.

(Heiterkeit Hans-Jörn Arp [CDU])

Immerhin hat diese Pressekonferenz bei der Ministerin zu der Erkenntnis geführt, dass sie die Chefin von Professor Scholz ist.

(Heiterkeit und Beifall CDU, FDP und vereinzelt PIRATEN - Zurufe SPD)

Herr Präsident, wenn Sie gestatten, möchte ich noch einmal die „KN“ vom 26. Januar 2015 zitieren:

„Die Landesregierung rechtfertigt ihre Unwissenheit allen Ernstes mit dem Hinweis, sie sei nicht Teil der Meldekette gewesen. Nichts sehen, nichts hören, nichts sagen: Ist das die Devise der Regierenden? Der Ministerpräsident jedenfalls schweigt. Weil er nicht Teil der Meldekette ist? Oder weil ihn

(Karsten Jasper)

diese Tragödie, die mittlerweile das ganze Land bewegt, nichts angeht?“

Meine Damen und Herren, die Pressemitteilung von Lars-Harms vom 26. Januar 2015 wirkt da nur noch wie der blanke Hohn.

(Beifall Dr. Axel Bernstein [CDU] und Dr. Heiner Garg [FDP])

„Die

- Ministerin -

hat sich in ihrem Umgang mit der Situation nun wirklich nichts vorzuwerfen - so viel Öffentlichkeitsarbeit und Verantwortungsbewusstsein ist vorbildlich.“

Meine Damen und Herren, das schlägt dem Fass den Boden aus.

(Beifall CDU, FDP und Uli König [PIRATEN])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zu unserem Antrag: Wir alle waren für die Sanierung und den Neubau sowie die damit verbundenen **Effizienzrenditen** des UKSH im Landtag, bis auf die PIRATEN. Wir alle haben dem zugestimmt. Wir alle wissen, dass die Effizienzrenditen zum Großteil nur durch Personaleinsparungen zu erzielen sein werden. Es darf zu gar keinem Zeitpunkt zu einer Verschlechterung der Patientenversorgung kommen. Optimale Patientenversorgung geht vor Personaleinsparung.

Zu Punkt zwei: halbjährliches Monitoring der Einhaltung der Roadmap. Wir fordern eine **kontinuierliche Information des Landtags** über die Ausgaben und die Erlösentwicklung des UKSH.

Zu Punkt drei: die Forderung der CDU nach **Aufnahme des Ministeriums** in die **Meldekette**. Dies war bereits unsere Forderung bei der Sondersitzung des Ausschusses. Auf Bundesebene gibt es bereits eine Verordnung von Minister Gröhe, die Meldekette zu erweitern und die Meldepflicht zu verschärfen. Es freut mich, Frau Ministerin, dass Sie unsere Forderung so schnell in Ihren Maßnahmenkatalog übernommen haben.

(Lachen Ministerin Kristin Ahlheit)

Zu Punkt vier: Verbesserung der **Hygiene und Schulung der Mitarbeiter**. Von 2013 bis 2016 gibt es ein Krankenhaushygieneprogramm der Bundesregierung mit einem Volumen von 170 Millionen €. Wir fordern, die Einstellung und Schulung von Ärzten und Pflegepersonal sowie Schulungen

auch für Mitarbeiter in outgesourceten Betrieben und in Zeitarbeitsfirmen durchzuführen.

Zu Punkt fünf: Wir fordern, dass das jetzt angekündigte Maßnahmenpaket der Ministerin auf gar keinen Fall zulasten der Krankenhaus- und Hochschulfinanzierung gehen darf. Es darf keine Reduzierung des **Sonderprogramms Hochschulfinanzierung** geben. Ich fordere ein deutliches Wort der Ministerin, keine verplanten Gelder in aktuelle Maßnahmen zu stecken.

Punkt sechs: Wir fordern eine Wiederaufnahme der **Verhandlungen mit den DRK-Schwesternschaften** in Kiel und Lübeck. Ich erwarte ein klares Wort der Ministerin, die für das UKSH zuständig ist. Ich hoffe, dass sie inzwischen weiß, dass sie für das UKSH zuständig ist. Der UKSH-Vorstand und die Schwesternschaften Kiel und Lübeck sollen erneut an den Verhandlungstisch zurückzukehren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das UKSH ist in den letzten Wochen in den Fokus der Öffentlichkeit geraten. Es gilt jetzt, durch die Vertreter der Landesregierung in den Aufsichtsgremien den Vorstand des UKSH rückhaltlos zu unterstützen, um das Vertrauen in das UKSH zurückzugewinnen, das man vielleicht zeitweilig verloren hatte: zum Wohle der Patientinnen und Patienten, zur Entlastung und Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie für ein gut aufgestelltes, kompetentes UKSH als Maximalversorger in Schleswig-Holstein.

Ich bitte, unseren Antrag in den Ausschuss zu überweisen. - Danke schön.

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende, Herr Abgeordneter Dr. Ralf Stegner.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal danke ich allen Beteiligten, die am UKSH schwer dafür gearbeitet haben, die Ausbreitung des Keims einzudämmen - Pflegerinnen und Pfleger, Ärztinnen und Ärzten, Reinigungskräften und sonstigen Beteiligten -, für ihr Engagement in dieser besonderen Situation, aber auch für ihre reguläre tägliche Arbeit, der viele Menschen ihre Gesundheit und manchmal ihr Leben verdanken. Dafür haben sie unsere besondere Anerkennung verdient.

(Dr. Ralf Stegner)

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, vereinzelt CDU, FDP und PIRATEN)

Ich danke auch der Landesregierung, namentlich unserer Ministerin Kristin Alheit und ihrem Team, für das erfolgreiche Krisenmanagement und die offene und regelmäßige Information.

(Lachen CDU)

Das war eine schwierige Herausforderung, liebe Kristin Alheit, die Sie hervorragend bewältigt haben. Das will ich hier ausdrücklich feststellen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich beziehe in den Dank auch den UKSH-Vorstand ein, der bei aller zulässigen Stilkritik, gerade was Kommunikationsfragen angeht, insgesamt ein sehr erfolgreiches Krisenmanagement geleistet hat. Das haben auch die Experten aus Frankfurt gesagt. Lassen Sie mich eines feststellen: Uns geht es um die Menschen, ihre Angehörigen und den Ruf und das Vertrauen in das UKSH. Darum geht es und nicht um billiges parteipolitisches Geplänkel.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Torge Schmidt [PIRATEN])

Wir müssen uns nämlich sachlich mit dem Thema beschäftigen. Priorität hatte für die Landesregierung und den UKSH-Vorstand stets die Bekämpfung des Keims. Alle weiteren Debatten kann man im Anschluss daran führen. Diese Arbeit war übrigens wohltuend anders als die schrillen Einwürfe der Opposition heute. Ich muss ehrlich sagen: Wer die Reden von Herrn Dr. Garg und von Herrn Jasper gehört hat, der weiß, dass sie in der Opposition angekommen und - Gott sei Dank - nicht mit Regierungsverantwortung betraut sind.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Denn das war Aschermittwoch, und das ist dem Thema nicht angemessen, auch wenn heute Aschermittwoch ist, Herr Kollege Garg. Es ist meiner Meinung nach durchaus wirklich ernsthaft hier zu sagen: Die Ministerin ist auf der Autobahn umgekehrt und war natürlich im Ausschuss. Ihr hier vorzuhalten, sie sei in der Pressekonferenz nicht dabei gewesen: Was ist das eigentlich für ein billiger Stil? - Das fällt doch auf Sie zurück, das ist niveaulos.

(Vereinzelter Beifall SPD, Beifall Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Das zeichnet Sie und Ihre Art und Weise auch aus.

Ich glaube, wir müssen eher über die **Schlussfolgerungen** reden, die die Erfahrungen mit diesem Keimausbruch nach sich ziehen. Es zeigt sich, dass sich auch unsere exzellente Forschung lohnt. Die Nachricht, dass an der CAU das Erbgut dieses Keims entschlüsselt worden ist, ist wirklich eine gute. Wir begrüßen ausdrücklich, dass die Landesregierung ein **Maßnahmenpaket** als Konsequenz des Auftretens und der Verbreitung des multiresistenten Keims am Universitätsklinikum Schleswig-Holstein mit einigen wichtigen Schritten auf den Weg bringt. Kristin Alheit hat die Punkte eben noch einmal dargelegt. - Liebe Frau Ministerin, Sie haben die Vorschläge öffentlich gemacht, bevor die Opposition irgendwelche inhaltlichen Vorschläge gemacht hat. Insofern ist selbst das, was hier gesagt worden ist, großer Unsinn.

(Vereinzelter Beifall SPD, Beifall Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Mir sind drei Aspekte besonders wichtig. Erstens. Wir brauchen eine ehrliche Debatte in der Gesellschaft, die unseren **Umgang mit Antibiotika** thematisiert. Viele Menschen erwarten bei einer einfachen Erkältung eine antibiotische Behandlung, um schnell wieder fit zu sein. Der wirkliche Nutzen wird dabei außer Acht gelassen. Daher brauchen wir strengere Regeln für den Umgang mit den Medikamenten bei der medizinischen Versorgung von uns selbst, aber auch bei Nutztieren. Hier sitzt die Wurzel für die Entstehung multiresistenter Keime.

Ich sage ausdrücklich, dass das auch eine gesellschaftliche Frage ist, die politisch über unsere Grenzen hinausgeht. Wenn dieser Keim aus anderen Ländern nach Kiel zu uns gekommen ist, zeigt das auch, dass wir eine Regelung mindestens auf europäischer Ebene brauchen, die den Zugang zu Antibiotika sinnvoll reguliert. Mit dem Aktionsplan der Europäischen Kommission und weiteren Vorhaben sind Grundlagen geschaffen, denen weitere folgen müssen.

Zweitens. Kristin Alheit wird auf Bundesebene eine Debatte über **bessere Hygienemaßnahmen in Krankenhäusern** führen, die eng mit der Frage der Krankenhausfinanzierung verknüpft ist.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

**Screeningmaßnahmen**, die wir aus vielen europäischen Staaten kennen, können hier ein wichtiger Baustein sein. Diese müssen aber auch finanziert werden, deswegen brauchen wir bundesweite Regelungen und die Krankenkassen. Eine Bundesratsinitiative zur Finanzierung eines Screeningprogramms

**(Dr. Ralf Stegner)**

für die stationäre Versorgung durch die Krankenkassen und die Überprüfung der geltenden Screeningstandards ist ein erster Schritt. Es ist gut, dass die Landesregierung diesen geht.

Ohnehin muss die **Krankenhausfinanzierung** im Bund ein prioritäres Thema bleiben. Über die Forderung nach einem bundeseinheitlichen Basisfallwert haben wir in diesem Haus oft gesprochen, auch über die Zuschläge für Universitätsklinika. Beides bleibt von entscheidender Bedeutung. Es ist übrigens die SPD gewesen, die das im Koalitionsvertrag auf Bundesebene verankert hat.

Im Dezember wurden Eckpunkte für eine Krankenhausreform von der Bund/Länder-Arbeitsgruppe vorgelegt. Wir werden das gemeinschaftlich auf den Weg bringen.

Drittens. Als Land können wir direkt vor Ort gute Voraussetzungen schaffen. Das tun wir etwa durch die umfangreichen **Baumaßnahmen** am **UKSH**. Die Kosten betragen eine halbe Milliarde €. Wir reden über richtig viel Geld. Ich bin froh, dass wir in diesem Haus endlich den Masterplan beschließen konnten, nachdem die schwarz-gelbe Haushaltsstrukturkommission frühere Planungen zugunsten von Privatisierungsüberlegungen gestoppt hatte. Wertvolle Zeit ist damals verloren gegangen. Auch deshalb waren die öffentlichen Einlassungen des Oppositionsführers und auch von dem Kollegen Garg eben wirklich voll daneben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Flemming Meyer [SSW])

Wieder einmal gilt, meine Damen und Herren von der Opposition, was man Ihnen zurzeit so oft entgegenhalten muss: Die Schlechtermacher von gestern posieren als die Besserwisser von heute. Das ist das, was Sie auszeichnet: damals schlecht gemacht, sich heute hinstellen, nichts mehr wissen und die anderen anmachen. Das zeigt doch eigentlich nur, wie richtig Sie auf den Oppositionsbänken sind.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Seit 2012 und dem Politikwechsel steht doch eines fest: Eine Privatisierung des UKSH schließen wir aus. Dringend notwendige Sanierungsmaßnahmen haben wir endlich angepackt; die bereits mit dem Haushalt 2015 zusätzlich bereitgestellten Mittel für Investitionen in Krankenhäuser werden wir in der Höhe überprüfen. Das ist Handeln, das ist Verantwortung für die Menschen in Schleswig-Holstein.

(Beifall SPD, Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Flemming Meyer [SSW])

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Dr. Stegner, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Garg?

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Das tue ich gern, ja.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:** Herr Kollege Dr. Stegner, Sie möchten gern der Bessermacher von heute sein, aber ich würde einmal sagen, dass Sie allerdings der Sehr-viel-Slechtermacher von vorgestern waren, da Sie verschiedenen Kabinetten seit 2002 oder 2003 angehört haben. Warum haben Sie eigentlich nicht in Ihrer Regierungszeit zwischen 2003 und 2009 dafür gesorgt, dass das UKSH auf entsprechende Gleise gesetzt wurde?

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Rainer Wiegard [CDU]: Der war sogar Wissenschaftsstaatssekretär und zuständig dafür!)

Warum werfen Sie es einer Regierung vor, die genau zweieinhalb Jahre Zeit hatte, um das anzustoßen, was Sie jetzt zugegebenermaßen vollenden wollen?

(Zuruf Wolfgang Baasch [SPD])

- Herr Kollege Baasch, ich rede gerade mit Ihrem Fraktionsvorsitzenden, Sie können sich dann zu Wort melden. - Warum haben Sie nicht unter Ihrer Verantwortung zwischen 2003 und 2009 dafür gesorgt, dass das UKSH heute besser dasteht, als es das im Moment tut?

- Lieber Herr Kollege Dr. Garg, zum Ersten bin ich Ihnen außerordentlich dankbar, dass Sie dem Hause mitteilen, was ich in meinem Leben schon alles beruflich gemacht habe. Das wussten die gar nicht, und insofern ist es nett, dass Sie so aufklärerisch wirken. Das steht der FDP gut an. Das ist gut.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Man muss ja wissen, was Sie hier in Schleswig-Holstein schon angerichtet haben!)

Aber es ist natürlich so, Herr Kollege Garg, dass ich zum Beispiel in der Tat verantwortlich dafür gezeichnet habe, dass wir die beiden Universitätsklinika fusioniert haben. Das haben Sie heftig bekämpft. Ich glaube, dass das ein Schritt in die richtige Richtung gewesen ist, um in der Lage zu sein, dass das UKSH irgendwann einmal aus den roten

(Dr. Ralf Stegner)

Zahlen herauskommt. Ja, Herr Kollege Garg, wir haben einen Tarifvertrag mit den Beschäftigten abgeschlossen, wo die Beschäftigten vieles beizutragen hatten. Wir wollten eben just nicht die von Ihnen ständig in der Öffentlichkeit propagierte Privatisierung. Für Privatisierung sind Liberale, wir Sozialdemokraten, Grüne und SSW eben nicht.

(Vereinzelter Beifall SPD und Beifall Lars Harms [SSW] - Wolfgang Kubicki [FDP]: Was macht der Tarifvertrag jetzt, Herr Dr. Stegner?)

Das unterscheidet uns von Ihnen. Dazu bekenne ich mich in der Tat ganz deutlich. Sie wollen privatisieren, Sie kümmern sich nicht um die Beschäftigten. Das ist bei uns völlig anders.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das glaubt doch draußen kein Mensch mehr!)

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Dr. Stegner, gestatten Sie eine Zusatzfrage des Abgeordneten Dr. Garg?

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Sie sehen, dass es meiner Fraktion Spaß macht, also weiter so.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:** Herr Kollege Dr. Stegner, das wird eine Zusatzbemerkung, weil ich es nicht zulasse, dass Sie hier Unwahrheiten verbreiten.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Das ist nicht neu!)

Die FDP-Fraktion - dezidiert vertreten durch den Kollegen Dr. Klug und meine Wenigkeit - hat sich in den angesprochenen Legislaturperioden vehement gegen eine **Privatisierung des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein** ausgesprochen. Wenn Sie hier weiterhin das Gegenteil behaupten, dann sagen Sie schlicht die Unwahrheit. Sie sagen sie wissentlich. Man kann das auch anders nennen, das wissen Sie. Ich würde Sie herzlich bitten, von dieser Falschbehauptung Abstand zu nehmen.

Zweitens hätte ich die Zusatzfrage, ob Sie Ihr Wirken als besonders erfolgreich charakterisieren, durch das das UKSH im vergangenen Jahr mit fast 40 Millionen € den höchsten Jahresverlust seiner Geschichte eingefahren hat.

- Sehr geehrter Herr Dr. Garg, wenn Sie stehen bleiben mögen, beginne ich mit der zweiten Antwort. Ich will Ihnen ehrlich sagen: Hätten wir die Fusion nicht vorangetrieben, wären die Defizite deutlich höher, das steht fest.

(Lachen CDU)

Wir übrigens treten dafür ein, dass sich die bundesweiten Rahmenbedingungen für das Universitätsklinikum verbessern. Da reden wir über zweistellige Millionenbeträge. Das ist übrigens durch eine schwarz-gelben Regierung auf Bundesebene kassiert worden, um auch einmal zu sagen, was wir da schon vorangebracht haben.

(Beifall SPD - Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Wer hat die bundesweiten Rahmenbedingungen eigentlich geschaffen?)

Das ist der eine Punkt.

Der zweite Punkt. Mir ist völlig schnurz, was Sie zulassen oder nicht; wir haben hier eine öffentliche Debatte, und es herrscht Meinungsfreiheit. Ich sage Ihnen meine Meinung: Die Haushaltsstrukturkommission war die Kommission einer gemeinsamen Regierung von CDU und FDP. Oder waren Sie nicht dabei?

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Sie waren doch dabei. Die Öffentlichkeit ist verunsichert, weil Sie ständig über Privatisierung geredet haben

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das stimmt doch gar nicht!)

und weil nie klar war, was aus dem UKSH wird. Wir haben immer gesagt: Privatisierung gibt es mit Rot-Grün-Blau nicht, wir sorgen dafür, dass die Beschäftigten unseres größten Arbeitgebers eine gute Perspektive haben. Das haben wir hinbekommen und nicht Sie. Deswegen sind Sie übrigens auch ausgewählt worden - wenn Sie noch eine Ursache brauchen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Dr. Stegner, nunmehr würde Ihnen der Abgeordnete Habersaat gern eine Zwischenfrage stellen.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Der Kollege Habersaat hat heute Geburtstag - wie könnte ich ihm das abschlagen! Bitte schön.

**Martin Habersaat [SPD]:** Vielen Dank, Herr Dr. Stegner. Ich habe heute Morgen mitbekommen, dass nur Berichte der „Kieler Nachrichten“ es wert sind, daraus ganze Tagesordnungspunkte zu machen. Ich möchte jetzt aber einen kurzen Auszug aus dem „shz“ vorlesen:

„,Es darf keine Denkverbote geben‘, betonte Wissenschaftsminister Jost de Jager (CDU) unter Hinweis auf die Haushaltsnot des Landes. Dass das UKSH jemals in der Lage sein werde, die Finanzierungskosten in Höhe von rund 48 Millionen Euro für die notwendigen Investitionen selbst aufzubringen, bezweifelte er. Wie der CDU-Abgeordnete Daniel Günther warnte auch FDP-Fraktionschef Wolfgang Kubicki davor, Privatisierung grundsätzlich als Teufelszeug zu verdammen.“

- Ich bin sehr dankbar, dass das vorgelesen worden ist. Sonst hätte man den Eindruck, die FDP sei gegen Privatisierung. Das wäre ja etwas ganz Neues. Die FDP gehört zu den Privatisierungsfreunden und nicht zu den Privatisierungsgegnern. Das ist sie in ihrer gesamten Geschichte.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Herr Kollege Habersaat, insofern war es gut, dass Sie das dem Auditorium noch einmal zur Kenntnis gebracht haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Küstenkoalition hat nie einen Zweifel daran gelassen, dass im UKSH alles getan wird, was medizinisch notwendig ist. Darauf können sich die Patientinnen und Patienten genauso wie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des UKSH verlassen. Dazu gehören eben auch das Prüfen und die Finanzierung eines **Erweiterungsbaus** in Modulbauweise am UKSH, also zusätzliche Betten als Einzelzimmer sowie Lager- und Umkleidekapazitäten, um die bauliche Situation bereits kurzfristig zu verbessern. Frau Ministerin, ich sage Ihnen ausdrücklich zu, dass alles, was wir tun können, um das zu unterstützen, von der Mehrheit in diesem Hause unterstützt werden wird.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Weil leider auch ein wild gewordener ver.di-Funktionär meinte, mit Ängsten spielen, das Personal schlechtreden und uns einen angeblichen **Personalabbau** vorwerfen zu müssen, möchte ich hier klarstellen: Betriebsbedingte Kündigungen schließen wir aus. Der Personalbedarf bemisst sich einzig am medizinisch und pflegerisch Notwendigen. Effizienzgewinne sind strikt abhängig von fiskalischen und baulichen Rahmenbedingungen. Wir haben Vertrauen in die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des UKSH und werden ihre Kompetenzen mit entsprechenden Fortbildungen und Schulungen weiter stärken. Ein Personalabbau, beispielsweise in der Pflege und zulasten der Patienten und der medizinischen Qualität, wird es mit dieser Koalition definitiv nicht geben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Bei uns ist es anders als bei anderen: Wenn wir das sagen, tun wir das auch. Darauf können sich alle verlassen. Deswegen sage ich das hier ausdrücklich noch einmal, auch für Sie, Herr Kollege Kubicki. Bei Ihnen ist das ja flexibler, wie man weiß.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich hoffe auch, dass die Situation um die **DRK-Schwesternschaft** am Ende so gelöst wird, dass das fiskalisch Notwendige ohne Verschlechterung für die Betroffenen erreicht werden kann. In diesem Bereich - das füge ich ausdrücklich hinzu - hätte kommunikativ manches besser laufen müssen. Gleichwohl ist es so, dass wir beides unter einen Hut bringen müssen, dass das UKSH die schwarze Null erreicht und wir gleichzeitig alles tun - -

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

- Wenn Sie mir noch ein bisschen zuhören, Herr Kollege Kubicki, können Sie etwas lernen, dann sage ich Ihnen, wie das geht, das ist nämlich mein nächster Satz.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Von Ihnen lernen will ich nicht!)

Der Defizitabbau des UKSH kann nur über die Änderung bundesweiter Rahmenbedingungen, die Verbesserung in der Organisation von Abläufen und die Zusammenarbeit von Instituten an den unterschiedlichen Standorten erfolgen, niemals auf Kosten von Personal und Patienten. Das unterscheidet diese Koalition von ihren Vorgängern, das ist der Unterschied, Herr Abgeordneter Kubicki.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Dr. Stegner, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage oder -bemerkung des Abgeordneten Dr. Garg?

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Es ist zwar parlamentarisch ein bisschen ungewöhnlich, dass gerade gewesene Minister in ihrem Fachgebiet so intensiv unterwegs sind, aber ich lasse es trotzdem zu. Bitte schön.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:** Ich bedanke mich für Ihre Großzügigkeit und für Ihre Gnade außerordentlich, Herr Dr. Stegner. - Ich habe in der vergangenen Woche aus verschiedenen Mündern Ihrer Fraktion entnehmen dürfen, dass der Vorstandsvorsitzende, Professor Jens Scholz, die Entscheidungen trifft und nicht die Landesregierung. Sie haben klar gesagt, dass mit dieser Koalition kein Personalabbau am UKSH, insbesondere im Pflegebereich, betrieben wird. Wer trifft denn nun die betriebsbedingten und notwendigen Entscheidungen, die Landesregierung oder der Vorstand des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein?

- Sehr verehrter Herr Kollege Dr. Garg, es ist schön, dass ich wiederholen darf, was ich gerade eben gesagt habe: Der Defizitabbau erfolgt erstens über die Verbesserung bundesweiter Rahmenbedingungen, sprich Zuschlag zur Universitätsmedizin, einheitlicher Basisfallwert. Das kann Herr Scholz nicht bewerkstelligen, das müssen die Landesregierung, die Bundesregierung und der Bundesrat tun. Zweitens: durch Verbesserungen im baulichen Bereich, wenn ich daran denke, was im Management bei Operationssälen alles verbessert werden kann. Dazu schafft dieser Landtag die Voraussetzungen. Außer den PIRATEN haben ja erfreulicherweise alle zugestimmt, dass wir das tun. Drittens: durch die Zusammenarbeit der Standorte, was die Institute angeht. Auch das wird der Vorstandsvorsitzende nicht allein machen können, sondern es wird durch das Wissenschafts- und Gesundheitsministerium begleitet. In diesem Rahmen wird der Vorstandsvorsitzende seinen Job zu machen haben - was er auch tut -, nämlich dafür sorgen, dass bei günstigeren Rahmenbedingungen, für die wir zuständig sind, am Ende das herauskommt, auf das es den Menschen draußen in allererster Linie ankommt, nämlich dass wir nichts tun, was die medizinische Qualität gefährdet, dass wir nichts tun, was die Arbeitsbedingungen der Arbeitskräfte verschlechtert,

und dass es Vertrauen gibt in unser UKSH, das unser Klinikum auf höchstem medizinischen Niveau ist. Dafür haben wir Sorge zu tragen, alle an ihrem Platz.

Es ist schön, dass ich Ihnen das noch einmal darstellen durfte, lieber Herr Kollege Garg. Sie haben dem Hause einen großen Dienst erwiesen. Vielen herzlichen Dank.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Rainer Wiegand [CDU]: Textbausteine hat er wiederholt!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist schön, der eine oder andere kann an so einem Tag tatsächlich noch klüger werden. Der **Defizitabbau des UKSH** muss unter den dargestellten Rahmenbedingungen erfolgen.

Eines ist aber auch klar: Es wäre eine Illusion zu glauben, es könne in Zukunft quasi keimfreie Krankenhäuser geben. Das ist nicht so. Wenn es in deutschen Krankenhäusern jährlich zwischen 400.000 und 1 Million Ansteckungen gibt, von denen zwischen 10.000 und 50.000 zum Tod des Patienten zumindest beitragen, besteht politischer Handlungsbedarf. Das ist eine politische Herausforderung, der wir uns in Deutschland zu stellen haben.

Deswegen muss daraus gelernt werden, auch hier im Land. Die schnellere Benachrichtigung des Ministeriums, höhere Transparenz durch einen Erlass an den kommunalen öffentlichen Gesundheitsdienst. Unsere Gesundheits- und Wissenschaftsministerin Kristin Alheit hat gezeigt, was jetzt zu tun ist. Da gilt es wie bei Erich Kästner: „Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.“

Wir tun das, wir werden diese Schritte gemeinsam gehen. Ich hoffe, dass das Haus das weitgehend unterstützt. Das UKSH, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Patientinnen und Patienten haben verdient, dass wir uns in allererster Linie um das kümmern, worum es geht, nämlich um die Gesundheit der Menschen in diesem Land, die ins UKSH kommen, dort gut behandelt werden und möglichst wieder gesund werden. Es ist unser Auftrag, dafür zu sorgen, dass sie das können. - Vielen herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Meine Damen und Herren, der Abgeordnete der Fraktion der PIRATEN, Sven Krumbeck, hat sich

**(Präsident Klaus Schlie)**

beim Präsidium krankgemeldet. - Wir wünschen auch ihm gute Besserung!

(Beifall)

Begrüßen Sie gemeinsam mit mir auf der Besuchertribüne Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Kronwerk aus Rendsburg. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Fraktionsvorsitzende, die Abgeordnete Eka von Kalben.

**Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich vorweg auf die beiden Redebeiträge der Opposition eingehen. Lieber Herr Garg, wir machen uns nicht lustig in einer Situation, in der Menschenleben bedroht sind.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

Das ist eine Unterstellung gegenüber den Regierungsfractionen. Wir machen uns nicht lustig in einer Situation, in der Menschenleben bedroht sind. Ich finde so eine Unterstellung nicht gerechtfertigt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Sie sprechen davon, dass die Öffentlichkeit in so einer Krise verunsichert werde, weil zum Beispiel in der Pressekonferenz nicht die Ministerin Auskunft gegeben hat, sondern Frau Langner, weil zeitgleich Prozesse stattfinden, nämlich Informationen einholen und Informationen so schnell wie möglich an die Öffentlichkeit und uns weitergeben. Selbst Ministerinnen sind nicht klonbar. Wenn Sie das immer mit der Unterstellung spicken, die Ministerin sei abgetaucht über Tage - ich weiß nicht, wie viele Tage Sie genannt haben -,

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Elf!)

verunsichert das die Öffentlichkeit.

Das ist das, was den Eindruck erweckt: Am UKSH ist eine Krise, sie ist nicht mehr in den Griff zu bekommen, sie führt dazu, dass unser Maximalversorger geschwächt wird, dass es Patientinnen und Patienten gibt, die sich überlegen, ob sie dort weiterbehandelt werden wollen. Das ist etwas, was maximal schadet und völlig unsachgemäß ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

In beiden Beiträgen - leider auch in dem der CDU - ging es im Wesentlichen - das sage ich, auch wenn ich die Zeit nicht gestoppt habe - um Befindlichkeiten, um Performances und viel weniger um die Inhalte. Sie sind am Ende Ihrer Rede, zeitlich leider sehr kurz, auf die Punkte eingegangen, auf die es jetzt ankommt. Darauf möchte ich mich im Weiteren konzentrieren.

Seit Ende Januar sind keine weiteren Patientinnen oder Patienten positiv auf MRGNE getestet worden. Die Keime scheinen im Griff zu sein - scheinen! Wir haben eben schon das Thema angesprochen. Die Illusion, es gebe irgendwo eine **maximale Sicherheit** - sei es durch ein besseres Screening, sei es durch verbesserte Bauten, sei es durch noch bessere Hygienevorschriften -, dürfen wir nicht erwecken, können wir nicht erwecken. Wir leben in einer Gesellschaft, die auch Risiken hat.

Das Krisenmanagement von UKSH und der Ministerin war und ist gut. Es war und ist sachgerecht und besonnen gehandelt worden. Panikmache wäre an dieser Stelle völlig fehl am Platz gewesen.

(Beifall Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Herr Dr. Scholz und Frau Dr. Christiansen haben konsequent und entschlossen gehandelt, intern und nach außen. Ausgewiesene Experten wurden zu Rate gezogen, die Öffentlichkeit wurde zeitnah und regelmäßig informiert. Ganz wichtig: Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im UKSH gilt unser Dank. Sie alle haben unter extremen Anforderungen Bemerkenswertes geleistet.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Zudem: Aus dem Nachteil langer **Kommunikationswege** wurden bereits die notwendigen Konsequenzen gezogen. Schon jetzt ist vereinbart, dass das Ministerium zukünftig sofort benachrichtigt wird. Ein entsprechender Erlass beziehungsweise eine Änderung der Landesverordnung wird vorgenommen oder liegt bereits vor.

Richtig war es, zuerst an die betroffenen Patientinnen und Patienten, ihre Angehörigen und die Pflegekräfte zu denken. Sinnvoll war es, vorrangig und mit ganzer Kraft die Bekämpfung des Keims auf den Stationen voranzutreiben. Wenn man sagt, dass vorrangige Aufgabe in der Krise ist, Menschenleben zu retten und die Ausweitung des Keims zu bekämpfen, dann ist das doch völlig sachgerecht und logisch. Ich erwarte von einer Ministerin, dass das die erste Aufgabe ist, die sie vorantreibt.

(Eka von Kalben)

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Richtig war es auch, sich einen fachlichen Überblick zu verschaffen und bundesweit ausgewiesene Hygieneexperten nach Kiel zu holen. Sie konnten die Situation vor Ort unvoreingenommen und objektiv bewerten.

Richtig ist es, alles dafür zu tun, dass möglichst keine nächste Keimkrise kommt. Sinnvoll ist es, jetzt vorzusorgen. Das tun wir. Das vorgelegte **Maßnahmepaket** der Landesregierung ist gut, richtig und sinnvoll.

Das **UKSH** ist der einzige Maximalversorger in Schleswig-Holstein. Er ist unverzichtbar. Er muss erhalten und gestärkt werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ein Universitätsklinikum muss auf höchstem Standard arbeitsfähig sein. Darauf vertrauen die Menschen. Das ist der Grund für den Masterplan. Es bedeutet eine riesengroße Kraftanstrengung für alle Beteiligten, diesen umzusetzen. Der Weg ist lang und steil, und wir werden noch einige Steine aus dem Weg räumen müssen. Trotzdem werden wir diesen Weg gehen.

An einer Stelle zeichnen sich die Probleme besonders ab: Das ist der **Personalbedarf**. Die Arbeitsdichte im UKSH ist schon jetzt sehr hoch. Urlaubs- und Krankheitszeiten sowie normale Fluktuation erhöhen den Druck zusätzlich. Sie führen zu Abstrichen bei der Patientenversorgung und zu Überlastung beim Personal. Überlastungs- und Gefährdungsanzeigen machen dies deutlich. Wir müssen uns die Frage stellen, ob die bisherigen Standards im Krankenhausalltag ausreichend sind. Das gilt für den ärztlichen Bereich, das gilt für die Pflege, und das gilt für das Reinigungspersonal. Wenn wir hier Lücken haben, dann müssen diese geschlossen werden.

Der zunehmende ökonomische Druck, dem Krankenhäuser unterliegen, ist gefährlich: Zuerst kommen der Mensch und der Behandlungsauftrag, dann kommen die betriebswirtschaftlichen Erfordernisse. Das ist auch grüne Sichtweise. In diese Richtung zielt auch das Maßnahmepaket der Landesregierung.

Liebe Opposition, wenn ich Ihren **Änderungsantrag** anschau und unseren Antrag ansehe, wundert man sich über manchen Popanz, der hier heute Morgen aufgebaut wurde. In wesentlichen Teilen unterscheiden sich die Punkte überhaupt nicht. Es

gibt durchaus Punkte, in denen wir in eine ähnliche Richtung gehen.

Erstens. Die **bauliche Situation** der Stationen ist unzureichend. Deshalb ist es richtig, Geld für eine zügig umsetzbare Modullösung bereitzustellen. - Das scheint mir kein Widerspruch zu sein.

Zweitens. Die Qualität der Behandlung steht und fällt mit dem **Personal**. Zu wenig Personal ist ein Gefährdungspotenzial. Nur wenn auf der Basis struktureller und organisatorischer Verbesserungen durch den Masterplan Kapazitäten frei werden, dürfen wir über Personalabbau - dann auch nur im Rahmen der natürlichen Fluktuation - nachdenken. Betriebsbedingte Kündigungen schließen wir aus.

Drittens. Das Personal muss wissen, was es tut. Mehr **Fortbildung**, noch bessere Fortbildung und vor allem die Möglichkeit, diese wahrzunehmen, ist unverzichtbar - insbesondere beim Hygienemanagement, aber auch sonst. - Auch hier, glaube ich, gibt es wenig Widerspruch.

Viertens. Wir brauchen einen schnelleren **Informationsfluss** zwischen den Krankenhäusern und den verantwortlichen Behörden. Hierzu wurden bereits Maßnahmen eingeleitet. Gut!

Fünftens. Zum Thema **Screening**: Wenn ein Screening stattfindet, kann man Gefährdungen vorab erkennen und bekämpfen. Entscheidend ist natürlich, wer gescreent und worauf gescreent wird. Deshalb müssen wir die geltenden Empfehlungen und Standards und ihre praktische Umsetzung kritisch überprüfen. Es ist erforderlich, einheitlich zu definieren, welche Gruppen als Risiko eingestuft werden und welche Keime relevant sein könnten. Das ist ein hoch schwieriges, diffiziles Thema. Das wurde hier auch schon von beiden Seiten angesprochen.

Sechstens. **Antibiotika** sind eine Wunderwaffe. Aber jedes Schwert wird stumpf, wenn man es zu oft und falsch verwendet. Wir brauchen im stationären und im ambulanten Bereich ein restriktives Ordnungsverhalten von Antibiotika. Es ist mitnichten so, dass es nur den Vorwurf gibt, Ärztinnen und Ärzte verschrieben zu viel. Es gibt auch den Druck der Patientinnen und Patienten, die sagen: Wir wollen aber mehr, wir müssen morgen wieder arbeitsfähig sein, gib mir etwas; ich weiß, es wirkt nicht gegen Viren, aber ich will es trotzdem, weil ich mich dann besser fühle. Das ist ein gesellschaftliches Problem, vor dem wir stehen, dass wir ein wichtiges Medikament, das wir benötigen, zu viel konsumieren und dadurch seine Wirkung praktisch abtöten.

**(Eka von Kalben)**

Ein vergleichbares Thema gibt es insbesondere in der Nutztierhaltung. Auch dort - das wissen wir - werden die Antibiotika genutzt, die noch als Reserve zur Verfügung stehen sollen. Auch das ist ein Thema, das es wert ist, zu beschreiben und anzugehen, sich Maßnahmen auszudenken, aber im Grunde nichts, weswegen man sagen kann, das Krisenmanagement sei nicht in Ordnung.

Ich muss meine Rede ein bisschen abkürzen. Ich glaube, an dieser Stelle deutlich machen zu können, dass es unsere Aufgabe ist, aus der Keimkrise zu lernen. Die Japaner sagen: Jede Krise beinhaltet eine Chance.

Aus grüner Sicht ist das entscheidend: Gut, dass wir die Infektion schnell in den Griff bekommen haben! Gut, dass die Landesregierung zügig und zielgerichtet gehandelt hat! Letztlich: Gut, dass das UKSH in öffentlicher Hand bleibt! - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat der Abgeordnete Wolfgang Dudda.

**Wolfgang Dudda [PIRATEN]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist mehr als eine Pflichtübung und mehr als eine Floskel, wenn meine Fraktion sich für den unermüdlichen Einsatz der **Beschäftigten im UKSH** bei der **Bewältigung der Keimerregerkrise** bedankt. Sie haben Unglaubliches geleistet, und wir sind ihnen tatsächlich allen Dank dieses Hauses schuldig.

(Beifall PIRATEN, vereinzelt SPD und Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Frau Ministerin, ich bedanke mich auch bei Ihnen für Ihren Bericht. Zur **Informationspolitik der Landesregierung** möchte ich zwei Dinge feststellen: Sie war bis zum 23. Januar schlecht, teilweise war sie desaströs. Dies ist von den Kollegen ausreichend angesprochen worden. Man muss aber auch sagen, dass nach dem 23. Januar eine Informationspolitik stattgefunden hat, wie ich sie in den letzten zweieinhalb Jahren in Krisen von dieser Landesregierung nicht erlebt habe. Sie war großartig. Vielen Dank, Frau Ministerin. Im Übrigen wünschen wir uns dies auch an anderer Stelle von Ihrem Kabinett; dann wären wir in manchen Dingen weiter.

Sie haben - was die Konsequenzen aus der schlechten Informationspolitik angeht - bei Herrn Scholz die entsprechenden Konsequenzen gezogen und, was seine Hybris angeht, durch eine Weisung Grenzen gezogen. Auch das ist in Ordnung.

Auch das, was Sie ab dem 3. Februar veröffentlicht haben, findet unsere Zustimmung, und zwar fast ausnahmslos. Besonders gut hat mir dieser Satz von Ihnen gefallen: Was medizinisch notwendig ist, das wird auch finanziert. So eindeutige und klare Aussagen sind nötig. Die Menschen erwarten in so einer Situation genau dies von uns.

Frau Ministerin, Sie und wir sehen tatsächlich in der **baulichen Erweiterung durch Container** eine Lösungsmöglichkeit, um den Umstand abzustellen, dass multiresistente Keime am Campus des **UKSH in Kiel** noch einmal günstige Voraussetzungen vorfinden. Es liegt auf der Hand, dass dafür außerplanmäßige Mittel bewegt werden müssen. Die Botschaft hier muss klar und deutlich sein: Wo es um Menschenleben geht, ist absolut kein Platz für kleinkarierte Finanzdebatten. Das gilt für alle Beteiligten, nicht nur für uns als Land. Das gilt für die Krankenkassen genauso wie für alle diejenigen, die immer noch meinen, dass die Menschen in Schleswig-Holstein den zweitschlechtesten Basisfallwert in Deutschland verdient hätten.

Auch die Krankenhäuser selbst müssen und können ihren Beitrag leisten, zumal sich dieser kaufmännisch extrem gut rechnet. Dazu empfehle ich den in unseren Krankenhäusern kaufmännisch Verantwortlichen das im Internet abrufbare Interview mit Professor Zastrow von der Deutschen Gesellschaft für Krankenhaushygiene. Er sagt: **Infektionen** verursachen im Durchschnitt zusätzlich sieben bis zehn Tage **Krankenhausaufenthalt** für die Patienten. Bei 300.000 vermeidbaren Infektionen pro Jahr und zehn durchschnittlichen Verweildauertagen sind das 3 Millionen Tage pro Jahr. Dieses Geld geht den Kliniken verloren. Eher dürften es 400.000 Fälle sein, also 4 Millionen Tage. Früher wurde pro Tag durchschnittlich ein Pflegesatz von 250 bis 300 € abgerechnet. 4 Millionen Tage mal 300 sind 1,2 Milliarden € Einsparungen bei optimaler Hygiene. In einem Krankenhaus mit 450 Betten und 10.000 Patienten im Jahr kommen bei einer Infektionsrate von 5 % und durchschnittlich sieben Tagen längerer Verweildauer 3.500 Tage zusammen. Setzt man 300 € an, so sind das mehr als 1 Million €. Wenn 40 % der Infektionen vermieden werden, bedeutet das 400.000 € Ersparnis pro Krankenhaus und Jahr. Ich erinnere gern daran: Die Zahlen aus diesem Interview sind elf Jahre alt.

(Wolfgang Dudda)

Unsere Debatte hier im Landtag muss demnach auch ein Weckruf für diejenigen in unseren Krankenhäusern sein, die falsch mit dem Thema Kostendruck umgehen. Wenn es schon so ist, dass wir mit der **Ökonomisierung des Sozialen** leben müssen, das seine negative Schöpfungshöhe in der bescheuerten Idee gefunden hat, ein aus Solidarbeiträgen finanziertes System sei mit auf Gewinn ausgerichteten Krankenhäusern kompatibel, dann müssen wir uns auch darauf verlassen können, dass in solchen Krankenhäusern dem Blasenkatheter aus Silikon für 3 € klar der Vorzug vor dem für 50 Cent aus Latex gegeben wird, weil das Infektionsrisiko geringer ist.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN und Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Hilfreich wäre auch hier ein natürlich von neutraler, aber kompetenter Seite regelmäßig aktualisiertes und öffentlich einsehbares **Hygieneranking**, damit die Menschen wissen, wo man es damit genau nimmt und wo nicht. So wie die Menschen sich bei ihrer Urlaubsplanung des Portals Holiday-Check bedienen, so könnte man auch einen Hygiene-Check nutzen. So wüsste man, woran man ist. Dies würde sicherlich gerade bei den gewinnorientierten Krankenhäusern zu einer internen Qualitätssteigerung führen.

(Beifall PIRATEN)

Im Übrigen halte ich ganz wenig davon, sich heute in Schuldzuweisungen darüber zu ergehen, wer für die **baulichen Verzögerungen am UKSH** verantwortlich sei. Die Menschen wollen von uns etwas anderes. Sie wollen, dass wir die Lehren ziehen. Frühere Versäumnisse machen es heute erforderlich, Geld in die Hand zu nehmen, um wenigstens die Risiken durch bauliche Mängel zu beseitigen. Ein unser Handeln überlagernder politischer Streit über rückwärtige Verantwortlichkeiten wird unserer Verantwortung heute in keiner Weise gerecht.

Frau Ministerin, an einer Stelle unterscheiden sich Ihre Vorstellungen von unseren. Sie sind etwas unklar, was die **Personaleinsparungen** angeht. Wir sagen klipp und klar: Es darf nicht weniger Personal beschäftigt werden. Die hygienischen Voraussetzungen müssen erhalten bleiben. Das Beispiel der Hygiene durch saubere Hände hat der Kollege Garg erwähnt. Alkohol braucht auf der Haut 90 Sekunden, um desinfizierend zu wirken. Wir haben es gestern Abend im Fernsehen gesehen: Eine Krankenschwester, die auf einer Intensiv-Säuglingsstation arbeitet und dabei allein sechs Babys versorgt, kann dies im Dienst nicht leisten, und die Infektionen tragen sich weiter. Wir müssen dafür Sorge tra-

gen, dass dies in unseren Kliniken auf keinen Fall Praxis ist.

Der vom UKSH bemühte **externe Sachverständig** aus Frankfurt hat schon gute Empfehlungen gegeben, denen man folgen kann. Ich möchte weiteren externen Rat haben, weil ich nicht glaube, dass es gut ist, dass diejenigen, die für den Status quo verantwortlich sind, auch diejenigen sind, die die Lage deutlich verbessern können. Hier ist guter Rat teuer. Kein Rat kommt teurer.

(Beifall Uli König [PIRATEN])

Wir wissen übrigens aus einer Studie im Nachgang zu der dortigen Acinetobacter-baumannii-Krise 2006/2007, die mit einem Förderpreis vom Campus des UKSH Lübeck ausgestattet wurde, dass Keimerreger in dieser Form ein Krankenhaus bis zu 220.000 \$ pro Tag kosten können. Dabei sind die Zahlen aus den USA nicht eins zu eins auf unsere Verhältnisse adaptierbar. Aber es ist erheblich teurer, als nicht an der Hygiene zu sparen und alles Notwendige zu tun. Trotzdem bleibt es dabei: Ausreichendes **Pflegepersonal**, das anständig und gut bezahlt wird, ist in der Summe günstiger als ein beherrschbarer Keimerregerbefall.

(Beifall PIRATEN, vereinzelt FDP und Beifall Katja Rathje-Hoffmann [CDU])

Frau Kollegin von Kalben sagte es eben schon: Eigentlich liegen unsere Anträge inhaltlich gar nicht weit auseinander. Sie liegen so dicht beieinander, dass ich felsenfest davon überzeugt bin, dass wir im Sozialausschuss unserer Verantwortung gerecht werden und all das so zusammenführen, dass es dem Land Schleswig-Holstein nützt. Das entspricht auch der Tradition unseres Ausschusses. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall PIRATEN, vereinzelt CDU und Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

**Präsident Klaus Schlie:**

Für den SSW hat Herr Abgeordneter Lars Harms das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich denke, wir alle beobachten die aktuellen Ereignisse rund um den **Ausbruch des multiresistenten Keims am UKSH** mit Beunruhigung und sind mit unseren Gedanken zuallererst bei den Betroffenen und ihren Angehörigen. Die Tatsache, dass Fälle dieser Art leider immer wieder vorkom-

(Lars Harms)

men und jährlich tausende Menschen multiresistenten Erregern zum Opfer fallen, ist dabei wenig tröstlich. Und doch halte ich es für zwingend erforderlich, dass auch wir hier im Landtag diese besorgniserregende Situation mit der gebotenen Sachlichkeit begleiten. Dies gilt ganz besonders, wenn es um die unmittelbaren Konsequenzen aus einem solchen Fall und um die nötigen Gegenmaßnahmen geht.

Auch wenn es eigentlich klar sein dürfte, möchte ich gleich zu Beginn betonen, dass das Problem multiresistenter Keime viel zu komplex ist, um auf schnelle Patentlösungen zu hoffen. Ganz im Gegenteil: Wir müssen uns leider darauf einstellen, dass diese Erreger und die hiermit verbundenen Probleme immer wieder auftauchen. Experten bestätigen regelmäßig, dass man auch noch so viel screenen und noch so viel auf Hygiene in den Krankenhäusern achten kann, einen hundertprozentigen **Schutz gegen den Ausbruch** und vor allem gegen die Verbreitung eines Keims, wie jetzt am UKSH, wird kaum jemals möglich sein.

Wir alle sind also gut beraten, unsere Erwartungen in Richtung einer sofortigen und umfassenden Lösung dieses Problems herunterzuschrauben. Doch heißt das natürlich nicht, dass man die Hände einfach in den Schoß legen kann. Der aktuelle Fall zeigt vielmehr, dass wir eine ganze Reihe von Maßnahmen auf den Weg bringen oder fortführen und intensivieren müssen, um bestehende Risiken zu minimieren. Keine Frage: Die derzeitige Situation am UKSH erfordert Konsequenzen, und entsprechende Schritte wurden bereits eingeleitet. Der SSW begrüßt die Reaktion und das gesamte Bündel unserer Landesregierung, das nicht nur dringend nötige Sofortmaßnahmen, sondern auch mindestens genauso wichtige mittel- bis langfristige Zielvorgaben enthält.

Fakt ist, dass sämtliche Verantwortliche am UKSH vom ersten Tag an einen enormen Einsatz geleistet haben, um die Betroffenen bestmöglich zu versorgen und die Angehörigen wie auch die Öffentlichkeit umfassend zu informieren. Diese Arbeit verdient unsere größte Anerkennung und unseren größten Dank. Doch zeigt sich in einer solchen Extremsituation, dass auch das **Universitätsklinikum** als Maximalversorger mit seinen ausgewiesenen Experten an **Grenzen** stößt. Dies wurde gerade mit Blick auf die so dringend notwendige Isolierung der Patienten in Einzelzimmern deutlich. Deshalb ist der Schritt, die Kapazitäten so schnell wie möglich zu erweitern, absolut folgerichtig. Wie Sie wissen, stellen wir für diese wichtige Sofortmaßnahme

Geld aus dem laufenden Haushalt zur Verfügung, Geld, das aus meiner Sicht bestens investiert ist.

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

Selbstverständlich werden wir es nicht bei dieser Einzelmaßnahme belassen. Für uns liegt auf der Hand, dass auch **präventive Ansätze** und **Strategien zur Früherkennung** ausgebaut werden müssen. Neben noch verbindlicheren und vor allem umfassenderen Schulungs- und Fortbildungsprogrammen zum Thema „Krankenhaushygiene“ werden wir daher auch die Landesverordnung über die Infektionsprävention evaluieren und hier gegebenenfalls nachbessern. Fakt ist auch hier, dass in der Fläche noch sehr viel stärker sensibilisiert und aufgeklärt werden kann als bisher.

Mit Blick auf das Screening, also im Bereich der Früherkennung, gibt es aus unserer Sicht nicht erst seit den aktuellen Erfahrungen am Kieler Campus konkreten Handlungsbedarf. Den entsprechenden Vorstoß unserer Gesundheitsministerin in Richtung Bund begrüßen wir ausdrücklich. Kein Zweifel: Wir brauchen ein durch die Krankenkassen finanziertes **Screening-Programm für den stationären Bereich**. Aus Sicht des SSW darf das Wohl der Patienten auf keinen Fall hinter kurzfristigen Gewinninteressen zurückbleiben. Durch Früherkennung können Patienten schneller isoliert, Keime gezielter bekämpft und eine Ausbreitung effektiver verhindert werden. Dies ist nicht nur im Sinne der anderen Patienten oder der Besucher, sondern natürlich auch im Interesse des medizinischen Personals selbst. Und ganz nebenbei bemerkt zeigen Untersuchungen im In- und Ausland immer wieder, dass der Ausbau von Screening-Maßnahmen langfristig sogar Geld sparen kann.

Wenn wir das Problem multiresistenter Erreger wirklich spürbar eindämmen wollen, dann kommen wir nicht darum herum, neben diesen sinnvollen Maßnahmen auch die tiefer liegenden Ursachen anzupacken. Ich denke, nicht nur die Ärzte in den Krankenhäusern, sondern vor allem auch die niedergelassenen Ärzte sind hier in der Pflicht. Sie müssen ihr Verhalten mit Blick auf die Antibiotikavergabe kritisch hinterfragen und in Zukunft nach Möglichkeit deutlich restriktiver handeln.

Auch in der **Nutztierhaltung** ist viel mehr Zurückhaltung beim **Einsatz von Antibiotika** erforderlich. Dass unsere Landesregierung dieses Ziel auf Bundesebene mit Nachdruck verfolgt, wird von uns uneingeschränkt unterstützt.

In der personellen Ausstattung des Pflegebereichs liegt ein weiterer wichtiger Schlüssel im Kampf ge-

(Lars Harms)

gen Krankenhauskeime. Es ist seit Jahrzehnten bekannt, dass das **Verhältnis von Pflegekräften zu Patienten** und die Zeit, die ihnen für den einzelnen Kranken zur Verfügung steht, maßgeblichen Einfluss auf die Infektionsrate haben. Im Klartext bedeutet das: Je weniger Patienten eine Pflegekraft versorgen muss, desto geringer ist die Ansteckungsgefahr mit Krankenhauskrankheiten. Das leuchtet sicher erst einmal jedem ein.

Auch wenn unser Gesundheitssystem nun einmal sehr stark auf Wettbewerb ausgerichtet ist und sich damit wenig Spielraum für einen höheren Personalschlüssel in der Pflege bietet, muss diese Tatsache aus Sicht des SSW stärker berücksichtigt werden. Wir alle wissen, dass nicht zuletzt das UKSH unter hohem wirtschaftlichem Druck steht. Trotzdem sagen wir klar und deutlich, dass es keine betriebsbedingten Kündigungen geben darf. Wenn Veränderungen beim Personalbedarf geprüft werden, dann ausschließlich im Rahmen der durch die baulichen Maßnahmen erzielten Effizienzgewinne. Zulasten der Patientenversorgung ist das mit uns auf keinen Fall zu machen, meine Damen und Herren.

In meinen Augen ist mit dem Stichwort „bauliche Maßnahmen“ ein weiterer sehr wichtiger Punkt angesprochen. Ich bin fest davon überzeugt, dass die umfassenden Investitionen und die **Umsetzung des baulichen Masterplans** nicht nur zu erheblichen Einsparungen und Effizienzgewinnen führen werden, sondern auch zu Verbesserungen in der Krankenversorgung.

Schon allein die kürzeren Wege im Rahmen der alltäglichen Arbeitsabläufe bringen dem medizinischen Personal Zeit, die nicht zuletzt für die Pflege enorm wichtig ist. Denn jede zusätzliche Minute am Patienten vermindert die Gefahr für den Ausbruch und die Verbreitung von Krankheiten. Es ist davon auszugehen, dass sich solche Effekte nicht nur in Ausnahmesituationen, sondern eben auch im pflegerischen Alltag positiv bemerkbar machen werden.

Die Auflösung des Sanierungsstaus und die Umsetzung des baulichen Masterplans sind ein wahrer Kraftakt für das Uniklinikum und auch für das Land. Doch natürlich ist es damit nicht getan. Es ist kein Geheimnis, dass nicht nur die wirtschaftliche, sondern häufig auch die bauliche Situation vieler Krankenhäuser in Schleswig-Holstein eher schlecht als recht ist. SSW, Grüne und SPD werden sich daher mit Nachdruck dafür einsetzen, dass in den kommenden Jahren trotz der Vorgaben der Schuldenbremse deutlich mehr in die Krankenhäuser im Land investiert wird. Es ist allgemein bekannt, dass

ab 2018 unser 100 Millionen € schweres **Infrastrukturprogramm** greift, wovon nicht zuletzt hoffentlich auch unsere **Kliniken** profitieren werden. Denn unser Ziel ist und bleibt es, hier nachhaltige Verbesserungen zu erreichen.

Im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Situation unserer Krankenhäuser muss ich wieder einmal auf die strukturelle Ungerechtigkeit bei der Vergütung ihrer Leistungen hinweisen. Es ist eine traurige Tatsache, dass wir uns hier in Schleswig-Holstein nahezu beide Beine ausreißen können, ohne auf einen grünen Zweig zu kommen. Wie Sie wissen, bringt ein und dieselbe Leistung, die natürlich einen absolut identischen personellen wie sachlichen Einsatz erfordert - -

(Unruhe)

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter, ich darf Sie unterbrechen. - Ich habe nicht nur großes Verständnis für die Abstimmungsnotwendigkeit aufseiten der Parlamentarischen Geschäftsführer; wir sind ja auch darauf angewiesen. Aber vielleicht geht das auch außerhalb des Plenarsaals.

Herr Abgeordneter, Sie haben wieder das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Gar kein Problem! - Meine Damen und Herren, ich beginne meinen letzten Satz noch einmal von vorn: Wie Sie wissen, bringt ein und dieselbe Leistung, die natürlich einen absolut identischen personellen wie sachlichen Einsatz erfordert, einer Klinik im Süden Deutschlands immer noch deutlich mehr ein als einer im Norden. Ich denke, an dieser Ungerechtigkeit muss sich wirklich dringend etwas ändern. Das ist auch in Zukunft eine bleibende Aufgabe.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Abschließend möchte ich mich noch einmal bei Frau Ministerin Alheit für die schnelle und umfassende **Information von Betroffenen und der Öffentlichkeit** bedanken, insbesondere dafür, dass dieses vom ersten Tag an geschehen ist, wie wir das bei unseren Ministerinnen und Ministern auch sonst immer gewohnt sind. Ich glaube, auch dies muss noch einmal deutlich hervorgehoben werden.

Zugleich möchte ich mich dafür bedanken, dass auch der **Vorstand des UKSH** in dieser Situation **professionelle Arbeit** geleistet hat. Auch er hat mit

(Lars Harms)

den Beschäftigten zusammen professionell und immer zeitnah informiert, und zwar nicht nur die Öffentlichkeit, sondern unter anderem auch dieses Parlament.

Vor allem möchte ich mich im Namen des SSW für die hervorragende und **professionelle Arbeit** der **Beschäftigten des UKSH** bedanken. Was die Leute dort geleistet haben, wie schnell sie reagiert haben, wie klug sie reagiert haben und wie schnell sie sich auf die neue Situation eingestellt haben, ist aller Ehren wert. Vielen Dank dafür!

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort zu einem ersten Dreiminutenbeitrag hat die Frau Abgeordnete Katja Rathje-Hoffmann.

**Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte bei dieser Diskussion einen Komplex noch einmal besonders beleuchten; das können Sie sich wahrscheinlich denken. Dieser Komplex betrifft die **DRK-Schwesterschaften** in Kiel und in Lübeck.

Wir hätten uns von der Ministerin gewünscht, dass sie sich mehr für die DRK-Schwesterschaften einsetzt. Wir hätten uns gewünscht, dass sie bei allen Demonstrationen, die hier vor dem Haus stattfinden und die in jeder Woche auch an anderen Stellen Kiels stattfinden, mehr engagiert hätte. Wir haben den Eindruck, die Frau Ministerin zögert das hinaus, bis es nicht mehr zu vermeiden ist. Erst dann ist die Ministerin erschienen.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Reden Sie zum Tagesordnungspunkt!)

- Lieber Kollege Andresen, wir haben einen Antrag geschrieben. In diesem Antrag gibt es, wenn Sie ihn gelesen hätten, auch einen Absatz über die DRK-Schwesterschaften. Darüber möchte ich jetzt sprechen. Ich wüsste nicht, was Sie dagegen haben. Aber ich spreche jetzt über die DRK-Schwesterschaften.

(Beifall CDU und FDP)

Wenn Sie es nicht mögen, können Sie ja rausgehen.

**Präsident Klaus Schlie:**

Frau Abgeordnete Rathje-Hoffmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Habersaat?

**Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:**

Gern.

**Martin Habersaat [SPD]:** Frau Kollegin, werden Sie im Laufe Ihrer dreiminütigen Redezeit darauf eingehen, wie viele der DRK-Schwestern unmittelbar in die Bewältigung der Keimkrise involviert waren?

- Darauf werde ich nicht direkt eingehen. Ich weiß auch nicht, ob Sie das können. Ich jedenfalls werde meine Rede so halten, wie ich das will. Sie können ja zunächst abwarten, was ich alles erzählen werde, dann können Sie gegebenenfalls immer noch entscheiden, ob Sie Zwischenfragen stellen wollen.

**Präsident Klaus Schlie:**

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Heiner Garg?

**Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:**

Gern.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:** Frau Kollegin Rathje-Hoffmann, sind Sie mit mir einer Meinung, dass ohne den unendlichen Einsatz der DRK-Schwestern auf anderen Stationen die Arbeit auf den entsprechenden Stationen, über die Sie gleich reden wollen, gar nicht so hätte geleistet werden können, um die Keimkrise in den Griff zu bekommen?

(Beifall FDP und CDU)

- Herr Kollege Garg, besser kann man es nicht sagen. Jetzt Schwesterschaften oder andere Pflegerinnen oder Pfleger herauszuziehen oder herauszulösen oder diese von ihrer Aufgabe freizusprechen oder mit anderen Aufgaben zu betrauen, hielte ich für falsch.

(Beifall CDU und FDP)

Es geht um die DRK-Schwesterschaften im UKSH in Lübeck und in Kiel. Ich glaube, alle Schwestern sind gleichwertig; da gibt es keine, die mehr oder weniger wichtig ist.

(Beifall SPD)

**Präsident Klaus Schlie:**

Es besteht durchaus die Möglichkeit, Dreiminutenbeiträge anzumelden. Vielleicht ist das die sinnvollere Art, sich zu Wort zu melden.

**Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:**

Ich finde das auch. - Ich halte es für wichtig, dass wir uns für die DRK-Schwester einsetzen. Seit hundert Jahren gibt es die Verträge mit den DRK-Schwesterenschaften in Kiel und in Lübeck. Ich finde es jämmerlich, wenn eine Demonstration vor dem Hause stattfindet, die Ministerin aber erst durch eine Abgeordnete geholt werden muss. Warum kommt die Ministerin nicht selber auf die Idee, sich vor die Schwestern zu stellen? Als oberste Dienstherrin des UKSH ist es ihre Pflicht, auch unangenehme Wahrheiten zu präsentieren. Deswegen fand ich es ein bisschen traurig, dass Sie beim zweiten Mal nicht herausgekommen sind, Frau Ministerin Alheit. Ich halte das für notwendig.

Ich halte es auch für notwendig, dass Sie sich noch einmal gemeinsam mit den Schwestern an einen Tisch setzen und schauen, wie es weitergehen kann. Immer noch gibt es diverse **ungelöste Probleme**, nämlich die Altersversorgung und die Anrechenbarkeit der VBL-Leistungen bei den Jüngeren und auch bei den Älteren. Dafür hat auch Professor Scholz bislang noch keine Lösung geboten. Um genau diese Punkte sollten Sie sich kümmern. Sie sollten das zu Ihrem Thema machen. Sie sollten einen Masterplan aufstellen, damit die Schwestern am UKSH in Lübeck und natürlich auch in Kiel eine Perspektive haben.

**Präsident Klaus Schlie:**

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage beziehungsweise -bemerkung der Frau Abgeordneten Pauls?

**Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:**

Ja.

**Birte Pauls [SPD]:** Vielen Dank, Frau Kollegin. - Frau Kollegin, würden Sie bitte zur Kenntnis nehmen, dass wir uns massiv dafür eingesetzt haben, dass es keiner einzigen Pflegefachkraft der DRK-Schwesterenschaften irgendwie zum Nachteil gereicht, jetzt einen neuen Anstellungsvertrag einzugehen, dass sie also eins zu eins aus ihrer jetzigen Arbeitssituation heraus übernommen wer-

den? Dafür setzen wir uns ein. Das ist das Erste.

Das Zweite ist: Wir haben hier im Sozialausschuss gesessen, während die DRK-Schwester vor dem Haus demonstriert haben. Ich denke, wir sind uns einig - das ist auch immer wieder Ihre Forderung -, dass die Ministerin an dieser Stelle in den Ausschuss gehört. In diesem Ausschuss hat sie gesessen. Dass Sie das jetzt umdrehen, finde ich, gelinde gesagt, typisch für die CDU im Augenblick: immer nur Attacke, wo es geht! Inhaltslose Konzeptlosigkeit wird durch Attacke kompensiert. Ich empfinde es als armselig - das muss ich ehrlich sagen -, auch von Herrn Garg, alle Pflegefachpersonen gegeneinander auszuspielen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sie haben eben behauptet, dass das ohne die DRK-Schwesterenschaften überhaupt nicht in den Griff bekommen worden wäre. Damit haben Sie gesagt, dass alle anderen Pflegekräfte im UKSH ihre Arbeit nicht anständig gemacht haben.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Rechnen Sie einmal nach! - Christopher Vogt [FDP]: Das ist doch Unsinn!)

- Nein!

**Präsident Klaus Schlie:**

Bitte jetzt keine Diskussionen! Das geht wirklich nicht.

**Birte Pauls [SPD]:** Das finde ich, gelinde gesagt, nicht richtig. Sind wir uns einig, dass alle **Pflegefachkräfte im UKSH** gleichwertig zu sehen und respektvoll zu behandeln sind?

(Dr. Heiner Garg [FDP]: So wie Sie die DRK-Schwester behandelt haben!)

**Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:**

Frau Pauls, Sie können ruhig stehen bleiben. Ich rede nicht so lange wie Sie. Aber ich würde Ihnen einen Dreiminutenbeitrag empfehlen. Das wäre ein wenig einfacher. Dann könnte ich auch meine Rede halten und meinen Beitrag hier setzen.

Ich empfehle Ihnen heute die Lektüre der „Lübecker Nachrichten“ oder der „Kieler Nachrichten“

**(Katja Rathje-Hoffmann)**

oder des „Hamburger Abendblatts“ von gestern. Ob es mit den DRK-Schwesternschaften so tutti paletti läuft und ob die Übernahme so richtig toll ist, weiß ich nicht. Ich lese Ihnen einfach einmal vor: DRK-Schwestern eingeschüchtert. Streit der DRK-Schwestern mit dem UKSH. - Lesen Sie es einfach einmal durch, und lassen Sie es wirken. Dann wissen Sie, warum wir fordern, dass man zusammen an einen Tisch zurückkehrt und zusammen an einer Lösung arbeitet.

Es kann doch nicht sein, dass hier verschiedene Zahlen präsentiert werden. Wir müssen doch auch die Zeit haben, diese Zahlen miteinander zu vergleichen, sowohl die der Schwesternschaften als auch die von Professor Scholz. Hier wird mit Zahlen gearbeitet, die aus der Luft gegriffen sind, und mit Ängsten. Das kann nicht sein. Deswegen fordern wir von Professor Scholz und von Ihnen, Frau Alheit, dass Sie einmal allen Mut zusammennehmen, und die Menschen an einen Tisch holen, um zu schauen, wie es weitergehen kann.

(Beifall CDU und FDP)

**Präsident Klaus Schlie:**

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Tietze?

**Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:**

Nein. - Herr Tietze, Ihnen wollte ich eines sagen; das gebe ich Ihnen mit auf den Weg. Eigentlich wollte ich das nicht tun. Aber es geht darum: Vorhin wurde über die Toten und die Keimkrise gesprochen. Dabei gab es von Ihnen viele zynische Kommentare. 13 Menschen sind gestorben. Einen davon kenne ich. Ich finde es unerhört von Ihnen, dass Sie darüber solche Witze machen! - Danke.

(Beifall CDU und FDP)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Herr Abgeordnete - -

(Unruhe)

- Meine sehr geehrten Damen und Herren! - Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat nunmehr der Herr Abgeordnete Bernd Heinemann.

**Bernd Heinemann [SPD]:**

Hier wird eine Menge durcheinandergewirbelt. Zwar sind 13 Menschen gestorben - das stimmt -,

aber nur bei drei von ihnen besteht überhaupt ein nachweisbarer Zusammenhang zu den Keimen.

(Birte Pauls [SPD]: Genau!)

Bei den Schwestern handelt es sich um vier Schwestern. Wenn also hier mit Zahlen geworfen wird, dann muss man immer die richtige Zahl nennen.

Ich finde das aber nicht nötig. Wir brauchen diese Diskussion nicht. Wir müssen Lösungen haben.

(Vereinzelter Beifall SPD - Christopher Vogt [FDP]: Genau!)

Herr Gesundheitsminister a. D., ich finde es problematisch, die EHEC-Krise in irgendeinen Zusammenhang mit diesem Problem zu bringen, das uns alle belastet. Wir haben jetzt eine neue BUND-Untersuchung: 90 % des Putenfleisches bei den Discountern ist mit **multiresistenten Keimen** übersät. 90 %! Das heißt, Sie können ganz sicher sein, dass Sie, wenn Sie Putenfleisch essen, höchstwahrscheinlich etwas gegen Ihre Grippe tun. Sie nehmen nämlich **Antibiotika** ein. Das sind die Probleme. Das heißt, das Problem EHEC, das in Niedersachsen im Zusammenhang mit dem Boxhornklee aus Ägypten auftrat und zu einer Epidemie geführt hat, die von außen auf Kiel zukam, worauf wir uns lange vorbereiten konnten, können Sie mit diesem tief in uns sitzenden Keim überhaupt nicht vergleichen, der uns jeden Tag berührt. 400.000 Menschen werden jedes Jahr in Krankenhäusern mit multiresistenten Keimen infiziert. Das können Sie doch überhaupt nicht vergleichen. Sie vergleichen Äpfel mit Birnen!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wenn wir schon von Toten sprechen, dann sollten wir auch klipp und klar sagen, dass jedes Jahr 15.000 Menschen an **Keimen in Krankenhäusern** sterben oder damit in Zusammenhang zu bringen sind. Das sind die Fakten. Da müssen Sie nicht skandalisieren, dass auch hier einige Patienten betroffen sind. Selbstverständlich sind sie das. Wir kämpfen dagegen. Wir haben ein Zehnpunkteprogramm. Darüber sollten wir jetzt abstimmen, damit wir jetzt vorankommen, und nicht immer weiter quatschen und quatschen. Lösungen müssen wir haben! - Danke schön.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Detlef Matthiessen.

**Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Meine Damen und Herren! Ich möchte ein wenig auf die Ursachen der **Entstehung von Resistenzen** eingehen. In der Humanmedizin werden zum Teil leichtfertig, zum Teil unterdosiert und zu kurz Antibiotika eingesetzt. Das ist die eine Hälfte der Kausalität.

Die andere Hälfte finden wir in der Landwirtschaft durch den Einsatz von Antibiotika. Ich habe am 6. Juni **1996**, in der 14. Legislaturperiode, einen Antrag zum Einsatz von Chloramphenicol eingebracht. Der Bericht, der darauf erfolgte, hat sehr wohl den Nachweis erbracht, dass damals in der **Landwirtschaft Antibiotika** illegal eingesetzt worden sind.

(Heiner Rickers [CDU]: Das ist 20 Jahre her!)

Im Januar **1997**, auch in der 14. Legislaturperiode, habe ich einen Antrag auf das Verbot von **Tierarzneimitteln** gestellt. Herr Ministerpräsident, damals durften wir noch getrennt unterschreiben. Heute ist es ja so, dass wir alle unterschreiben, wenn wir einen Koalitionsantrag bringen. Im September **1998** habe ich dann mit dem sehr geschätzten Kollegen Fritz Wodarz einen Antrag auf Verbot von **Antibiotika** in der Tiermast gestellt.

(Christopher Vogt [FDP]. Aber bitte nicht aus jedem Jahr etwas!)

Dazu gab es Berichte der Landesregierung und so weiter.

Meine Damen und Herren, die biologische Voraussetzung ist, dass Mikroben einem Milieu ausgesetzt sind, in dem so viele Antibiotika vorhanden sind, dass eine Hemmwirkung entsteht, damit überhaupt der Selektionsdruck entstehen kann. Das wird in der Landwirtschaft routinemäßig und prophylaktisch massenweise getan.

Damals waren das noch die sogenannten Leistungsförderer. Von der Antragstellung und der Initiative aus Schleswig-Holstein an dauerte es eine Dekade, bis sogenannte **Leistungsförderer** überhaupt verboten worden sind. Das ist erfolgt. Es wurde aber durch eine sehr leichtfertige Definition des Begriffs Prophylaxe in der Tiermedizin abgelöst.

Gerade Sie von der CDU fragen ja immer verwundert: Warum kommen die Grünen in Sachen **Agrarpolitik** eigentlich immer mit einer **Strukturbedebatte**? - Warum sind wir Grüne gegen die industrielle Überformung der Tierhaltung? Natürlich hat das etwas damit zu tun, dass wir hier Agrarstrukturen schaffen, die darauf angewiesen sind, dass Antibiotika zum Einsatz kommen, weil sie sonst nicht funktionieren.

Die Mindestforderung ist, dass wir den Einsatz von **Reserveantibiotika** verbieten. Es waren Leistungsförderer, also Mittel zur Verbesserung der Futterverwertung im Einsatz, die Antibiotika enthalten haben. Die Antibiotika wurden unterdosiert und sollten nur zu einer Reduzierung der Mikrobenzahl im Darmtrakt der Schweine führen, also zur Futterverwertungssteigerung. Das waren Reserveantibiotika, die bei TBC, also Tuberkulose, in der Humanmedizin zum Einsatz kamen. Wir müssen doch heute mindestens die Forderung durchkriegen, dass Antibiotika in der Tiermedizin schlicht verboten werden, und zwar in allen Anwendungsbereichen;

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, PIRATEN und SSW)

denn in dieser Rechtsgüterabwägung steht die Unversehrtheit von Leben und Gesundheit der Menschen eindeutig vor dem Tierschutz. Natürlich müssen wir uns darüber klar sein, dass wir eine harte Debatte über diesen Zielkonflikt werden führen müssen.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter.

**Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Die klare Forderung ist: Diese Antibiotika dürfen wir in der Tiermedizin in Zukunft nicht mehr einsetzen. Bei dieser Forderung würden wir Sie, liebe Opposition, sehr gern an unserer Seite wissen. Ich finde die Vorwürfe, die Sie in der heutigen Debatte erhoben haben, etwas heuchlerisch; denn Sie haben die Kausalitätsfrage außer Acht gelassen.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter, denken Sie bitte an Ihre Redezeit.

**Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident, ich komme hiermit zum Schluss. Ich danke für Ihre Geduld mit mir. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat die Abgeordnete Eka von Kalben.

**Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Rathje-Hoffmann, ich muss an dieser Stelle eindeutig sagen, dass der Anfang dieser Debatte sehr lebhaft war. Es gab Ursache und Wirkung. Unter anderem Herr Tietze hat auf Unterstellungen, die vom Redepult sozusagen wie ein Feuerwerk auf uns und die Regierung abgeschossen wurden, reagiert. Ich saß die ganze Zeit dabei und habe aufmerksam zugehört. Ich habe nicht wahrgenommen, dass da in irgendeiner Form mit Unterstellungen oder irgendwelchen unflätigen Ausdrücken agiert wurde. Ich finde diese Unterstellung schade und weise sie im Namen meiner Fraktion und für das Mitglied meiner Fraktion hier zurück.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Das war das Erste.

Zweitens. Gerade haben wir einen sehr fachlichen Beitrag gehört. Insgesamt ging es in der Debatte aber bis zum Schluss um die Frage, ob Ministerinnen geklont werden können oder nicht. Wir stecken viel Geld in die Forschung. An dieser Stelle verweigere ich mich aber; denn ich möchte nicht, dass wir an diesem Projekt weiterarbeiten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Drittens. Zum Thema **DRK-Schwestern**. Das ist tatsächlich auch inhaltlich ein ernsthaftes Thema. Insofern ist es richtig, dass wir darüber diskutieren. Ich bin der Meinung, dass das UKSH an dieser Stelle seine Entscheidung nach Abwägung verschiedenster Argumente gefällt hat. Sie alle wissen: Es gab ein Gutachten, welche Overheadkosten - nicht Pflegepersonalkosten, sondern Overheadkosten - aus betriebswirtschaftlicher Sicht zu sparen sind. Ob die Umsetzung in jedem Fall in kommunikativer Hinsicht in bester Form erfolgt ist, kann ich

nicht beurteilen. Ich habe die Äußerung des UKSH und die Äußerung der Schwestern dazu vernommen. Diese Äußerungen gehen zum Teil auseinander. In der Sache ist es aber so, dass wir zu dieser Entscheidung stehen. Ich bin mir ganz sicher, dass sich die Ministerin dafür einsetzen wird, dass die Umsetzung reibungsfrei läuft und kein - was jetzt in der Zeitung zu lesen ist - Druck oder Ähnliches ausgeübt wird. Das ist nichts, was wir unterstützen würden. Das ist, glaube ich, völlig klar. Ich sage Ihnen aber auch: In der Sache stehen wir zu der Entscheidung der UKSH-Leitung. - Danke.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Heiner Garg.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Zunächst einmal, Herr Kollege Matthiessen, möchte ich mich ausdrücklich für Ihren Beitrag bedanken. „Heuchlerisch“ fand ich das, was die Opposition vorgetragen und vor allem vorgelegt hat, nicht. Ich will Sie auf Punkt 5 im Antrag von FDP und PIRATEN aufmerksam machen. Unter Punkt 4 sprechen wir über den Einsatz von Antibiotika in der Humanmedizin. Unter Punkt 5 fragen wir, und zwar weder heuchlerisch noch reißerisch: Was ist auf Landesebene bisher passiert, um die sogenannte Deutsche Antibiotika-Resistenzstrategie umzusetzen? Das wollen wir bezogen auf den Bereich der Humanmedizin und auf den Bereich der Tiermast wissen.

Ich bin im Hinblick auf Ihre Maximalforderung, den **Antibiotikaeinsatz** in der **Veterinärmedizin** grundsätzlich zu verbieten, etwas skeptisch. Sie wissen, was das heißen würde. Dann wäre beispielsweise auch der Einsatz von Antibiotika bei Ziergeflügel oder bei Hunden, also bei Tieren, die nicht, wie Sie es formuliert haben, der Tiermast dienen, komplett außen vor. Grundsätzlich bin ich aber mit Ihnen einer Meinung, dass das ein Kern des Problems ist, dass das die Ursache des Problems ist, über das wir heute diskutiert haben.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Garg, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Matthiessen?

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Ja.

**Detlef Matthiessen** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das mit dem „heuchlerisch“ nehme ich an dieser Stelle zurück. Eine solche Tonalität muss hier im Landtag sowieso nicht sein. Ich bezog mich auf die in der Humanmedizin als **Reserveantibiotika** definierten Antibiotika, die wir heute immer noch in der Tiermedizin einsetzen. Die zumindest müssen verboten werden, natürlich nicht alle Antibiotika.

- Dann sind wir beide uns jedenfalls absolut einig.

Der Kollege Heinemann - er ist leider nicht mehr anwesend - hat mir vorgeworfen, ich hätte Äpfel mit Birnen verglichen. Ich habe nicht Äpfel mit Birnen verglichen, sondern ich habe nur auf die Frage nach einem **professionellen Krisenmanagement** geantwortet. Das ist der entscheidende Punkt. Ich bin nicht der Meinung, Herr Kollege Heinemann - falls Sie irgendwo am Lautsprecher zuhören sollten -, dass wir uns hier im Plenum gegenseitig unsere Anträge vorlesen müssen. Da stehen nämlich die von Ihnen geforderten Lösungen drin, selbst in Ihrem Antrag, den Sie heute Morgen noch vorgelegt haben. Ich bin schon der Meinung, dass es auch Aufgabe der Opposition ist, zu kritisieren und zu sagen, was aus unserer Sicht falsch gelaufen ist.

(Beifall FDP und CDU)

Sie mögen das ja anders sehen. Das ist auch Ihr gutes Recht. Möglicherweise ist es sogar die Pflicht der regierungstragenden Fraktionen, sich vor die Landesregierung zu stellen. Aber ich werde auch in Zukunft hier nicht einfach nur Antragstexte verlesen, sondern klipp und klar kundtun, wenn ich ein Problem damit habe, wie das Krisenmanagement anfangs läuft. Ich sage es noch einmal: Das Krisenmanagement war am Anfang ein einziges Debakel.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Uli König.

**Uli König [PIRATEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Beitrag von dem Kollegen Matthiessen hat mich dazu bewogen, hier noch ein paar Worte dazu zu sagen. Ich kann den Beitrag des

Kollegen Matthiessen unterstützen. Ich finde es wirklich wichtig, dass wir die **Reserveantibiotika** nicht in der **Tiermast** einsetzen, wenn das nicht absolut und unbedingt notwendig ist. Wir müssen uns überlegen, wie wir den Einsatz von Antibiotika in der Tiermast so gering wie möglich halten können. Dabei müssen wir auch darüber nachdenken, ob wir zum Beispiel bei der Aufzucht von Tieren oder bei der Mast bauliche Veränderungen vornehmen müssen, sodass die Tiere nicht mehr ganz so eng zusammenstehen und die hygienischen Bedingungen verbessert werden und man Antibiotika nicht mehr präventiv geben muss.

Bevor wir anfangen, alles zu verbieten, könnte ein erster Schritt sein, die **Produkte** entsprechend zu **kennzeichnen**. Ich glaube, der Verbraucher hat durchaus ein Interesse daran, ein Stück Pute zu kaufen, bei dem keine Antibiotika, bei dem keine Medikamente zum Einsatz kamen. Wenn bei Aldi zwei Pakete Pute liegen und eines davon 1 Euro mehr kostet als das andere, dafür bei diesem Produkt aber keine Antibiotika zum Einsatz kamen, dann wird dieses Produkt - da wette ich mit Ihnen - reißenden Absatz finden, während das andere liegen bleibt. Es gibt schon heute ohne Ende Witze und Sprüche darüber: Wenn ich eine Erkältung habe, esse ich einfach ein Stück Pute, dann geht die Erkältung schon weg. - Ich fürchte, das ist gar nicht so weit weg von der Wahrheit, wie man immer denkt.

Ich habe das in meinem Bekanntenkreis mitbekommen. Eine gute Freundin von mir hat ein großes Blutbild machen lassen. Sie hat zuvor keine Antibiotika eingenommen. Im Ergebnis wurden jedoch fünf verschiedene Antibiotika in ihrem Blut nachgewiesen, ohne dass sie selbst Antibiotika eingenommen hat.

Das ist Wahnsinn. Das müssen wir verhindern. Wir müssen dem **Verbraucher** Instrumente in die Hand geben, damit er sich entscheiden kann, kein Antibiotikum zu nehmen, wenn er es nicht vom Arzt verschrieben bekommen hat. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

(Zuruf CDU: Doch!)

- Abgeordneter Rickers hat das Wort.

**Heiner Rickers [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Jetzt gleitet die Debatte etwas ab. Wir waren ja beim UKSH.

(Beifall CDU)

Ich versuche, den Bogen zu spannen zwischen multiresistenten MRSA und Acinetobacter baumannii. Ich hoffe, das mit meinen Lateinkenntnissen richtig ausgesprochen zu haben. Acinetobacter baumannii hat nichts mit dem multiresistenten Staphylococcus aureus zu tun, Herr Matthiessen und Herr König. Im Grunde ist es sehr gut, dass das nicht der Fall war.

Das beweist, dass der Keim beim UKSH absolut nichts mit der landwirtschaftlichen Tierhaltung zu tun gehabt hat. Deswegen müssen wir das trennen.

Herr Matthiessen, das schließt aber nicht aus, dass Sie mit einigen Ansätzen durchaus recht haben. Sie haben aber aus den Jahren 96 und 97 des vergangenen Jahrhunderts berichtet. Offensichtlich haben Sie nicht alles zur Kenntnis genommen, was sich positiv verändert hat.

Die **16. Novelle des Bundesarzneimittelgesetzes** sieht genau das vor, was Sie in Bausch und Bogen gefordert haben, nämlich multiresistente Keime dadurch zu verhindern, dass Antibiotika zielgerichtet und nur nach Verschreibung durch einen Tierarzt eingenommen werden, damit sie vollständig abgetötet werden können und es keine Resistenzen geben kann.

Das zielt natürlich auch darauf ab, dass die Reserveantibiotika - da sind Sie etwas zu weit gesprungen - zukünftig auch in der Tierhaltung verboten werden sollen oder eben nur in Ausnahmefällen genehmigt werden dürfen, Herr König.

Das ist ein sehr guter Ansatz. Das ganze Verfahren läuft. Die Antibiotikadatenbanken sind auf den Weg gebracht worden. Das wird jetzt erfasst. Wer bei der Tierhaltung von bestimmten Benchmarks abweicht, der wird in Zukunft zur Beratung herangezogen und verpflichtend darauf hingewiesen, dass er in seinem System etwas ändern soll.

Das schließt nicht aus, dass es immer noch Probleme geben kann. Ich wiederhole mich: Sie haben hier etwas durcheinandergewürfelt. Der Fall im UKSH hat glücklicherweise nichts mit der Landwirtschaft zu tun. Das möchte ich ausdrücklich betonen. - Vielen Dank.

(Beifall CDU)

**Präsident Klaus Schlie:**

Gestatten Sie noch eine Frage von Herrn Matthiessen?

**Heiner Rickers [CDU]:**

Ja.

**Detlef Matthiessen** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: In meiner Rede habe ich keinen Zusammenhang zwischen Acinetobacter baumannii und Landwirtschaft hergestellt. Wir waren aber beim Thema der multiresistenten Keimbildung.

Es gibt Untersuchungsergebnisse, die belegen, dass 80 % der Oberflächen von im Handel befindlichen Puten mit multiresistenten Keimen behaftet sind. Das ist mehr als ein Alarmzeichen.

Ich wollte mit meinem Beitrag nur darauf hinweisen, dass es einen Zusammenhang gibt zwischen der von Ihnen immer so abgelehnten Debatte um Agrarstrukturen und Multiresistenzen beziehungsweise der Problematik von Krankenhauskeimen und multiresistenten Erregern, die in der Medizin äußerst problematisch sind.

Die CDU verweigert sich einer Agrardebatte. Einen Zusammenhang mit multiresistenten Bakterien gibt es aber. Deshalb kann ich es nicht akzeptieren, wenn die CDU in die Debatte einsteigt und sagt, es gebe keine Probleme mit der Landwirtschaft. Ich möchte auf diesen Zusammenhang aufmerksam machen.

- Ich möchte gern darauf antworten, wenn ich darf. Das haben Sie wieder falsch verstanden. Ich habe gar nicht behauptet, dass es keine Probleme gibt und dass wir nicht offen für Diskussionen sind. Das haben Sie falsch verstanden. Sie haben etwas behauptet, was nicht der Fall ist.

Mit dem Bundesarzneimittelgesetz ist genau diese Problematik erfasst worden. Natürlich geht es dabei um Größenstrukturen. Es ist schwieriger, einen Stall mit über 100.000 Puten zu handhaben als einen Stall, der nur zehn Puten beherbergt, weil man dort eine Einzeltierbehandlung durchführen kann, im großen Stall aber nicht.

Die Probleme sind bekannt. Die Probleme müssen wir gemeinsam angehen. Ich verahre mich dagegen, dass die CDU auf diesem Auge blind sei. Im Gegenteil, wir sind dabei, Strategien zu entwickeln.

(Beifall CDU)

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Rickers, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage beziehungsweise Bemerkung des Abgeordneten Matthiessen?

**Heiner Rickers [CDU]:**

Natürlich.

**Detlef Matthiessen** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann wünsche ich mir in Zukunft vonseiten der CDU weniger Aggressivität in der Agrardebatte.

- Das ist Ihr persönlicher Eindruck. Diesen Eindruck habe ich nicht.

(Beifall und Heiterkeit CDU und FDP)

**Präsident Klaus Schlie:**

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich stelle zunächst fest, dass der Berichts Antrag Drucksache 18/2701 durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat.

Es ist Ausschussüberweisung beantragt worden. Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 18/2690 (neu) sowie die Änderungsanträge Drucksachen 18/2720 und 18/2733 als selbstständige Anträge dem Sozialausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von FDP, CDU und PIRATEN. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie die Abgeordneten des SSW.

Dann kommen wir zur Abstimmung in der Sache. Ich schlage vor, abweichend von der Geschäftsordnung die vorliegenden Änderungsanträge zu selbstständigen Anträgen zu erklären. - Widerspruch stelle ich nicht fest. Dann werden wir so verfahren.

Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 18/2720, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie die Abgeordneten des SSW. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 18/2690 (neu), abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU, FDP und PI-

RATEN. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie die Abgeordneten des SSW. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/2733, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN. Damit ist dieser Antrag - -

(Zuruf)

- Entschuldigung. Wer von den PIRATEN ist dabei? - Keiner. Die Fraktion der PIRATEN enthält sich? - Bei Enthaltung der Fraktion der PIRATEN ist dieser Antrag angenommen.

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD] - Zuruf CDU: Ein einsamer Rufer! - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das reicht bei uns!)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 9 auf:

**Bei der inneren Sicherheit darf nicht gespart werden - Stellenabbau in der Landespolizei stoppen**

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/2692

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende, Abgeordneter Wolfgang Kubicki.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach der teilweise leicht emotional geführten Debatte über die Bewältigung der Keimkrise liegt mir sehr viel daran, dass wir die Debatte über die innere Sicherheit etwas emotionsloser führen, weil bei dieser Frage immer das Problem besteht, dass man mit der Beschreibung von Schwierigkeiten unter Umständen ein Gefühl in der Bevölkerung verstärkt, dem wir eigentlich entgegenwirken wollen und auch entgegenwirken müssen. Ich glaube, jetzt ist es wirklich an der Zeit, dass wir uns über die Frage unterhalten, ob der geplante **Stellenabbau bei der Polizei** das Nonplusultra ist, um mit einer Situation fertig zu werden, die ich für wirklich besorgniserregend und dramatisch halte.

(Wolfgang Kubicki)

Herr Ministerpräsident, der **Terrorismus** rückt immer näher an Deutschland heran. Die Anschläge von Paris und Kopenhagen machen uns deutlich, welcher Gefährdungslage auch wir ausgesetzt sind. Die Tatsache, dass in Braunschweig ein Karnevalsanzug wegen einer konkreten Bedrohung abgesetzt werden musste, bedeutet, dass die Bedrohungslage uns mittlerweile erreicht hat und etwas mehr ist als nur ein Gefühl in der Bevölkerung.

Sie haben darauf hingewiesen, dass die **Flüchtlingszahlen** deutlich steigen werden. Innerhalb von 24 Stunden ist die Ankündigung des Innenministers von 10.000 auf 20.000 Flüchtlinge in diesem Jahr gestiegen. Sie haben darauf hingewiesen, dass es immer mehr Anschläge und Gefährdungslagen aufgrund der Unterbringungssituation gibt.

Dieser Bedrohungssituation kann man nur durch Menschen vor Ort Herr werden, aber nicht durch Vorratsdatenspeicherung oder elektronische Überwachung. Man braucht Menschen vor Ort, die in der Lage sind, solche Einrichtungen im Zweifel auch zu schützen. Da Menschen aus anderen Kulturkreisen kommen, werden wir definitiv höhere Konfliktsituationen haben.

Wir wissen, dass wir bei **Demonstrationen** die Polizeibeamten bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit führen. Außerdem wissen wir, dass beispielsweise bei **Fußballspielen** - wir alle hoffen, dass Holstein Kiel vielleicht einmal aufsteigt - die Polizeipräsenz - -

(Zuruf SPD)

- Mir hat gerade ein Lübecker mitgeteilt, dass er dagegen ist, dass Holstein Kiel aufsteigt - Pleiteverein sozusagen - aber egal.

Wir wissen, dass wir auch dort mehr Polizeikräfte brauchen, und wir sehen bereits jetzt, dass uns die Beamtinnen und Beamten angesichts des hohen Krankenstandes signalisieren, dass sie am Limit und an ihrer Leistungsgrenze arbeiten. Ich höre bei vielen Gesprächen von Familienangehörigen, dass sie kein Wochenende planen können, weil nicht klar ist, ob sie zu einem Einsatz müssen, wo es auch persönliche Probleme gibt. Ich sage Ihnen: Wir brauchen dieses Personal.

Herr Ministerpräsident, Sie haben unmittelbar vor Weihnachten in einem, wie ich finde, bemerkenswerten Interview mit dem Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlag darauf hingewiesen, dass die Landesregierung reagieren würde, wenn in dieser Frage Not am Mann sei. Sie muss jetzt reagieren. Wir wissen, dass die Polizeibeamtinnen und Poli-

zebeamten in der Tat nicht mehr als das leisten können, was gegenwärtig mit dem vorhandenen Personalbestand der Fall ist. Wir müssen in diesem Jahr eine Entscheidung treffen, weil wir die **Ausbildungskapazitäten der Polizeischulen** erhöhen müssen. Denn die fallen nicht vom Baum.

(Beifall FDP und CDU)

Wenn wir 2018 eine ausreichende Anzahl von Nachwuchskräften haben wollen, um die Personalücke zu schließen, die wir identifiziert haben, müssen wir jetzt handeln. Denn sie sind in drei Jahren dann so ausgebildet, dass sie für den Dienst zur Verfügung stehen.

Herr Ministerpräsident, es mag für einen Liberalen merkwürdig klingen, aber ich möchte nicht, dass die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes das Gefühl haben, sie müssten ihr **Recht in die eigenen Hände** nehmen. Ich möchte keine Bürgerwehren auf unseren Straßen.

Wenn ich feststelle, dass sich angesichts der vorhandenen Einbruchsdramatik in Stormarn und in Lauenburg jetzt Bürgerwehren bilden, dass Freiwillige Feuerwehren darüber nachdenken, nachts Patrouille zu gehen, dass sich Bürgermeister darüber beschweren, dass ihre Bürgerinnen und Bürger das Gefühl haben, der Rechtsstaat ziehe sich zurück, muss gehandelt werden. Dann muss das Signal von dieser Regierung und von uns allen ausgehen, dass wir das aufnehmen.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Darauf müssen wir entsprechend reagieren. Denn sonst verlieren die Menschen das Vertrauen in den Staat, der ihre Sicherheit garantieren soll. Sonst verlieren sie das Vertrauen in eine der fundamentalen Säulen unseres Rechtsstaats.

(Beifall FDP und Astrid Damerow [CDU])

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Gewerkschaft der Polizei hat darauf hingewiesen, dass sie nicht will, dass Bürger ihre Sicherheit in die eigene Hand nehmen müssen. „Der Staat hat diese zu garantieren. Es darf nicht passieren, dass durch Stellenabbau die Zahl der Streifen zurückgeht“, hat Karl-Hermann Rehr von der GdP gesagt.

Wenn Sie mit Polizisten vor Ort sprechen - man kann es immer wieder nachlesen -, die sich nur in vertraulichen Gesprächen dazu äußern, beklagen sie, dass beispielsweise in der Fläche in Schleswig-Holstein die Polizeipräsenz während der Nacht gar nicht mehr sicherzustellen ist, dass viele Reviere

(Wolfgang Kubicki)

am Limit arbeiten und manchmal ihre Sollstärke gar nicht besetzen können, die sie brauchen.

Noch einmal: Wenn wir jetzt nicht darauf reagieren, meine sehr verehrten Damen und Herren, werden wir Bewegungen in Deutschland Zulauf verschaffen, die wir eigentlich bekämpfen müssen und bei denen wir nicht wollen, dass sich mehr Menschen ihnen anschließen, weil sie das Vertrauen in uns verloren haben. Deshalb ist meine dringende Bitte, jetzt zu reagieren. Das ist kein Angriff, sondern eine Bitte zu reagieren.

Wir sind gern bereit, das auch in den Haushaltsberatungen zu dokumentieren und uns an den Überlegungen zu beteiligen, wo man einsparen muss, um auch an dieser Stelle reagieren zu können. Aber es ist dringend notwendig, damit die Bevölkerung ihr Vertrauen in uns nicht verliert. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP und CDU)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die CDU-Fraktion hat jetzt der Abgeordnete Dr. Axel Bernstein das Wort.

**Dr. Axel Bernstein [CDU]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die **Gewährleistung** der **inneren Sicherheit** ist unumstößliche Kernaufgabe des Staates. Die Menschen in Schleswig-Holstein haben einen Anspruch darauf, dass der Staat sie wirkungsvoll schützt. Nicht zuletzt der Kollege Stegner weist ja gern darauf hin, dass die Stärke des Rechts anstelle des Rechts des Stärkeren stehen muss. Das muss auch in Zukunft bei uns im Land so sein. Um das sicherzustellen, brauchen wir eine Landespolizei, die ihr breites Aufgabenspektrum ohne permanente Überbelastung wahrnehmen kann.

Unser Leitbild dabei ist eine **ortsnahe, bürgerfreundliche Polizei**, die immer auch den sprichwörtlichen Freund und Helfer darstellen kann. Eine anonyme Polizei, die nur im Notfall mehr oder weniger schnell mit Blaulicht eintrifft, kann vielleicht formale Benchmarks erfüllen. Sicherheit kann man so aber weder messen noch schaffen.

Heute rächt sich, dass von 1998 bis 2005 über 7 % der Stellen bei der Polizei abgebaut wurden. Bereits heute leisten unsere Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten unzählige Überstunden. Sie verzichten vielfach auf planbare Freizeit und Ferien. Einen solchen Zustand kann man nicht dauerhaft zulassen.

(Beifall CDU)

In dieser Situation nun, wenn man alles zusammennimmt, noch zusätzliche 342 - nicht: 122 Stellen - bei der Polizei abzubauen, ist ein schwerer politischer Fehler.

Die Alternative liegt auf dem Tisch: Die CDU hat in den **Haushaltsberatungen** gezeigt, wie man den Abbaupfad besser als die Landesregierung einhält, ohne bei der Polizei zu kürzen. Gleichzeitig haben wir aufgezeigt, wie die sogenannte strategische Lücke schrittweise geschlossen werden kann, indem wir jährlich 40 zusätzliche Anwärter für die Polizei einstellen. An dieser Stelle richte ich meinen ausdrücklichen Dank an die FDP, diese Haushaltsanträge heute wieder zur Diskussion zu stellen.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Wir reden dabei immer noch darüber, wieviel Personal unsere Polizei braucht, um ihre alltägliche Arbeit zu bewerkstelligen. Der Hinweis auf Einbruchskriminalität wurde gegeben. Über neue oder besondere Herausforderungen durch den Terrorismus reden wir in Schleswig-Holstein derzeit noch gar nicht.

Andere tun das längst, und zwar aus guten Gründen. Nun ist die rot-grüne Landesregierung in Nordrhein-Westfalen sicherlich nicht als innenpolitischer Hardlinerclub bekannt. Dennoch stellt man dort bis 2017 jährlich 120 zusätzliche Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte ein. Die Landesregierung in Schleswig-Holstein kürzt. Herr Kretschmann, trotz allem ein Grüner, stellt in Baden-Württemberg 100 zusätzliche Polizisten ein. Schleswig-Holstein kürzt. Bayern schafft zusätzliche 100 Stellen bei der Polizei. Schleswig-Holstein kürzt. SPD-Bundestagsfraktionschef Oppermann und Grünen-Fraktionschef Hofreiter fordern eine ausreichende personelle Ausstattung der Polizei. Die schleswig-holsteinische Landesregierung kürzt.

Überall, auf **Bundesebene** und in den **Ländern**, werden Konsequenzen aus der „hohen abstrakten Gefährdungslage“ gezogen und mehr qualifizierte Mitarbeiter für Polizei, Verfassungsschutz und Justiz eingestellt. In Schleswig-Holstein, wo laut Bericht des Innenministers die gleiche „hohe abstrakte Gefährdungslage“ gilt, wird aber gekürzt. Dabei hat gerade erst in der vergangenen Woche der schon angesprochene Vorfall in Braunschweig, wo aufgrund einer Terrordrohung ein Karnevalsumzug abgesagt werden musste, gezeigt, wie schnell aus einer abstrakten Gefährdung beziehungsweise Gefährdungslage eine konkrete Gefahr werden kann. Kopenhagen brauche ich an dieser Stelle nicht noch einmal anzuführen.

**(Dr. Axel Bernstein)**

Deswegen sind wir der festen Überzeugung, dass sich Schleswig-Holstein gegenwärtig auf einem gefährlichen Irrweg befindet, der nicht nur die Sicherheit der Menschen im Land gefährdet, sondern der auch zu Reaktionen führt, die wir alle nicht haben wollen. Wenn **Menschen die Sicherheit selbst in die Hand nehmen** und das Gefühl haben, ihre Sicherheit selbst in die Hand nehmen zu müssen, gefährden sie sich nicht nur selbst, sondern auch andere. Unsere Aufgabe ist, dafür zu sorgen, dass es solche Entwicklungen nicht gibt.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Wenn es bislang dem Innenminister nicht gelungen ist, im Kabinett einen anderen Weg zu finden, als Kürzungen bei der Polizei vorzunehmen, schließe ich mich dem Appell ausdrücklich an: Herr Ministerpräsident, an dieser Stelle muss umgesteuert werden. Sie müssen an dieser Stelle das Ruder in die Hand nehmen und den Irrweg, auf dem wir im Moment sind, schnellstens beenden.

(Beifall CDU und FDP)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die SPD-Fraktion hat jetzt die Abgeordnete Simone Lange das Wort.

**Simone Lange [SPD]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch wenn wir dem Antrag der FDP heute nicht zustimmen können, danke ich dem Abgeordneten Kubicki zumindest für seinen Hinweis, das Thema sachlich und objektiv anzugehen. Denn was der Kollege Bernstein macht - darauf lassen wir uns nicht ein -, sind wieder Zahlenspielerereien vor dem Hintergrund, dass er offenbar vergessen hat, dass es die CDU-Fraktion war, die noch vor wenigen Wochen den Haushaltsantrag gestellt hat, bei der Polizei 1 Million € zu kürzen.

(Beifall SPD - Zuruf SPD: Hört! Hört!)

Ich lasse uns nicht permanent und jeden Monat neu unterstellen, wir würden bei der Polizei kürzen. Das ist nicht wahr. Wir haben im letzten Haushalt knapp 2 Millionen € zusätzlich erwirkt. Darüber freue ich mich.

(Zuruf Volker Dornquast [CDU] - Wortmeldung Dr. Axel Bernstein [CDU])

- Ich werde jetzt meine Rede fortsetzen. Herr Dr. Bernstein, ich werde jetzt keine Zwischenfragen zulassen.

Die FDP hat getitelt, an der inneren Sicherheit dürfe nicht gespart werden, Das ist richtig. Ich habe gerade gesagt, dass wir das nicht tun. An einer Stelle tun wir es doch: Wir haben in der Tat vor, eine Stellenkürzung vorzunehmen.

Ich werde aber nicht noch einmal wiederholen, was wir hier mehrfach auch im Plenum diskutiert haben, nämlich welche finanzpolitischen Zwänge dahinterstehen. Ich möchte gern darstellen, wie wir innere Sicherheit sehen.

**Innere Sicherheit**, liebe FDP, ist für uns mehr als Polizei. Innere Sicherheit ist auch nicht allein abhängig von der Größe eines Polizeiapparates. Sicherheitspolitik ist nämlich jede Politik, die dafür sorgt, dass Menschen gar nicht erst kriminell werden. Sie ist die Politik, die der Kriminalität den Boden entzieht.

Deshalb ist es gut und richtig, neben einer modernen Polizei, wie wir sie anstreben und zum großen Teil auch schon haben, auch in ein stabiles, sozial gerechtes Bildungssystem zu investieren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Gute Sozial- und Bildungspolitik und auch eine gut geregelte Ordnungspolitik sind Teil der Sicherheitspolitik unseres Landes. Ohne Schule keine Sicherheit, ohne verlässliches Sozialgefüge keine Sicherheit, selbstverständlich ohne moderne Landespolizei keine Sicherheit.

Eine über zwölf Jahre währende Langzeitstudie unter dem Titel „Kriminalität in der modernen Stadt“, die im Juni letzten Jahres abgeschlossen wurde und deren Ergebnisse jetzt vorliegen, zeigt die strukturellen Entstehungs- und Entwicklungsbedingungen von Kriminalität auf und auch, mit welchen Ansätzen Kriminalität eingedämmt werden kann. Die Studie zeigt auf, dass **innere Sicherheit** nur im Zusammenspiel von Schule, Jugendhilfe, Polizei und Justiz gelingen kann. Schule spielt dabei eine ganz bedeutende Rolle, denn **Schule** wird - genauso wie Arbeit, Peer Group und Familie - als der Ort dargestellt, in dem soziale Bindungen entstehen, die Grundlage für ein Leben ohne Kriminalität sind. Schule wird hier als der Präventionsraum festgestellt. Ob ein Polizeiapparat modern ist, ist nicht allein an seiner Größe erkennbar.

(Wortmeldung Wolfgang Kubicki [FDP])

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Simone Lange [SPD]:**

Nein.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Schade!)

Dieses Parlament hat in dieser Legislaturperiode gemeinsam beschlossen, wie die Attraktivität und Funktionalität unserer Landespolizei aussehen soll. Wir haben im Kern beschlossen, dass zu einer guten und modernen Polizei eine gute Ausbildung, eine gute **Ausrüstung** und eine gute **Ausstattung** gehören. Ich darf heute durchaus feststellen, dass die Polizei noch nie so modern ausgestattet war wie heute. Auch die Polizeidienststellen sind bedeutend besser und moderner geworden. Auch in der Ausrüstung haben wir vieles auf den Weg gebracht, gerade aktuell ist die Finanzierung der stichsicheren Westen vom Innenministerium freigegeben worden. Da muss man deutlich sagen: Da steht die Polizei wirklich sehr modern da.

(Vereinzelter Beifall SPD und Beifall Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es gibt in der Tat eine große Herausforderung, da hat Herr Kubicki durchaus recht: Die **Belastungen der Polizeibeamtinnen und -beamten** - da muss man aber auch die verschiedenen Fachbereiche nebeneinanderstellen - ist sehr hoch. Es gibt zwei Möglichkeiten, Belastungen abzubauen. Eine Möglichkeit ist, Aufgaben abzubauen. Für diesen Weg haben wir uns entschieden. Wir werden diesen Weg zunächst konsequent weitergehen. Aber seien Sie gewiss, dass wir immer auch nahe dranbleiben werden und natürlich dann nachsteuern werden, wenn wir feststellen, dass es nicht so gut funktioniert.

Lassen Sie mich, auch wenn die Uhr hier schon tickt, noch zwei Dinge sagen. Ich glaube, niemand in diesem Parlament kann besser bestätigen, wie groß die **Belastung des Polizeiberufs per se** ist. Jeden Tag und in jeder Stunde des Einsatzes ist man der Gefahr ausgeliefert, körperlich oder seelisch verletzt zu werden. Das ist eine Belastung, die Kern des Berufes ist. Die kann man niemals gänzlich verhindern. Wir dürfen nur nicht zulassen, dass für die Polizeibeamtinnen und -beamten durch das Arbeitsvolumen eine Grenze ihrer Belastbarkeit überschritten wird.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Kommen Sie bitte zum Ende.

**Simone Lange [SPD]:**

Noch ist das nicht der Fall. Wir werden weiterhin auch nah an der Landespolizei dafür Sorge tragen, dass das nicht der Fall sein wird. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordneter Burkhard Peters das Wort.

**Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir Grünen sind genauso wenig wie alle anderen erfreut über einen **Personalabbau bei der Landespolizei**. Wir wissen, dass wir den Beamtinnen und Beamten der Landespolizei viel zumuten. Allein die verschiedenen G-7-Treffen im Jahr 2015 werden einen enormen Polizeieinsatz fordern: bis zu 1.700 Landespolizistinnen und -polizisten im April beim Außenministertreffen in Lübeck, mehrere Hundertschaften werden zum Finanzministertreffen der G 7 in Dresden auch aus Schleswig-Holstein zum Einsatz kommen. Der Gipfel ist das G-7-Gipfeltreffen im bayerischen Elmau. Dort werden 16.000 Polizeikräfte aus dem Bundesgebiet zusammengezogen, selbstverständlich im großen Umfang auch aus Schleswig-Holstein. Herr Kubicki hat schon darauf hingewiesen, auch die Polizeieinsätze im Zusammenhang mit Fußballspielen sind eine enorme Belastung; am letzten Wochenende waren 900 Polizisten im Einsatz.

Solche Großeinsätze neben dem täglichen Routinedienst zehren an den Kräften und lassen die Zahl der Überstunden bei den Beamtinnen und Beamten anschwellen. Eine Einsparung von 122 realen Stellen bei der Landespolizei ist also schmerzlich. Das von Innenminister Studt vorgelegte Konzept, welches sich in ein umfassendes **Anderungs- und Umsteuerungskonzept bei der Polizei** einbettet, ist nach meiner festen Überzeugung aber vertretbar. Es nutzt doch nichts: Schleswig-Holstein ist ein überschuldetes Konsolidierungsland. Wir sind gezwungen, bis 2020 über alle Personalbereiche 10 % der Stellen abzubauen. Die vom Innenminister angekündigten Einsparungsmaßnahmen sind im Verhältnis zu anderen Personalbereichen der Landesverwaltung auf das Mindeste beschränkt, zum Beispiel 22 Stellen beim Polizeiorchester und 50 faktisch nicht mehr real besetzte Stellen im Stabsbereich. Der Bund der Kriminalbeamten Schleswig-Holstein begrüßt in einer Presseerklärung im De-

**(Burkhard Peters)**

zember 2014 ausdrücklich die Verlagerung von Stellen der Wasserschutzpolizei in seit Langem präkär ausgestattete Bereiche der Kriminalitätsbekämpfung, darunter Internetkriminalität, Kinderpornografie und die Bekämpfung internationaler Einbrecherbanden. Ich zitiere Herrn Nietz:

„Sicherlich ein schmerzhafter Einschnitt für die Wasserschutzpolizei, aber mit Blick auf die drängenden Probleme in anderen Bereichen nachvollziehbar und längst überfällig.“

Ein Bundesland, das eine Schuldenlast von 27 Milliarden € trägt, kann sich eine **Polizei-Big-Band** mit 22 Stellen einfach nicht mehr leisten. Auch eine **Wasserschutzpolizei**, die als Service für Freizeitschiffer die kostenfreie Kennzeichnung von Außenbordern zur Diebstahlprophylaxe anbietet, passt da nicht mehr ins Bild.

Der **Personalabbaupfad**, zu dem sich das Land schon unter Schwarz-Gelb verpflichtet hat, kann keinen Personalbereich vollständig ausnehmen. Die Polizei ist mit etwa 6.000 beschäftigten Beamtinnen und Beamten der zweitgrößte Personalkörper in der Landesverwaltung. Wer keinen Stellenabbau bei der Polizei möchte, muss sagen, aus welchen Bereichen Stellen ansonsten kommen sollen. Dazu schweigt sich der Antrag der FDP aber völlig aus. Wir haben es einmal mehr mit einem Schaufensterantrag zu tun - ohne Substanz, ohne Ideen, ohne Konsequenz.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD - Wolfgang Kubicki [FDP]: Unsinn!)

Mit solch ausgedroschenem Stroh werden Sie auch bei den Polizeigewerkschaften nicht punkten können.

Herr Klug, erinnern Sie sich noch an unseren gemeinsamen Auftritt bei der Jahresversammlung der Deutschen Polizeigewerkschaft im November letzten Jahres? Dort kritisierten Sie ebenfalls mit markigen Worten den Personalabbau bei der Polizei. Der anwesende DPolG-Bundesvorsitzende Rainer Wendt - wahrlich kein Fan rot-grüner Sicherheitspolitik - schaute nur milde lächelnd zu Ihnen hinüber und erinnerte Sie daran, dass auch in schwarz-gelb-regierten Bundesländern massiv Personal bei der Polizei abgebaut werde.

(Christopher Vogt [FDP]: Und jetzt?)

Der Vorteil der gegenwärtigen Landesregierung in Kiel sei immerhin, dass sie ehrlich sei und den Personalabbau nicht mit Wortfassaden wie „strategische Reserve“ oder „strategische Lücke“ verneble.

Sehr geehrte Kollegin und Kollegen von der FDP,

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

auch in puncto **Aufgabenkritik** fällt Ihnen rein gar nichts ein. Die dringend erforderliche Umstrukturierung der personalintensiven Begleitung von Schwertransporten ist dafür ein wichtiger Ansatzpunkt. Die ebenfalls diskutierte Einführung einer Halterhaftung bei Verkehrsordnungswidrigkeiten sehen wir Grüne zwar kritisch, aber immerhin ist das einmal eine Idee. Sinnvoll wäre es aus unserer Sicht auch, zum Beispiel die personalintensiven Ermittlungen im Bereich geringfügiger Mengen weicher Drogen zum Eigenbedarf einzustellen.

(Beifall PIRATEN und Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Da nach einer Anweisung des Generalstaatsanwalts diese Strafverfahren bei Ersttäterinnen und Ersttägern ohnehin eingestellt werden, arbeitet die Polizei in diesem Bereich buchstäblich für den Papierkorb.

(Beifall PIRATEN und Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Auch für diese Idee zeigte sich Herr Wendt übrigens ausgesprochen aufgeschlossen und verbreitete sie kurze Zeit später als offizielle DPolG-Forderung. Man sieht: Nichts ist stärker als eine Idee, deren Zeit gekommen ist.

Wie gesagt, Ihr Antrag ist substanzlos, ideenlos und zeigt keine Alternativen auf. Wir können ihn deshalb im Ausschuss nicht sinnvoll diskutieren und werden ihn ablehnen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Piratenfraktion hat jetzt Herr Abgeordneter Dudda das Wort.

(Christopher Vogt [FDP]: Das widerspricht zwar dem, was die Kollegin Lange vorhin gesagt hat!)

**Wolfgang Dudda [PIRATEN]:**

Ich fange einmal am Ende mit dem Beitrag des Kollegen Peters an. Er hat wahrscheinlich dem Kollegen Kubicki nicht zugehört.

(Christopher Vogt [FDP]: Die Rede war ja schon fertig!)

Kollege Kubicki hat sehr sachlich und eindrucksvoll vieles von dem, was ich auch sagen wollte,

(Wolfgang Dudda)

klipp und klar zur Lage im Lande erklärt. Wo ich Ihrer Auffassung bin, Kollege Peters, ist tatsächlich die **mangelnde Finanzierung**. Das hätte ich mir gewünscht. Das fehlt auch. Darüber hätten Sie ein Wort verlieren sollen, dann wäre das Ganze besser gelaufen. Inhaltlich ist der **Antrag** absolut richtig und begründet, da er aber nicht gegenfinanziert ist, können wir ihn so nicht mittragen, weil wir nicht 282 Stellen oder - wie der Kollege Dr. Bernstein es getan hat - 342 Stellen fordern und nicht überlegen, wie wir das finanzieren und bezahlen wollen. Inhaltlich und sachlich ist der Antrag der FDP komplett richtig, aber er befreit eben nicht davon, ihn haushalterisch zu unterfüttern.

Wir alle wollen, dass wir eine **Polizei** haben, die **nah am Bürger** ist, und wir alle wollen auch eine Polizei mit guten Kenntnissen von der Gegend und den Menschen, in der sie beziehungsweise für die sie eingesetzt werden. Polizei muss ansprechbar, unkompliziert und möglichst nah vor Ort sein. Das uralte Prinzip polizeilicher Prävention hat überhaupt nichts an Aktualität verloren. Es aufzugeben, ohne die Folgen dessen zu kennen, ist politisch unverantwortlich.

Der gute, alte **Dorfpolizist** auf dem Lande ist dann ein guter Polizist, wenn er weiß, was bei ihm vor der Haustür Sache ist. Er ist dann ein guter Polizist, wenn er auch die Einsatzrisiken infolge eines Einzuleinsatzes so einschätzt, dass ihm nichts passiert, und in der Regel kann er das gut. Es ist gut, wenn es ihn vor Ort gibt, weil er tatsächlich das Gefühl von Sicherheit vermittelt, von dem auch die Kollegin Lange sprach.

Seine Funktion ist nach unserer Überzeugung deshalb zutiefst in ein Konzept innere Sicherheit eingebettet, wie wir uns das vorstellen. Er ist im besten Sinn quasi die „Vorratsdatenspeicherung auf zwei Beinen“.

(Beifall Uli König [PIRATEN])

Nach unserer Überzeugung fällt eine Kosten- und Leistungsrechnung dafür grundsätzlich positiv aus. Er muss aber auch bezahlt werden. Für mindestens 235 Stellen habe ich schon einmal ein Angebot unterbreitet, wie wir die finanzieren können. Nach mittlerweile offensichtlich nicht nur uns vorliegenden Zahlen und Informationen - je nach Quelle unterschiedlich - werden 500.000 bis 800.000 **Stunden** unserer **Polizeibeamten** damit verbracht, dass sie ratlos vor ihrem Computermonitor sitzen und warten, dass er etwas tut oder dass er das tut, was sie von ihm wollen. Viel zu wenige Leitungen, echte Datenleitungen, viel zu wenige Softwarelizenzen

sorgen dafür, dass es bis zu 30 Sekunden dauern kann, bis ein Polizeibeamter von einem Buchstaben zum nächsten eine Word-Eingabe hat.

Das ist peinlich und frustriert unsere Kollegen von der Polizei. Anstatt dieses Problem einer Lösung zuzuführen, dreht man lieber das große Rad und gibt den ganzen Kram Dataport. Ich darf daran erinnern, wer bei Dataport Admin-Rechte hat. Das hatten wir im Sommer vor zwei Jahren. Das war eine gewisse Firma aus Frankfurt, die wiederum im Besitz einer amerikanischen Firma steht. Herzlichen Glückwunsch dazu! Das möchte ich mir auch nicht vorstellen.

Wir haben gelernt: Wir sind der echte Norden. Wir sind eine Marke. Die darf nicht dadurch gefährdet werden, dass Wassersportler bei uns den Wilden Westen erleben, weil keine **Wasserschutzpolizei** mehr dafür da ist, präventiv und repressiv für Ordnung auf unseren Wasserwegen und beim Wassersport zu sorgen. Nach spätestens zwei, drei Jahren werden die Herrschaften, die sich eine Yacht leisten können - ich kenne einen -, sagen: Da muss ich nicht hin, da wird geklaut wie die Raben, die Leute benehmen sich auf dem Wasser „wie wilde Sau“ - um es einmal deutlich zu sagen. Das ist kein erstrebenswertes Urlaubsland.

Auch da müssen wir am Ball bleiben. Wir können gern darüber reden, ob die Diebstahlsachbearbeitung von Motorbooten durch die Wasserschutzpolizei oder besser durch die Kripo erfolgen kann. Aber wir brauchen eine funktionierende Wasserschutzpolizei.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

Wo allerdings - darauf müssen wir besser eingehen - kriminalgeografisch eindeutig und belastbar weniger Bedarf an Polizei vor Ort festgestellt wird, muss man dem Rechnung tragen. Für eine schlichte Hauptsache-ein-Wachtmeister-ist-vor-Ort-Romantik fehlt uns im Land das Geld. Die Bevölkerung wäre nach einer fundierten, belastbaren Analyse sicherlich eher bereit, mit sich reden zu lassen, dass Polizei vor Ort in der Form nicht notwendig ist, wie es bisher der Fall war, wenn man es ihr vermitteln kann. An solchen flächendeckenden **kriminalgeografischen Analysen** fehlt es uns. Das hat die Bundespolizei vor acht Jahren besser gemacht, sie hat für 40.000 Leute kriminalgeografische Ellipsen gezogen und ihr Personal brutal neu aufgestellt, vorbei an vielen sozialen Bedürfnissen, aber inhaltlich richtig.

Das vom Innenministerium vorgestellte Modell erinnert mich an vielen Stellen zu sehr an den Knie-

(Wolfgang Dudda)

fall vor der öffentlichen Meinung. Polizei da einzusparen, wo sie nicht sichtbar ist, hilft der Polizei nicht immer. Wir können auch die Synergieeffekte abwarten, die infolge eines etablierten und funktionierenden Digitalfunks zu erwarten sind. Da ergeben sich Ressourceneinsparungen genauso wie möglicherweise bei der Einsatzleitung.

Das Problem lässt sich nicht schlank auf 282 Stellen reduzieren; da müssen wir mehr tun. Ich würde darüber gern im Ausschuss reden. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Abgeordneten des SSW hat jetzt Herr Abgeordneter Lars Harms das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist bei Weitem nicht das erste Mal, dass wir hier im Hohen Haus über den **Stellenabbau der Landespolizei** streiten. Erst vor vier Wochen, also in der letzten Tagung, wurde über einen Teilaspekt der täglichen Arbeit der Landespolizei debattiert. Es lässt sich schnell feststellen, dass sich die Gesamtsituation seit vier Wochen nicht wesentlich verändert hat.

Worum es bei der **Neustrukturierung der Landespolizei** geht, wurde bereits mehrfach erörtert. In Bezug auf den Dienst am Menschen wird es keine Einsparungen geben. Auch in puncto Prävention, Aufklärungsarbeit und jeglicher Arbeit für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene wird es keine Veränderungen geben. Insgesamt wird versucht, die Einsparungen so schmerzlos wie möglich umzusetzen.

Klar ist dabei, dass es künftig keine Ein- oder Zwei-Personen-Polizeistationen mehr geben wird, die rund um die Uhr geöffnet sein werden. Ein Polizeibüro mit eingeschränkten Öffnungszeiten, in dem nur eine Person sitzt, ist nicht mehr zeitgemäß. Grundsätzlich muss eine solche Institution heutzutage einfach einen vernünftigen Schichtbetrieb betreiben können, auch und gerade zur Sicherheit der Menschen vor Ort.

Dabei waren es nicht immer die Zentralen Orte, die die vermeintlichen Profiteure von Umstrukturierung waren; auch unterversorgte Orte, die die Leistung nicht erbringen konnten, gehörten dazu. Das waren nicht immer unbedingt die, die im ersten Moment als zentral gelten könnten; es waren nicht die großen Städte, sondern die **ländlichen Zentra-**

**len Orte**, die durch solche Maßnahmen gestärkt wurden.

Vielleicht wird das Ergebnis verständlicher, wenn der vorangegangene Weg dorthin noch einmal dargestellt wird. Die entsprechenden Entscheidungen wurden durch das Einbeziehen der lokalen Kräfte ganz eindeutig vor Ort getroffen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den jeweiligen Direktionen haben an der neuen Struktur mitgewirkt - und das über Jahre und Legislaturperioden hinaus. Ohne ihre Mitarbeit würde die Effizienz der Neustrukturierung sicherlich anders aussehen. Diesen **Entscheidungen vor Ort** durch die Direktionen unter Einbeziehung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zollen wir vom SSW im Landtag Respekt.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sollten den neuen Strukturen die Möglichkeit geben, sich zu festigen und bewähren zu können. Der Weg, der hinter den Beteiligten liegt, war lang und aufwendig. Jetzt alles auf den Kopf zu stellen, wäre nicht besonders zielführend und würde den zeitaufwendigen Ausarbeitungsprozess zunichtemachen. Die Praxis braucht Zeit, und diese sollten wir uns nehmen, ehe die Struktur der Landespolizei nochmals überprüft wird. An dieser Stelle sollten wir der Landespolizei erst einmal Vertrauen entgegenbringen, dass sie die anstehenden Aufgaben vernünftig bewerkstelligen wird. Sobald der Zeitpunkt angemessen ist, wird eine umfassende Überprüfung der neu eingerichteten Strukturen sicherlich Sinn machen.

Es ist kein Geheimnis, dass die Landespolizei den zweitgrößten Personalkörper in unserem Land bildet. Die Umstrukturierung ist ein fester Teil der **Haushaltskonsolidierung** - war es übrigens auch schon vor unserer Regierungsübernahme -, die sich durch ganz verschiedene Ebenen im Land durchzieht. Die Polizei ist von den Einsparungen im Vergleich zu anderen Bereichen marginal betroffen. Kaputtsparen sieht meiner Meinung nach anders aus. Andere Bereiche der Landesverwaltung sind wesentlich stärker betroffen als die Polizei.

Es lässt sich feststellen, dass wir es mit zwiespältigen Aussagen der FDP zu tun haben. Auf der einen Seite wird der Landesregierung vorgeworfen, nicht genügend zu sparen. Das hören wir jedes Mal. Auf der anderen Seite soll aber bitte nicht bei Lehrerinnen und Lehrern, Mitarbeitern der Straßenbauverwaltung, der Landesplanung, der Polizei und selbstverständlich auch nicht bei den Justizbeamten gespart werden, wahrscheinlich auch bei allen andern

(Lars Harms)

nicht. Wie die Einsparungen, die der Landesrechnungshof dem Kabinett ständig ins Stammbuch schreibt, zu bewerkstelligen sind, wird einfach weggelassen.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Diese Vorgehensweise ist fadenscheinig und nützt in der Sache rein gar nichts. Ich kann die Kollegen an dieser Stelle nur dazu auffordern, zur Sachlichkeit zurückzukehren und tatsächlich konstruktive Beiträge zu liefern.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Sagt der Richtige!)

- Lieber Kollege Garg, in dieser Hinsicht sind wir als rot-grün-blaue Koalition offen für Vorschläge. Aus der Luft gegriffene Forderungen helfen weder Ihnen noch uns und schon gar nicht der Landespolizei.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

Die Herausforderung ist klar: die **Landespolizei** trotz der bestehenden Einschränkungen **modern aufzustellen**. Die Landesregierung hat diese Herausforderung in enger Zusammenarbeit mit der Landespolizei angenommen und führt die notwendige Reform maßvoll und graduell durch. Meine Damen und Herren inklusive der Kollegen von der FDP, besser und ehrlicher kann man eine solche Reform nicht durchführen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Landesregierung hat jetzt der Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten, Stefan Studt, das Wort.

**Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! **Stellenstreichungen** in der Landesverwaltung sind allgemein und speziell in der **Polizei** zu keinem Zeitpunkt ein Grund zum Jubel. Ich selber bin seit Anfang der 90er-Jahre Teil dieser Landesverwaltung. Ich weiß, wie schwer ein solcher Prozess nach innen, aber auch nach außen ist. Letztlich wissen wir alle in der Belegschaft, in der Regierung, hier im Parlament und auch in unserer Gesellschaft, dass der Weg zu einem künftigen Landeshaushalt ohne neue Schulden unumkehrbar ist. Wer die **Verpflichtungen gegenüber dem Stabilitätsrat** erfüllen und insbesondere seiner Verant-

wortung gegenüber den nachfolgenden Generationen gerecht werden will, der muss auch Antworten zum Stellenabbau in der Landesverwaltung liefern. Diese Verantwortung haben wir. Wir können sie auch nicht vertagen, verschieben oder wegdiskutieren.

Sie alle wissen, dass wir uns als Land Schleswig-Holstein dazu verpflichtet haben, das Personal des Landes bis 2020 um insgesamt 10 % abzubauen. Als Landesregierung stehen wir zu dieser Verpflichtung, damit wir ab dem Jahr 2020 generationengerechte und zukunftsfähige Haushalte ohne neue Schulden aufstellen können. Noch als Kollege in der Landesverwaltung habe ich die Diskussion um diese Vereinbarung der konservativ-liberalen Vorgängerregierung mit dem Stabilitätsrat erlebt. Natürlich haben wir intensiv diskutiert. Natürlich gibt es diese Diskussion bis heute, ob dies tatsächlich zumutbar und bei aller fachlichen Anforderung verkraftbar ist.

Mit Blick auf die Personaleinsparungen bei der Polizei sind zwei Dinge, die wichtig sind, gegeneinander abzuwägen: Zum einen ist der besonderen Bedeutung der **inneren Sicherheit** in unserem Land Rechnung zu tragen. Da ist die Polizei natürlich ein ganz wesentlicher Teil dieser Betrachtung. Es gibt - da bin ich der Abgeordneten Lange sehr dankbar - aber auch weitere Bereiche, die beim Thema innere Sicherheit zu berücksichtigen sind, die man in der Gesamtschau bewerten muss.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Zum anderen sind wir uns als Landesregierung natürlich unserer Verantwortung gegenüber den Kolleginnen und Kollegen bewusst. Aus diesem Grunde haben wir für die **Polizei** eine ausgesprochen **moderate Einsparverpflichtung** vereinbart. Das ist hier schon mehrfach angesprochen worden. Die Kernbereiche Einsatz und Ermittlungen sind ausdrücklich ausgenommen. Zudem prüfen wir weitere Möglichkeiten zur Entlastung der Landespolizei. Darüber hinaus sorgen wir zugleich dafür, dass das Personal in den defizitär hinterlegten Aufgabenbereichen wie bei der Bekämpfung des Wohnungseinbruchsdiebstahls - darüber haben wir in den vergangenen Sitzungen gesprochen - oder der Cyberkriminalität weiter verstärkt wird. Sie sehen: Stellenabbau einerseits und die Verbesserung der Arbeitssituation in defizitären Bereichen andererseits müssen kein unauflösbarer Widerspruch sein.

Nach meiner Entscheidung im Dezember letzten Jahres zum Stellenabbau und zur Umsteuerung hat

(Minister Stefan Studt)

die Landespolizei inzwischen mit den **Vorbereitungen zur Umsetzung** begonnen. Dazu gehören die hier schon angesprochene Umstrukturierung der Wasserschutzpolizei - auch an dieser Stelle ohne Reduzierung bei den Kernaufgaben -, die Planung der Veränderungen in der IT-Abteilung und im Bereich ausgesuchter Themenbereiche der spezialisierten Verkehrsüberwachung. Dazu gehört aber auch eine möglichst zügige Verbesserung der Arbeitssituation in den beschriebenen defizitären Bereichen. Das ist mir besonders wichtig, weil wir damit die Schlagkraft und die Präsenz unserer Landespolizei zur Bekämpfung der Kriminalität weiter erhöhen. Zweifellos ist angezeigt - das ist hier im Hause und im Raum wohl einvernehmlich -, dass wir jeweils die Lage betrachten und die weitere Entwicklung im Blick haben. Aus heutiger Sicht halte ich und halten wir das für verantwortlich und verantwortbar.

Meine Damen und Herren, der Stellenabbau wird so gestaltet werden, dass er **ohne nennenswerte Auswirkungen** auf die Arbeit der Polizei in den Bereichen **Einsatz- und Ermittlungsdienststellen** bleibt. Im Gegenteil, wir steuern insgesamt 60 Stellen in diese Bereiche um, und - was mir besonders wichtig ist - die Maßnahmen zur Bekämpfung der Einbruchskriminalität, die dazu hinterlegten Strategien, die Erfolge, die wir nahezu täglich wahrnehmen, funktionieren, tragen. Die Bereiche Einsatz und Ermittlungen werden gestärkt. Das ist für den Verfahrensstand, den wir jetzt haben, den wir eingeleitet haben, wichtig. Diese Aussagen sind keine leeren Floskeln. Sie sind in den künftigen Organisations- und Stellenplänen schwarz auf weiß nachzulesen. Herr Dr. Bernstein, erlauben Sie mir den Hinweis: Sie haben 1998 bis 2005 in den Blick genommen. Da gab es Schwankungen in dem Bereich zugewiesener Ausbildungsstellen. Das waren aber nie Polizistinnen und Polizisten, die auf der Straße waren. Die Zahl der Polizistinnen und Polizisten ist in den vergangenen Jahren relativ stabil geblieben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es wird jetzt manche geben - auch der vorliegende Antrag zielt darauf ab -, nach deren Auffassung die Situation der Landespolizei ohne den moderaten Stellenabbau noch deutlich besser sein könnte, nach dem Motto: Steuert doch um, aber lasst alle Stellen im System! Ja, das wäre der einfachere Weg, auch wenn Stelle noch lange nicht Budget bedeutet. Aber wir alle wissen, dass die gemeinsam eingegangene Verpflichtung für alle - ich betone: für alle! - eine große Herausforderung ist.

Meine Herausforderung besteht jetzt darin, den Prozess der Einsparung in meinem Ressort so zu gestalten, dass er die Handlungs- und Einsatzfähigkeit unserer Landespolizei bestmöglich erhält. Genau das tue ich. Ich stehe für eine **optimale Sach- und Schutzausstattung**. Dazu gehört für mich auch die Frage einer **sachgerechten IT-Ausstattung**.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, unsere Landespolizei hat einen Personalkörper von rund 8.000 Stellen. Mit dem Abbau von rechnerisch 282 Stellen, von denen nur 122 budgetrelevant sind, erfüllt die Landespolizei ihre von der Landesregierung beschlossene **Einsparverpflichtung**. Dieser **Stellenabbau** wird sich weder an einem Tag, noch in einem Jahr, sondern erst ab 2018 schrittweise vollziehen. Er ist maßvoll. Er kommt nicht abrupt. Die Bereiche Präsenz und Prävention, Einsatz und Ermittlungen werden nicht beeinträchtigt. Natürlich beobachten wir die Lage weiter. Aber, noch einmal deutlich gesagt: Für diesen Moment halten wir das für verantwortlich und verantwortbar. - Danke.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Die Landesregierung hat die vereinbarte Redezeit um 1 Minute überzogen. Diese Zeit steht allen Fraktionen zu.

Ein Dreiminutenbeitrag ist vom Abgeordneten der CDU-Fraktion, Dr. Axel Bernstein, gewünscht.

**Dr. Axel Bernstein [CDU]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein, zwei Punkte können nicht ganz unkommentiert stehenbleiben.

Lieber Lars Harms, die markige Aussage, alles das, was geplant sei, habe keine Auswirkungen auf die Bürger, behauptet nicht einmal die Landesregierung. Natürlich wird die Kürzung von Personal im Bereich der Verkehrsüberwachung **Auswirkungen auf die Bürger** haben. Natürlich wird die Kürzung im Bereich der Wasserpolizei unmittelbare Auswirkungen auf die Bürger haben. Das ist nun wirklich eine Schönrederei, die weit ab von jeder Realität ist.

(Beifall CDU und FDP)

Der Kollege Peters hat deutlich gemacht, was für eine Polizei man sich vorstellt, die nämlich tatsäch-

(Dr. Axel Bernstein)

lich im Notfall nur noch anonym herbeigefahren kommt, einen Vorfall bearbeitet und wieder verschwindet. Ich lehne mich nicht aus dem Fenster und fordere, dass die Big Band erhalten bleiben muss. Aber das ist ein Beispiel dafür, wie **Polizei bürgernah** aussehen kann, wie sie Kontakte zur Bevölkerung hält, die eben nicht mehr gegeben sind, wenn die Ortsnähe fehlt und die Möglichkeiten, mit der Bevölkerung in Kontakt zu treten, die über das rein dienstliche hinausgehen, verloren gehen.

Herr Minister, Ihre Ausführungen zu dem Punkt waren für mich an zwei Stellen ein bisschen enttäuschend. Sie müssen doch begründen und darlegen, warum Sie der Auffassung sind, dass die **Sicherheitslage**, die sich - das will ich gern zugeben - seit den Beschlüssen im Kabinett nun wirklich weiterentwickelt hat, auf Schleswig-Holstein keinerlei **Auswirkungen** haben soll, während der Großteil der übrigen Bundesländer andere Konsequenzen zieht und der Auffassung ist, sie brauchten mehr Personal. Da erwarte ich schon eine fundierte Argumentation, warum man in Schleswig-Holstein trotzdem abbauen darf.

(Beifall CDU und FDP)

Wenn Sie auf den Personalabbau in der Vergangenheit hinweisen, will ich gern konkret werden. In den Jahren bis 2005 sind unter dem Strich 700 Stellen weggefallen. Das ist keine Kleinigkeit, über die wir reden. Da wir bei dem Thema Anzahl von Stellen sind, will ich Folgendes sagen: Sie haben eben, wenn ich das richtig mitbekommen habe, in Ihrem Beitrag die Zahl 282 genannt. Ich bitte Sie, gegenüber dem Parlament oder gegebenenfalls im Ausschuss klarzumachen, worüber wir jetzt eigentlich reden. Die Landesregierung hat vor zwei Jahren die Zahl 282 ausgegeben. Wir haben dann Ihre Pressemitteilung zur Kenntnis genommen, in der Sie davon reden, dass 122 Stellen haushaltsrelevant seien.

Liest man das genau durch, kommt man auf folgende Aufteilung: Wir haben 90 Stellen im Bereich IT, wir haben zehn Stellen im Bereich Verkehrsüberwachung, 50 Stellen im Stellenpool und 20 Stellen Big Band. Dann sind wir bei 182 Stellen. Sie sagen, die dürfe man nicht alle rechnen, weil man den Gegenwert von 60 Stellen ausgeben muss, um Dataport für das zu bezahlen, was die **Polizei** bislang selber macht. Das ist haushalterisch in Ordnung; wir reden hier aber über **Stellen**. Das heißt, wir haben 182. Dann haben wir die von der Landesregierung bereits im Vorwege angekündigte Größenordnung. Ich komme unter dem Strich auf die Zahl von 143.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Köpfe!)

Wenn ich falsch liegen sollte, bitte ich, mich zu korrigieren.

(Beifall CDU und FDP)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 18/2692 dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer das möchte, möge jetzt bitte seine Hand heben. - Das sind die Abgeordneten der FDP-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Piratenfraktion. Wer ist dagegen? - Das sind die anderen Fraktionen und die Abgeordneten des SSW. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung in der Sache. Es ist beantragt worden, über den Antrag in der Sache abzustimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Dieser Antrag ist bei zwei Stimmen der PIRATEN - -

(Zurufe PIRATEN: Fraktion!)

- Moment einmal! Entschuldigung, meine Damen und Herren! Dann müssen Sie auch eindeutig abstimmen. Wenn ich das nicht erkennen kann, ist das verdammt schwierig.

Ich wiederhole die Abstimmung: Wer für diesen Antrag ist, möge bitte jetzt - und zwar nur jetzt! - noch einmal die Hand heben. - Wer gegen den Antrag ist, möge jetzt bitte die Hand heben. - Gegen den Antrag sind also die PIRATEN, die Abgeordneten des SSW, der Grünen und der SPD. - Danke schön, das war ein eindeutiges Votum.

Mit diesem eindeutigen Votum unterbreche ich die Sitzung bis 15 Uhr und wünsche Ihnen eine gute Mittagspause und guten Appetit.

(Unterbrechung: 13:01 bis 15:04 Uhr)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet. Bitte begrüßen Sie zunächst mit mir auf der Tribüne Wirtschaftsunioren aus Dithmarschen und das Berufsbildungszentrum Dithmarschen mit Verwaltungsfachangestellten. - Seien Sie herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Weiterhin begrüße ich auf der Tribüne den Landespastor des Diakonischen Werks Schleswig-Hol-

**(Vizepräsident Bernd Heinemann)**

stein, Herrn Heiko Naß. - Seien auch Sie herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag.

(Beifall)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 1 A, 6 und 13 auf:

**Gemeinsame Beratung**

**a) Regierungserklärung - Immer mehr Menschen müssen aus ihrer Heimat fliehen, Schleswig-Holstein nimmt die Herausforderung an**

**b) Abschiebungshaft und Abschiebungshafteinrichtungen bundesweit abschaffen**

Antrag der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 18/2682

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 18/2735

**c) Öffnung der Migrationsberatung muss auch für Flüchtlinge erfolgen**

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 18/2699

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich erteile das Wort dem Herrn Ministerpräsidenten Torsten Albig.

**Torsten Albig, Ministerpräsident:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der **Brandanschlag** von **Escheburg** hat ganz Schleswig-Holstein betroffen gemacht. Zum Glück können wir sagen, dass niemand verletzt wurde, aber wir alle spüren, dass auch wir jetzt eine wunde Stelle haben; eine wunde Stelle, die uns durch diese Brandsätze zugefügt wurde. Aus unserer Mitte wurde auf genau diejenigen Menschen mit diesen Brandbeschleunigern gezielt, die vor dem Terror gewalttätiger Islamisten auf der Flucht sind; genau solcher Terroristen, die in Paris und Kopenhagen mordeten. Vor diesen suchte man bei uns Schutz, und man fand Brandbeschleuniger. Diesen feigen Anschlag habe ich mit sehr klaren Worten verurteilt.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir haben an vielen Stellen darüber diskutiert. Ich habe mich klar dazu geäußert, auch wenn ich sehe, dass es in unserer Gesellschaft Menschen gibt, die auf die sich immer schneller verändernde Welt mit Sorge reagieren. Es sind Menschen, die nicht wissen, wie sie es einordnen sollen, dass scheinbar um uns herum in einer globalisierenden Welt Strukturen zerbrechen, und die nicht wissen, was das für sie und ihre Welt bedeutet. Ich kann verstehen, dass Menschen diese Sorgen haben. Ich bin überzeugt, wir alle müssen noch eine Menge leisten, um diesen Menschen diese Sorgen mit guten Argumenten zu nehmen. Ich glaube, wir haben diese Argumente. Meine Damen und Herren, aber eines kann ich auf gar keinen Fall akzeptieren: Keine Sorge, keine Angst rechtfertigt eine solche Tat wie in Escheburg.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Nie dürfen wir relativieren. Als Gesellschaft dürfen wir keinen Millimeter Platz für Hass lassen. All denen, die sich auf diese Seite stellen, gilt mein herzlicher Dank.

Worauf beruht diese klare Aussage? - Sie beruht auf dem Versprechen unseres Rechtsstaates; dem Versprechen auf Schutz und auf Sicherheit all unserer Bürgerinnen und Bürger. Meine Landesregierung wird alles tun, damit dieses Versprechen jetzt und in aller Zeit gilt. Die, die zu uns fliehen, Menschen auf der Flucht, sind eben keine Terroristen. Da klopfen Menschen an, die alles verloren haben, die zum Teil gerade noch ihr nacktes Leben retten konnten und vor Mord und Vergewaltigung auf der Flucht sind. Wollten wir ihnen die Tür nicht öffnen, dann wäre das schon schlimm genug. Ihnen die Tür in Brand zu stecken, ist barbarisch, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und Daniel Günther [CDU])

Nicht um dies zu relativieren, sondern um das Problem zu beschreiben, muss ich feststellen: Leider ist das beileibe kein Schleswig-Holstein-Problem. Bundesweit haben sich die Attacken auf Asyleinrichtungen mehr als verdoppelt. 58 gab es 2013, 150 gab es im vergangenen Jahr - das wurde vorhin bereits angesprochen. Wenn wir den Blick etwas heben und auf Europa schauen, dann stellen wir fest, dass wir als europäische Gesellschaft generell genauer auf dieses Thema blicken sollten. Es ist ein großes Fragezeichen hinter die Frage zu setzen, ob man heute noch sagen kann, dass europäische Flüchtlingspolitik menschenwürdig oder gar christlich ist.

**(Ministerpräsident Torsten Albig)**

**Europas Außengrenzen** sind zunehmend abgeriegelt. Unser reicher Kontinent wird zur Festung gemacht, und wir sehen, dass an dieser Festung jeden Tag viele Menschen abprallen. Es sind in jeder Nacht unzählige Verzweifelte. Sie ertrinken im Mittelmeer. Wer Flüchtlingen an der Küste hilft, der läuft Gefahr, des Menschenhandels bezichtigt zu werden. Wir brauchen eine europäische Seenotrettung, wir schicken aber nur die europäische Polizei. Auch das werden wir zu diskutieren haben.

Wir wissen, dass wir auf diese Entwicklung aktuell in Schleswig-Holstein wenig Einfluss haben, aber auf eines haben wir Einfluss, und das sollte uns wichtig sein: Denjenigen, die über die Mauern dieser Festung gekommen sind, die bei uns an die Tür klopfen, sollten wir die Tür öffnen. Das ist nach meinem Verständnis das Mindestmaß unseres christlichen, unseres anständigen Handelns.

Die zentrale Frage, die sich uns stellt, lautet: Wie gehen wir als Gesellschaft mit diesen Menschen um? Für mich ist dies, und ich sage das laut und deutlich, keine Frage von Haushaltszahlen. Es ist allein eine Frage unserer Haltung; eine Frage an uns alle.

Unser Glaube lehrt uns Solidarität mit den Schwachen, und unser Grundgesetz sagt: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Egal, ob wir uns von unserem Glauben, dem Grundgesetz oder von Beidem leiten lassen, wir müssen unsere Flüchtlingspolitik daran messen lassen, ob wir höheren ethischen Werten genügen, niemals aber davon, ob die Haushaltszahlen es hergeben. Wir müssen unsere Nächstenliebe schlicht nach Mitmenschlichkeit ausrichten, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Schleswig-Holstein ist ein Land, das sich mit solchen Herausforderungen auskennt. Wir haben schon mehrfach bewiesen, dass wir Menschen, die auf der Flucht sind, bei uns integrieren können. Waren es im 17. Jahrhundert die Remonstranten, die in Friedrichstadt aufgenommen wurden, so waren es im 2. Weltkrieg besonders viele Menschen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten, die zu uns gekommen sind. Flüchtlinge und Vertriebene haben auch damals gekämpft um das nackte Überleben, um das tägliche Brot, um das Dach über dem Kopf. Wir kennen in unseren Familien Eltern und Großeltern, die auf Kohlenklau gingen, um die Nissenhütte wenigstens ein bisschen warm zu kriegen.

Kein anderes Bundesland hat seinerzeit so viele Flüchtlinge aufgenommen wie Schleswig-Holstein.

Ich bin sicher, es sind auch diese Nachkriegserfahrungen, die unser Land immer noch prägen, die tief verwurzelt sind in Schleswig-Holstein. Den Bürgerinnen und Bürgern ist aus ihrer familiären Geschichte bekannt, wie sich Probleme von Flüchtlingen oder auch Minderheiten anfühlen.

Deswegen können wir auch sagen, dass die Reaktion so vieler Menschen in Escheburg auf diesen schäbigen Anschlag uns Kraft gibt, weil sie uns zeigt, dass wir als Gesellschaft zu einer neuen **Solidarität** kommen. Es tut gut, zu sehen, dass auf einem Sportplatz in Escheburg 800, 900 oder gar 1.000 Menschen an einem kalten Sonntagabend stehen und sagen: „Das sind wir nicht. Das ist nicht Escheburg.“ Ich habe diesen Menschen dafür gedankt und ihnen zugerufen: „Ihr seid Schleswig-Holstein und nicht diejenigen, die Brandsätze werfen!“

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Wolfgang Kubicki [FDP])

Ebenso macht es uns Mut, zu sehen, wenn sich in Kiel, Lübeck, Neumünster, Flensburg oder in Trappenkamp viele tausend Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner auf den Weg machen. Je mehr sich in der Konsequenz auf die Seite und an die Seite der Schwachen stellen, umso besser sind wir vorbereitet auf die steigende Zahl von Flüchtlingen.

Die **Zahl der Menschen**, die bei uns **Zuflucht sucht**, steigt. Kamen im Jahr 2010 noch 1.300 Asylsuchende zu uns, waren es im vergangenen Jahr bereits 7.600. Wir haben uns die Januarzahlen und die bis heute vorliegenden Februarzahlen angeschaut und zu einer eigenen Prognose verichtet. Wir stellen nun fest: Im Januar gegenüber dem Vorjahr 250 % Anstieg, im Februar 400 % Anstieg, und wir sind jetzt bei 1.900 Menschen, die an unsere Tür klopfen und um Hilfe nachfragen.

Wenn wir diese Zahlen so gewichten, wie sich die Januar- und Februarzahlen der letzten Jahre auf das Gesamtjahr ausgewirkt haben, dann müssen wir realistischerweise von bis zu 20.000 Frauen und Männern, jungen und alten, ausgehen, die in Schleswig-Holstein sein werden und um die wir uns gemeinsam kümmern müssen. Eine Zahl von bis zu 20.000 ist eine Herausforderung für uns. Aber bitte lassen Sie uns alle mit Kraft gegen die anreden, die uns erzählen, dass nun die Angst vor Überfremdung über uns kommen wird. Bei 20.000 Menschen gegenüber 2,8 Millionen Einwohnern ist eine solche Diskussion unreal. Diese Diskussion sollten wir nicht zulassen, meine Damen und Herren.

**(Ministerpräsident Torsten Albig)**

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

In unserem Land leben zurzeit gut 5 % Ausländerinnen und Ausländer, also gut 140.000 Frauen und Männer. Bundesweit sind es 10 %. Gemessen daran machen uns 20.000 Menschen keine Angst. Im Gegenteil: Schleswig-Holstein ist ein **Einwanderungsland**, und wir sehen alle **Chancen** für Demografie und Wirtschaft, aber auch alle **Herausforderungen** für unsere Gesellschaft. Wir sehen, dass unsere Stärke Vielfalt ist, dass wir stärker werden, wenn wir farbenreicher sind.

Wie kann man die Debatten immer nur so trennen? Eine Woche reden wir über Demografie, in einer anderen Woche reden wir über Zuwanderung und Flüchtlinge. Wir reden davon, dass wir gerade jetzt jede und jeden brauchen, ob mit oder ohne Zuwanderungsgeschichte, um unser Land, um Schleswig-Holstein, voranzubringen.

Aber - und auch das soll nicht missverstanden werden - wir sind auch nicht sozialromantisch. Wir wissen, dass Integration unsere Gesellschaft massiv herausfordern wird. Da kommen keine Heiligen zu uns, sondern ganz normale Menschen mit all ihren Facetten. Manche kommen frisch von der Uni, manche sind Analphabeten. Manche haben einen gefestigten bürgerlichen Hintergrund, und manche sind in jahrelangen Straßenkämpfen zurücksozialisiert auf das Urverhalten von Menschen, sich nur noch im Kampf zu verteidigen.

Wir sehen, dass unter den Flüchtlingen auch welche sein werden, die nicht helfende Hände annehmen werden, die nicht zum Deutschunterricht gehen wollen, die sich auch denen verschließen, die helfen wollen. Aber wir sehen, dass die allermeisten, die zu uns kommen, so nicht sind. Für die wird das nicht gelten. Sie wollen hier ankommen, sie wollen hier leben, sie wollen hier arbeiten, sie wollen hier ganz einfach glücklich sein.

Zur Ehrlichkeit gehört auch dieses: Viele der Menschen, die aus den Kriegsgebieten zu uns kommen, werden auf lange Zeit, wenn nicht für immer, bei uns bleiben. Etwas anderes in Statistiken anzunehmen, wäre ebenso unreal. Deshalb sollten wir uns schnell gemeinsam auf den Weg machen, aus diesen Menschen einen Teil unseres Landes zu machen, einen Teil Schleswig-Holsteins zu machen, sie wirklich im besten Sinne bei uns aufzunehmen. Deswegen wollen und müssen wir helfen.

Gestatten Sie mir noch einen Satz zu **Haushalten** und **Finanzen**. Verglichen mit den Ländern im Nahen Osten - das wäre der richtige Maßstab -, in de-

nen Millionen Menschen auf der Flucht sind, Binnenflucht und zwischen den Staatsgrenzen, ist unser Land unfassbar reich und unfassbar stark. Niemand hier, schon gar nicht in der Debatte, muss den anderen katholisch machen bei der Frage, welche Bedeutung die Finanzen haben. Bei allen Unterschieden, die wir haben, haben wir da eine klare Haltung. Aber ich bin ganz sicher: Eines darf zwischen uns hier im Parlament nicht strittig sein. Unser humanitäres Handeln ist bedeutender als Haushaltszahlen. Wir leisten uns Humanität nicht, wir sind humanitär. Das zeichnet uns aus.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir helfen deshalb als Land unseren Bürgerinnen und Bürgern, den Kommunen und den Wohlfahrtsverbänden, den ehrenamtlichen Organisationen. Wir werden unsere Ressourcen überall dort anpassen, wo sie angepasst werden müssen, damit unsere Hilfe mitwachsen kann.

Der erste Schritt, den wir gehen müssen, ist, dass wir eine ausreichende Zahl von Plätzen in **Erstaufnahmeeinrichtungen** des Landes aufbauen. In Neumünster und Boostedt haben wir bis zum Jahresende 1.350 Plätze. Das wird nicht reichen angesichts der Zahlen, die ich beschrieben habe. Wir bereiten uns deshalb darauf vor, bis zu 4.000 Plätze zu schaffen.

Boostedt wird nicht mehr als 500 Flüchtlinge aufnehmen. Bei dieser Zusage bleibt es. Deshalb brauchen wir weitere Standorte. Wir brauchen diese Plätze, um den mindestens sechswöchigen Aufenthalt in der Erstaufnahme zu gewährleisten, um den Kommunen Zeit zu geben, sich vorzubereiten, aber auch, um medizinische Versorgung, Erstinformation und notwendige erste Betreuung überhaupt möglich zu machen. Da sind die Zeiten heute viel zu kurz und für alle Beteiligten überhaupt nicht hinreichend.

Ich freue mich, dass es gestern Abend ein sehr konstruktives und gutes Gespräch des Innenministers mit den Vertretern der Hochschulstädte über die Frage gegeben hat, welchen Beitrag sie dazu leisten können, die vor uns liegenden Herausforderungen bestmöglich anzunehmen. Es war ein gutes Gespräch. Ich bin sicher, wir werden darauf sehr schnell und zielgenau aufbauen können.

Wir sind mit den Kommunen im Gespräch, zu hinterfragen, wo wir auf Landesliegenschaften Raum schaffen können. Wir reden mit den Kommunen, um auch dort Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge zu ermöglichen.

**(Ministerpräsident Torsten Albig)**

Die Standards für die Versorgung der Flüchtlinge werden wir nicht relativieren. Allerdings müssen wir die Standards bei der Unterbringung in der aktuellen Lage anpassen. Das werden wir auch tun. In der warmen Jahreszeit wird es Zelte geben müssen. Es wird auch Wohncontainer als ganzjährige Option geben. Nur so können wir schnell und zielgenau handeln.

Unser Dank - ich bin sicher, es ist der Dank des ganzen Hauses - gilt all den Kommunen, die sich im Augenblick mit großem Eifer und mit großem Bürgersinn auf den Weg machen, um zu helfen, die neue Unterkünfte einrichten und die sich bürgerschaftlich vorbildlich um Flüchtlinge kümmern. Wir helfen den Kommunen beim Lösen ihrer **Wohnraumprobleme**. Mit unserem Programm zur Wohnraumförderung für Flüchtlinge bei der Investitionsbank stellen wir 20 Millionen € bereit. Darüber hinaus sind je 1,5 Millionen € für dezentrale Unterkünfte der Ämter und amtsfreien Gemeinden sowie für anerkannte Gemeinschaftsunterkünfte der Kreise im Haushalt veranschlagt. Wir bleiben natürlich bei der Vereinbarung, dass wir den Kommunen 70 % aller Kosten von der Hand halten.

Um Zuwanderung besser zu steuern, wollen wir die Kreise auch beraten. Wir sind offen, falls sie eine Verteilungsregelung möchten, die sich nicht allein an der Einwohnerzahl orientiert. Viele melden sich - das sind engagierte und kluge Bürgermeisterinnen und Bürgermeister - und sagen: Wir sind zwar klein, aber wir würden uns über Familien mit Kindern freuen, in Nordfriesland oder in Dithmarschen. Denn wir haben Raum. Jetzt brauchen wir nur noch jemanden, der hier baut. Wir sagen ein herzliches Willkommen und machen es nicht wie in manchen Orten im Osten Deutschlands, wo auf den Ortseingangsschildern steht „Ausländer nicht erwünscht“. Bei uns steht: „Wir freuen uns auf euch“.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Von zentraler Bedeutung für eine gelingende Integration ist, dass wir während des Asylverfahrens Zugang zu Sprache, medizinischer Versorgung und Zugang zu Arbeit schaffen. Es ist gut, dass wir im vergangenen Jahr als Land eine Integrations- und Migrationsstrategie beschlossen haben. Jetzt zeigt sich, wie dringend wir sie brauchen. Jetzt müssen wir in Schleswig-Holstein unsere Strukturen den notwendigen Bedarfen anpassen.

Wir wissen aus den bisherigen Erfahrungen: Bis zu einem Drittel der Flüchtlinge sind **Kinder und Jugendliche**. Die ganz Kleinen müssen wir in den

Kindergärten an die Hand nehmen. Hier unterstützen wir die Kommunen mit jährlich 4 Millionen € und noch einmal mit 2 Millionen € für Sprach-Intensivförderung. Wenn wir von bis zu 20.000 Flüchtlingen ausgehen, dann müssen wir mit rund 6.000 zusätzlichen Schülerinnen und Schülern rechnen. Das bedeutet: Wir brauchen schlichtweg mehr Lehrerinnen und Lehrer in allen Klassenstufen - nicht nur bei Deutsch als Zweitsprache -, um dies zu ermöglichen. Deshalb werden wir den Personalabbaupfad bei den Lehrkräften noch einmal abmildern und zum Schuljahr 2015/2016 zusätzlich 240 Lehrer einstellen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir finanzieren dies aus der bislang zugesagten Unterstützung des Bundes. Den dafür notwendigen Nachtragshaushalt werden wir natürlich so schnell wie möglich auf den Weg bringen.

Wir werden auch die **Sprachförderung** an den Schulen entsprechend ausweiten. Für Deutsch als Zweitsprache haben wir 295 Planstellen in allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen vorgesehen.

(Zuruf)

- Sehen Sie, Herr Kollege, so geht das. Es wäre aber auch ohne Forderung gegangen. Denn sonst kommen wir nicht an Stellen. Wir wollen, dass diese Lehrerinnen und Lehrer tatsächlich eingestellt werden. Genauso hatten wir diesen Bereich mit dem aktuellen Haushalt bereits um 125 Stellen für Deutsch als Zweitsprache verstärkt.

Das IQSH bietet Qualifizierungen und Fortbildungen an. Es ist eine Freude zu sehen, wie viele Lehrerinnen und Lehrer sich finden und sagen: Ich will fortgebildet werden und diese Herausforderung annehmen. - All diese Kolleginnen und Kollegen leiden nicht an Arbeitsmangel. Sie haben aber ein Verständnis dafür, dass sie jetzt an der Seite dieser Menschen stehen. Unser Dank gilt auch diesen Lehrerinnen und Lehrern. Ich bin zuversichtlich, dass wir den Bedarf an DaZ-Kräften, an Kräften für Deutsch als Zweitsprache, tatsächlich werden decken können.

Ergänzend zur Sprachförderung im Unterricht haben wir im Haushalt 2 Millionen € für die Förderung am Nachmittag, in den Ferien und für Hilfen zum Berufseinstieg bereitgestellt.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**(Ministerpräsident Torsten Albig)**

Meine Damen und Herren, es ist gut zu sehen, dass auch die Volkshochschulen und viele andere Fortbildungseinrichtungen einen Ansturm von Menschen erleben, die Deutsch lernen wollen. Auch das zeigt die Bereitschaft, hier anzukommen, Teil von Gesellschaft zu werden, sich nicht in Parallelwelten zurückzuziehen. Dies muss unterstützt werden. Dies wollen und werden wir unterstützen.

Aber vor allem gilt unser Dank all denen, die sich auf den Weg machen, sich in Schleswig-Holstein privat, bürgerlich der Menschen anzunehmen, Deutsch zu unterrichten, ohne Lehrerin oder Lehrer zu sein, ihnen im Asylverfahren helfen, die zu Anwälten, Behörden und Ärzten begleiten und die sich um Arbeitsangebote kümmern, damit Menschen überhaupt eine Chance haben, aus dem Nichtstun herausgeholt zu werden. Unser Dank gilt all diesen **Bürgerinnen und Bürgern**, all diesen wahren Mitmenschen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Mit den im Haushalt eingestellten Mitteln für **Flüchtlingslotsen** unterstützen wir auch das.

Wir sind dabei, die **Gesundheitskarte** für Flüchtlinge in unserem Land zu implementieren. Wir reden mit den kommunalen Landesverbänden und den Kassen über eine Landeslösung für die Gesundheitskarte. Wir hoffen und erwarten, dass der Bund eine unterstützende gesetzliche Regelung vorbereitet. Denn die Vorteile einer Gesundheitskarte - Sie sehen es in Hamburg und Bremen - liegen auf der Hand: Asylbewerber werden nicht mehr für jeden Behandlungsanlass einen Krankenschein vom Sozialamt holen müssen. Die Kosten im Krankensystem werden sinken, weil nicht mehr privat abgerechnet wird, sondern über die Kassen. Die Gesundheitskarte reduziert den Aufwand bei den Kommunen massiv.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Natürlich bleibt es auch hier bei der 70-zu-30-Regel, alle Seiten, meine Damen und Herren, wollen und werden die offenen Fragen möglichst zeitnah klären.

Der dritte wichtige Punkt ist **Arbeit**. Hier gilt es, noch einmal verstärkt darauf hinzuweisen, wo immer wir es können, dass wir seit dem vergangenen Jahr veränderte Regelwerke haben: Nach drei Jahren darf jede und jeder, der Asyl sucht oder der geduldet ist, bei uns arbeiten. Er darf arbeiten. Das ist bei vielen noch nicht angekommen, weder bei den

Jobcentern noch bei den Menschen selber. Wir müssen diese Chance ergreifen, den Menschen den Weg zur Arbeit zu eröffnen, und den Unternehmen und den Mittelständlern zeigen, da können Menschen sein, die genau zu euch passen. Wir müssen sie zusammenbringen.

Wir müssen all die kleinen Fragen - haben sie eigentlich ein Konto, und wie kommen sie zur Arbeit? - miteinander lösen. Aber ich bin ganz sicher: Mit unseren Mittelständlern, mit unseren Jobcentern und mit allen vor Ort werden wir das hinbekommen. Denn wir wissen, wie lang Verfahren sind, wie lang sie dauern, und wir wissen, dass die, die in Arbeit sind, solche Verfahren in Würde aushalten können. Wenn sie einfach nur stumpf warten müssen, sind das unfassbar schwere Zeiten. Wer Arbeit hat, der kann in Würde teilhaben. Er trägt übrigens auch zum Wohlstand in unserem Land bei. Wir können damit erreichen, dass wir aus Sozialleistungsempfängern Beitragszahlerinnen und -zahler machen. Das muss gestärkt werden. Wir alle miteinander müssen die erst seit dem vergangenen Herbst geltenden Regeln so verinnerlichen und so leben, dass sie angewandt werden.

Deshalb bin ich froh, meine Damen und Herren, dass sich immer mehr Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner - viele sehe ich hier - in Initiativen in unseren Städten und unseren Dörfern aufmachen. Ich habe es eben bereits angesprochen. Es sind genau die richtigen Antworten, wenn jemand wie der Bürgermeister von Neukirchen, Peter Ewaldsen, sich auf einen solchen Weg macht und sagt: Kommt zu mir! Ich weise Baugebiet aus. Jetzt lasst uns eine Baugesellschaft finden, damit wir bei uns im Ort Kinder haben. - Wir sind ihnen zu Dank verpflichtet.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, vereinzelt CDU und FDP)

Wir wollen und müssen all diese Kräfte unserer Gesellschaft bündeln. Ich will, dass wir ein Bündnis der Humanität miteinander schließen. Das ist die Erwartung dieser Tage. Wir brauchen einen gesellschaftlichen Pakt der Politik, der Wirtschaft, der Kirchen, der Sozialverbände, der Flüchtlingsverbände, der Wohnungswirtschaft, unseres Mittelstandes - wir alle müssen zusammenwirken, um dieser Herausforderung gerecht zu werden. Gemeinsam mit dem Innenminister werde ich im Mai alle gesellschaftlichen Akteure zu einer **Flüchtlingskonferenz** einladen. Bis dahin werden wir in der Lage sein, die in den Monaten gewonnenen Erfahrungen zu bewerten und eine erste Zwischenbilanz zu ziehen. Bis dahin haben unsere Maßnahmen

**(Ministerpräsident Torsten Albig)**

des Aufnahme- und Integrationsverfahrens schon gegriffen und uns besser und erfolgreicher gemacht, sodass wir noch humaner, noch erfolgreicher und noch effektiver sein können. Dieses Bündnis muss die Botschaft des heutigen Tages sein.

Zum heutigen Tag gehört aber auch der Hinweis - auch das will und sollte hier nicht verschwiegen werden -, dass zu dieser humanitären Grundhaltung, die wir haben, auch ein respektvoller Umgang mit den erforderlichen Fällen der Abschiebung gehört; denn klar ist: Wenn die Ausreise nach einem abgelehnten Asylantrag nicht freiwillig erfolgt, dann bleibt auch in Zukunft nur das Mittel der Abschiebung. Eine Rückkehr in Sicherheit und Würde ist für uns oberstes Gebot. Wir stehen zum **Winterabschiebestopp**. Es wird den Winterabschiebestopp auch in diesem Jahr wieder geben.

(Beifall SPD, SSW, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall Angelika Beer [PIRATEN])

Bitte lassen Sie uns miteinander keine Scheingegefechte führen. Wir wissen, dass wir mit dieser bundesrechtlich zulässigen Entscheidung des Landes vor allem Haltung zeigen, eine Haltung, Menschen nicht zu verunsichern, sie nicht in Angst zu bringen. Aber wir wissen auch - das zeigen alle Zahlen -, dass es woanders faktisch kaum mehr Abschiebung gibt.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ist es!)

Die Zahlen belegen das eindrucksvoll. Mit den Säbeln wird gerasselt, um irgendetwas zu zeigen. Ich frage mich: Warum müssen wir das auf Kosten von Menschen in Not und Angst zeigen?

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Aber bis zum Beginn der Wintermonate werden wir abschieben, wenn im Einzelfall geklärt ist: Eine **Rückkehr in Sicherheit und Würde** ist möglich.

Erlauben Sie mir noch einige Worte zu der steigenden Zahl der Menschen, die aus dem Kosovo zu uns kommen. Es kann gar keinen Zweifel geben, dass diesen Menschen vernünftig nur geholfen werden kann, wenn wir die ökonomischen Probleme im **Kosovo** und des Kosovo lösen. Wenn die **Mittelschicht** dort dauerhaft flüchtet, dann wird dieses Land zusammenbrechen und keine Chance haben, sich jemals wieder aufzurichten. Auch hier hilft es übrigens nicht, so zu tun, als ob die möglichst schnelle Abschiebung gerade dieser Menschen bei uns Probleme lösen würde. Zum einen - auch das

sagen alle Zahlen - liegen bei weit über einem Drittel der aus dem Kosovo kommenden Menschen Abschiebehindernisse vor, trotz der niedrigen Anerkennungquote. Auch das wissen wir alle, und das sollten wir in den Debatten bitte nicht verschweigen. Zum anderen ist die Unterstellung, die Menschen aus dem Kosovo seien vor allem unterwegs in das deutsche Sozialtransfersystem, genauso falsch, wie diese Unterstellung bei den Menschen aus Bulgarien und Rumänien falsch war. Dort macht sich ein leistungswilliger, ein leistungsbereiter Mittelstand auf den Weg, der nicht in unser Sozialsystem, sondern in unser Wirtschaftssystem will. Das ist übrigens ein Grund mehr, warum wir das Problem im Kosovo lösen müssen, obwohl wir rein ökonomisch gar kein Interesse daran haben können. Rein ökonomisch, aus deutscher Sicht betrachtet, tragen diese Menschen ebenso wie Bulgaren und Rumänen zu Wohlstand bei uns bei. Das kann auf Dauer aber keine europäische Antwort sein, weil wir dann ein zerfallendes und zerbrechendes Europa hätten. Deswegen muss die Antwort anders lauten.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das Beispiel Kosovo zeigt, dass wir als Land wenig Einfluss auf solche Entscheidungen haben. Deswegen müssen wir an dieser Stelle auch Forderungen an den Bund richten. Wir müssen erwarten, dass die **Asylverfahren** im Bund **schneller bearbeitet** werden. 180.000 Verfahren stauen sich mittlerweile im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge auf. Das führt bei den Kommunen und den Ländern zu großen Problemen und zu vielen Kosten. Mehr Personal und die Einrichtung von BAMF-Außenstellen in allen Erstaufnahmeeinrichtungen der Länder wäre eine Lösung.

Wir erwarten auch, dass sich der **Bund** strukturell an den **Kosten der Fluchtaufnahme** beteiligt. Länder und Kommunen müssen entlastet werden. Wir reden hier über nicht weniger als eine nationale, am Ende eine europäische Aufgabe. So zu tun, als sei das eine Aufgabe, die man im Rahmen des Länderfinanzausgleichs oder des kommunalen Finanzausgleichs lösen könne, ist abwegig. Dieses Problem muss auf nationaler Ebene gelöst werden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Unsere herzliche Bitte an den Bund lautet: Macht es uns nach, und macht euch bei den Zahlen ehrlich. Heute wurde die aktuelle Schätzung des BAMF für Schleswig-Holstein vorgelegt. Danach

**(Ministerpräsident Torsten Albig)**

geht man für das Jahr 2015 von 8.500 Flüchtlingen aus. Bis heute sind es in 2015 aber schon fast 2.000. Wie soll man mit solchen Zahlen arbeiten? Das führt nur zu Problemen und zu einer Erratik, die die Menschen nicht begreifen werden.

Der Bund kann viel tun: Er kann die die Kosten der Gesundheitsversorgung übernehmen, eine adäquate Regelung für unbegleitete Minderjährige schaffen, die berufsbezogene Sprachförderung ausbauen, den Zugang zur Ausbildung und Arbeit für Asylsuchende weiter verbessern, den Zugang zu psychotherapeutischen Behandlungen erleichtern oder Wohnungsbauprogramme auflegen. An all diesen Stellen zeigt sich, ob er der **nationalen Aufgabe** gerecht wird und sie als solche begreift.

Wir in Schleswig-Holstein begreifen diese Herausforderung; da bin ich sicher. Wir sehen, dass immer mehr Menschen aus ihrer Heimat fliehen müssen. Sie fliehen nicht, weil sie das gerne tun, sondern weil sie in Not und Elend sind. Wir nehmen als Land, als Schleswig-Holstein diese Herausforderung an.

Escheburg hat, wenn es denn nötig war, noch einmal wachgerüttelt: kein Hass bei uns, keine Ausgrenzung! Wir sind ein friedliches Land, eines, das zusammenhält. Wir wollen, dass sich die **Flüchtlinge** bei uns wohlfühlen, dass sie hier zu Hause sein können. Wir stellen uns als Land auf die steigende Zahl der Flüchtlinge ein. Wer immer dabei mithelfen will, ist herzlich willkommen. Wenn nur jeder Hundertste Schleswig-Holsteiner beziehungsweise jede Hundertste Schleswig-Holsteinerin mitmacht, haben wir 30.000 Paar helfende Hände, die uns bei dieser Aufgabe unterstützen wie der pensionierte Lehrer in Achterwehr, der sich heute Morgen um 10 Uhr auf den Weg gemacht hat, um Deutsch zu unterrichten, wie die Kollegin im Sozialministerium, die heute Mitarbeiter um gebrauchte Winterschuhe und Kleidung gebeten hat, oder die Frau in Lübeck, die heute einen Flüchtling bei seinem Behördengang ins Rathaus begleitet.

970 Menschen warten in unserer Erstaufnahmeeinrichtung Neumünster auf eine bessere Zukunft für sich und ihre Familien. Zeigen wir ihnen heute gemeinsam: Wir kümmern uns um euch. Ihr seid nicht vergessen. Ihr seid nicht allein. Ihr seid uns willkommen, übrigens nicht nur, weil ihr uns braucht, sondern auch, weil wir längst begriffen haben und als Gesellschaft wissen, dass wir keine Zukunft hätten, wenn wir uns aus Angst vor dem Fremden auf uns selbst zurückziehen würden.

Wir werden diese Herausforderung meistern. Nicht in erster Linie, weil wir reich genug sind, sondern weil wir Schleswig-Holstein sind: offen, barmherzig und dem Menschen zugewandt. - Vielen herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Ministerpräsident hat die vereinbarte Redezeit um 11 Minuten überzogen. Jede Fraktion hat jetzt 31 Minuten Redezeit. Da der Oppositionsführer eine Erwiderung machen möchte, werden wir jetzt im weiteren Verfahren so debattieren, dass die Fraktionen in der Reihenfolge ihrer Größe zu Wort kommen. Ich bitte die Antragsteller, wenn Sie Ihre 31 Minuten Redezeit nutzen, den Antrag entsprechend zu begründen.

Wir beginnen jetzt mit dem Oppositionsführer. Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende, der Abgeordnete Daniel Günther.

**Daniel Günther [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, wir sind uns in dem Lob für die **Willkommenskultur**, die es bei uns in Schleswig-Holstein gibt, einig. Die Hilfsbereitschaft ist enorm.

(Beifall CDU, FDP, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Überall in unserem Land haben sich Runde Tische formiert, um die Hilfe für Flüchtlinge zu koordinieren. Überall unterstützen Ehrenamtler die Neuankömmlinge bei ihrem Start in Schleswig-Holstein. Sie kaufen mit ihnen ein, fahren mit ihnen zu Arzt, bringen ihnen Deutsch bei und unterstützen sie bei Behördengängen. Viele Schleswig-Holsteiner haben bereits Geld und Sachgüter gespendet. Die Kirchen, die Sozialverbände und die Ehrenamtsbüros koordinieren vielerorts die ehrenamtlichen Hilfen für Flüchtlinge. 80 % aller Hilfen werden ehrenamtlich geleistet. Diesen Menschen sind wir zu besonderem Dank verpflichtet.

(Beifall CDU, SPD, FDP und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir können das gesamte Land durchgehen. In allen Ecken unseres Landes gibt es diese **Hilfsbereitschaft**. Das ist beispielsweise in Rellingen der Fall, wo eine Initiative funktionsfähige Fahrräder zur Verfügung stellt, um Flüchtlinge mobil zu machen.

(Daniel Günther)

In Damp gibt es ein Patenprogramm, bei dem Freiwillige Flüchtlinge im Alltag unterstützen. In Lübeck wird gerade mit der Unterstützung durch Ehrenamtliche und fleißige Spender eine Kleiderkammer für Flüchtlinge eingerichtet. Im Kreis Segeberg bringen pensionierte Lehrer Flüchtlingskindern Deutsch bei. Diese große Hilfsbereitschaft ist gar nicht hoch genug einzuschätzen.

Der **Brandanschlag in Escheburg** ist durch nichts zu rechtfertigen. Es ist richtig, dass wir das alle gemeinsam verurteilt haben. Ich finde allerdings, dass die Aufmerksamkeit in unserem Land auf diejenigen gerichtet sein sollte, die so vorbildlich arbeiten. Schleswig-Holstein ist kein Einzelfall, wie dies in martialischer Sprache dargestellt worden ist. Ich finde, damit lenkt man davon ab, wie viel Aufnahmebereitschaft und wie viel positives Engagement es in Schleswig-Holstein gibt. Das ist Schleswig-Holstein, aber nicht diese einzelne Tat eines Idioten.

(Beifall CDU)

Ich sage allerdings auch, Herr Ministerpräsident: Das einzige, was diese Willkommenskultur gefährden kann, ist die Untätigkeit dieser Landesregierung.

(Beifall CDU und FDP)

Ich sage das deshalb an dieser Stelle, Herr Ministerpräsident, weil Sie mit vielem, was Sie vorhin gesagt haben, vielen Menschen aus dem Herzen sprechen. Ich frage mich aber, was die Kommunen und die Flüchtlinge von diesen warmen Worten haben, wenn Sie auf der anderen Seite nichts dafür tun, dass der **Flüchtlingsstrom** nach Schleswig-Holstein in **vernünftige Kanäle** geleitet werden kann. Das ist Ihre Verantwortung als Ministerpräsident, und dazu haben Sie so gut wie überhaupt nichts gesagt.

(Beifall CDU und FDP - Zurufe SPD)

Liebe Eka von Kalben, Sie haben vor anderthalb Jahren zu Recht gewarnt - ich zitiere -:

„Die bevorstehenden Herausforderungen bergen auch die Gefahr, dass wieder Ressentiments bedient werden, dass ausländerfeindliche Rhetorik auch in der Mitte der Gesellschaft wieder zunimmt. Die Ressentiments, die viele pflegen, bedienen einen gefährlichen Diskurs. Das wollen wir nicht.“

Auch vor diesem Hintergrund und um genau das zu vermeiden, haben wir im September 2013 auf Antrag der CDU-Fraktion einen gemeinsamen Antrag

beschlossen, mit dem die Landesregierung - vor anderthalb Jahren! - aufgefordert worden ist, ein entsprechendes Konzept vorzulegen. Damit Sie sich daran erinnern, lese ich Ihnen einmal aus dem Antrag vor, den wir gemeinsam beschlossen haben:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, die Kommunen bei der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen aktiv zu unterstützen und in Zusammenarbeit mit den Kommunen ein kurzfristig wirkendes und dauerhaft einsetzbares Konzept zu entwickeln und fortzuschreiben, das die Unterbringung von Flüchtlingen in Schleswig-Holstein sichergestellt.“

In der Begründung heißt es:

„Die Aufnahmekapazitäten der Zentralen Erstaufnahmeeinrichtung in Neumünster sind weitgehend ausgeschöpft, ebenso drohen in den Kommunen Kapazitätsengpässe.“

Soweit der Antrag vom September 2013! Andert-halb Jahre später stellt sich der Ministerpräsident hier kurzentschlossen hin und gibt einen mündlichen Bericht über das, was in den vergangenen anderthalb Jahren versäumt worden ist. Das ist das, was wir heute gemeinsam erleben.

(Beifall CDU und FDP)

Ich kenne das so: Wenn wir Aktuelle Stunden beantragen, wenn wir Dringlichkeitsanträge stellen, dann ist irgendetwas Aktuelles passiert, womit man die Dringlichkeit begründen muss. Ich frage mich: Was ist denn zwischen Antragstellung und vergangenem Montag in diesem Bereich passiert, sodass eine so **kurzfristige Anmeldung** einer **Regierungserklärung** überhaupt vonnöten gewesen wäre? Welcher Presseartikel, den Sie irgendwo in der Zeitung gelesen haben, hat denn veranlasst, dass Sie heute diese Regierungserklärung abgeben? Wir reden über dieses Thema schon sehr viel länger.

Ich nenne Ihnen ein Beispiel, um zu zeigen, mit welcher heißen Nadel das alles gestrickt ist. Sie lobten vorhin das Hochschulgespräch, das gestern Abend stattgefunden hat. Jetzt sage ich Ihnen einmal, wie die Empfindungen derjenigen sind, die dort eingeladen worden sind.

Der **Hochschulgipfel** fand gestern um 19 Uhr statt. Die Einladung dazu hat der Herr Innenminister ausgesprochen. Gestern Mittag wurden die Hochschulpräsidenten sowie die Oberbürgermeister und Bürgermeister der Standortgemeinden ins Innenministerium zitiert.

(Daniel Günther)

(Zuruf CDU: Unglaublich!)

Die haben sich auch gefragt: Was ist denn so dringlich? Was muss denn gemacht werden? - Das Bild, das die Landesregierung an diesem Abend abgegeben hat, war eher ein Bild des Jammers und der Hoffnungslosigkeit.

(Beifall CDU und FDP)

An diesem Abend wurde die Bitte geäußert, **Hochschulflächen für Asylbewerberheime** zur Verfügung zu stellen, weil der Ministerpräsident zu Recht gesagt hat, dass Neumünster und Boostedt nicht mehr ausreichen. Jetzt müssen die Plätze in den Hochschulen genutzt werden. Die Begründung dafür ist: Da sind so viele freie Flächen. Weil wir zu wenig Geld haben, um dort Investitionen zu tätigen, können wir doch die Flächen für Flüchtlinge nutzen.

(Zuruf SPD)

- Nein. Das ist gestern genauso gesagt worden. Jeder hat sich gestern Abend gefragt, welchen anderen Grund es für die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten am nächsten Tag im Landtag eigentlich gegeben hat, um all diese Leute nach Kiel zu zitieren. Dort ist nichts vorgestellt worden. Alle haben sich gefragt, was die Landesregierung mit diesem Treffen erreichen wollte.

(Beifall CDU und FDP)

Herr Albig, das macht offenkundig: Sie haben schlicht und ergreifend Ihren Kompass verloren, auch in der Flüchtlingspolitik.

(Zurufe SPD)

Offensichtlich weiß bei Ihnen die eine Hand nicht, was die andere tut. Anfang dieser Woche hieß es aus Koalitionskreisen noch, Sie würden 6 Millionen € zusätzlich für die **Unterbringung von Flüchtlingen** bereitstellen. Gestern Abend hieß es vom Innenminister, ihm sei davon nichts bekannt. Heute Morgen hieß es vom Innenminister noch, im Jahr 2015 gebe es 10.000 neue Asylbewerber.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Haben Sie eigentlich auch inhaltlich etwas beizutragen?)

Über Nacht sind daraus plötzlich 20.000 Menschen geworden. Da weiß die eine Hand nicht, was die andere tut. Herr Ministerpräsident, Sie haben in Bezug auf Dänemark gesagt, die Zeit des Redens sei vorbei. Jetzt beginne die Zeit des Handelns. In der **Flüchtlingspolitik** ist jedoch schon seit anderthalb Jahren die **Zeit des Handelns**, aber nicht des Re-

dens. Darauf warten die Menschen in Schleswig-Holstein.

(Beifall CDU und FDP)

Weil Sie das immer so schön ärgert, will ich zwei Zitate aus der Landtagsdebatte vom September 2013 vortragen. Serpil Midyatli, Abgeordnete der SPD-Fraktion, sagte im September 2013:

„Die Situation der Unterbringung wird sich in den nächsten Monaten nicht entspannen ...“

Weiter sagte Sie:

„Wir wissen, was passieren kann, wenn wir uns jetzt nicht für eine gemeinsame Lösung von Land und Kommunen einsetzen. ... Jetzt muss gehandelt werden, um eine menschenwürdige Unterbringung sicherzustellen.“

Das war im September 2013. Anders als die regierungstragenden Fraktionen hat die Landesregierung von diesem Handlungsdruck scheinbar überhaupt nichts gespürt. Zu dieser Zeit hat der Innenminister noch gesagt: Der Vorwurf, der Anstieg der Flüchtlingszahlen sei schon Anfang dieses Jahres erkennbar gewesen, ist nicht nur falsch, sondern auch kontraproduktiv. - Das sagte der Innenminister dieser Landesregierung, obwohl die regierungstragenden Fraktionen zu diesem Zeitpunkt im Parlament genau das Gegenteil gesagt haben. Sie waren offensichtlich besser im Bilde als diese Landesregierung. Das ist Ihnen offenkundig ziemlich peinlich.

(Beifall CDU)

Die Probleme, vor denen Schleswig-Holstein in der Flüchtlingspolitik steht, rühren allein daher, dass der Landtagsbeschluss nicht umgesetzt worden ist. Auch die Gesundheitskarte wird das Problem der Unterbringung nicht lösen. Es wird stets mit dem Zeigefinger nach **Berlin** verwiesen. In jeder Debatte heißt es, Berlin müsse alles machen. Dass aber vielleicht auch einmal in **Kiel** gehandelt werden kann, das vergessen Sie dabei immer, Herr Ministerpräsident.

(Beifall CDU und FDP)

Jetzt deklinieren wir einmal durch, was diese Landesregierung hätte tun können. Die **Erstaufnahme-einrichtung** in Neumünster stößt an ihre Kapazitätsgrenzen. Das war seit 2013 absehbar. Baumaßnahmen sind dort viel zu spät durchgeführt worden.

Die **Außenstelle in Boostedt** steht immer noch nicht zur Verfügung. Sie können immer noch nicht sagen, ab wann in Boostedt Flüchtlinge unterge-

(Daniel Günther)

bracht werden können. Das konnte immer noch nicht gemacht werden.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielen Dank für die Unterstützung!)

Wenn ich dann sehe, wie lange Sie für Boostedt gebraucht haben, und wenn Sie heute ankündigen, wir brauchten 4.000 Plätze in Schleswig-Holstein, während Sie überhaupt noch nicht wissen, wo im Land dies möglich ist, dann frage ich mich: Bis wann wollen Sie denn diese Einrichtung fertiggestellt haben, wenn Sie für Boostedt schon über ein Jahr gebraucht haben? Das werden Sie doch überhaupt nicht auf die Reihe bekommen.

(Beifall CDU und FDP)

Schön finde ich auch, immer Richtung Bund zu sagen, er müsse jetzt Bundesliegenschaften zur Verfügung stellen.

(Zuruf Birgit Herdejürgen [SPD])

- Nein, wir sind da gemeinsam der gleichen Auffassung.

(Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh!)

Aber, Frau Herdejürgen, wir sind mit Ihnen hoffentlich der Auffassung, dass Landesliegenschaften an erster Stelle auch dafür genutzt werden können. Daher ist doch in diesen Bereichen überhaupt nichts gemacht worden.

(Beifall CDU und FDP - Zurufe SPD)

Schauen Sie sich doch Eutin an, wo Flüchtlinge gemeinsam mit Obdachlosen in alten Baracken am Rande des Industriegebiets untergebracht werden müssen, obwohl das Polizeibezirksrevier und die ehemalige Außenstelle des Amtes in der Stadt leer stehen. Diese Realität haben wir doch hier zu beklagen.

Wenn ich dann höre, dass die **Landesbauordnung** geändert werden soll, frage ich mich: Wie lange hören wir es in diesem Parlament schon, dass das gemacht werden soll, damit sich die Kommunen um Einrichtungen bemühen müssen? Heute gab es wieder kein einziges Wort davon, sondern immer wieder nur Ankündigungen. Das muss jetzt passieren, Herr Ministerpräsident!

(Beifall CDU und FDP)

Der Bund macht übrigens eine ganze Menge für die Länder; darauf möchte ich auch einmal verweisen. 1 Milliarde € werden zur Verfügung gestellt.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Auf unseren Druck hin, Herr Kollege! Auf unseren Druck hin!)

17 Millionen € gibt es allein für Schleswig-Holstein, und diese Vereinbarung ist keine drei Monate alt.

Ich sage Ihnen: Beim Thema Wintererlass haben Sie Vereinbarungen unterlaufen, an denen die Landesregierung mitgewirkt hat. Als Partner ist Schleswig-Holstein schlicht und ergreifend unzuverlässig.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Genau! - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Die CDU würde strammer abschieben, wollen Sie das damit sagen? - Weitere Zurufe)

- Ich sage Ihnen nur, dass die Moratorien, die Sie durch den **Wintererlass** eingeführt haben, die Situation in Schleswig-Holstein schlicht und ergreifend noch verschärfen.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Dann sagen Sie mal, was die CDU jetzt gemacht hätte! - Zuruf SPD: Sie hätte stramm abgeschoben!)

- Nein.

(Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Ich glaube, dass es Ihnen peinlich ist, dass Sie das alles nicht auf die Reihe bekommen.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das ist nicht peinlich!)

Das müssen Sie sich in diesem Parlament schon anhören.

(Beifall CDU und FDP - Lebhafter Widerspruch SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage beziehungsweise Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Harms?

**Daniel Günther [CDU]:**

Nein, der Kollege Harms hat nachher die Gelegenheit, auf meinen Redebeitrag zu reagieren.

(Zurufe SPD: Oh!)

- Sie wollen von mir hören, was die CDU anders machen will, dann können Sie sich auch so lange gedulden.

(Daniel Günther)

(Beifall CDU - Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja! - Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Kommunen lassen Sie finanziell im Regen stehen, denn Sie wissen ja, dass der Bund beziehungsweise das Bundesamt sehr deutlich erklärt hat, dass in den Ländern Schleswig-Holstein und Thüringen die Verfahren jetzt nachrangig behandelt werden, weil sie sagen: Wenn die sowieso nicht abschieben, nehmen wir natürlich die Bundesländer in Deutschland, die solche Wintererlasse nicht gemacht haben.

(Zuruf SPD: Nicht nur immer Bund, Bund, Bund!)

Darunter leiden nicht nur die Kommunen, sondern darunter leiden auch die Flüchtlinge, weil die Asylverfahren nicht geändert werden.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist so nicht wahr!)

Wenn der Ministerpräsident sagt, dass sie arbeiten können, merke ich an: Das können sie erst, wenn die Verfahren beendet werden. Das ist doch Ihr Versäumnis.

(Beifall CDU - Zurufe SPD)

Wenn ich dann immer Ihre Worte höre, die Kompromisse auf Bundesebene, die Herr Kretschmann ausgehandelt hat, seien sozusagen mit der Tinte aus dem Gefrierschrank gemacht,

(Heiterkeit Dr. Heiner Garg [FDP])

sage ich Ihnen mit Blick darauf, dass Sie es so schlimm fanden mit den sicheren Herkunftsländern: In Ihrer Zeit als Ministerpräsident ist aus diesen **sicheren Herkunftsländern** jeder **Asylantrag** abgelehnt worden. Die Anerkennungsquote in Schleswig-Holstein liegt bei 0 %. Dann machen Sie anderen Bundesländern den Vorwurf und werfen ihnen Herzlosigkeit vor? Aber Sie machen das Gleiche in Schleswig-Holstein - nur ohne sicheres Herkunftsland. Wo ist denn das besser, Herr Ministerpräsident?

(Beifall CDU und FDP - Widerspruch Ministerpräsident Torsten Albig)

Ihre Regierungserklärung, Herr Ministerpräsident, hat heute wenig bis keine neuen Erkenntnisse gebracht, außer dass sich die Zahl der Flüchtlinge über Nacht verdoppelt hat. Wir hätten von Ihnen mehr erwartet.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Von Ihnen nicht!)

Das hätten übrigens auch die Ehrenamtler, die dort tätig sind, von Ihnen erwartet. Denn ohne sie würden die zahlreichen Hilfen vor Ort nicht funktionieren.

Herr Ministerpräsident, Sie sollten Ihre Augen-zu-und-durch-Politik hier nicht fortsetzen. Denn, ehrlich gesagt, Ihren **Flüchtlingsgipfel** - dafür hätte es kein Wintermoratorium geben müssen - hätten Sie ruhig im Winter und nicht erst im Mai durchführen können. Herr Ministerpräsident, das ist aus meiner Sicht viel zu spät.

(Beifall CDU und FDP)

Wir als CDU werden übrigens im März schon einen eigenen Flüchtlingsgipfel machen, um Ihnen einmal zu zeigen, wie es anders geht.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Ist das ein Abschiedsgipfel, oder was machen Sie da? - Weitere Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Aber das Ziel muss doch sein - dafür setzen wir uns als CDU ein -, dass die **Flüchtlinge** wieder sechs Wochen in der **Erstaufnahmeeinrichtung** bleiben können, damit die Kommunen sich eben nicht Knall auf Fall um die Flüchtlinge kümmern müssen.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hat der Ministerpräsident gerade eben gesagt! Genau das Gleiche!)

- Sie sehen doch, wie viel getan wird, um diese Erstaufnahmeeinrichtungen zu machen. Nichts liegt heute auf dem Tisch. Es gab einen **Notgipfel mit den Hochschulen**, bei dessen Gespräch niemand von der Landesregierung wusste, wie viel Fläche überhaupt gebraucht wird. Ansonsten liegt heute nichts Konkretes vor. Wir haben die Regierungserklärung doch nicht angemeldet, sondern das hat der Ministerpräsident getan. Wir haben ihn nicht dazu gezwungen. Wenn er im März dazu hätte etwas vorlegen können, wäre es doch in Ordnung gewesen.

(Beifall CDU und FDP - Zurufe SPD)

Sie müssen **Kapazitäten** schaffen. Sie müssen die Kommunen endlich unterstützen, damit diese auf unbürokratischem Weg vor Ort ausreichende **Unterbringungsmöglichkeiten** schaffen können. Wir brauchen Mechanismen, die flexible Verteilungsmöglichkeiten auf die Kommunen ermöglichen - natürlich unter Berücksichtigung des finanziellen Ausgleichs.

**(Daniel Günther)**

Ich sage Ihnen: Wir brauchen auch mehr Anstrengungen bei der psychologischen und psychotherapeutischen Behandlung der traumatisierten Flüchtlinge - gerade für die Kinder und Jugendlichen, die zu uns kommen.

Herr Albig, die Baustellen in der Flüchtlingspolitik sind so immens, dass sich diese Landesregierung nicht weiter verschließen kann. Sie haben viel zu lange nichts getan. Handeln Sie endlich. Mit warmen Worten ist keinem geholfen, weder dem Land noch den Kommunen und am allerwenigsten den Flüchtlingen selbst, Herr Ministerpräsident.

(Anhaltender Beifall CDU und vereinzelt FDP - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Erbärmlich!)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die SPD-Fraktion hat jetzt die Abgeordnete Serpil Midyatli das Wort.

**Serpil Midyatli [SPD]:**

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte gern zunächst einmal sagen: Die Herausforderungen, die vor uns liegen, sollten wir gemeinsam anpacken, und wir sollten sie gemeinsam lösen. Denn bei dieser Frage der Unterbringung und der Betreuung sowie der Begleitung der Flüchtlinge wird es am Ende nicht auf der einen Seite Gewinner und auf der anderen Seite die Verlierer geben, Kollege Daniel Günther. Entweder sind wir alle gemeinsam in Schleswig-Holstein Gewinner, oder wir werden alle gemeinsam verlieren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Beifall Daniel Günther [CDU])

Mit Ihrer Rede gerade wurde konkret keinem einzigen Flüchtling geholfen. Das habe ich an dieser Stelle schon einmal gesagt.

(Volker Dornquast [CDU]: Mit der Regierungserklärung auch nicht!)

- Doch, das ist der Fall. Wir haben allein im letzten Haushalt aufgrund der uns damals vorliegenden Zahlen gemeinsam 53 Millionen € zusätzliche **Mittel** für die **Unterbringung, Begleitung und Betreuung der Flüchtlinge** beschlossen.

(Lebhafter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wenn Sie dabei sind und schauen, was andere machen, schauen Sie doch einmal, was der Bund für

Schleswig-Holstein prognostiziert. Das sind zurzeit noch 8.500 Flüchtlinge für Schleswig-Holstein.

Ich möchte mich an dieser Stelle ganz herzlich bei Ministerpräsident Torsten Albig für die Transparenz und die ehrliche Kommunikation über das bedanken, was uns hier in Schleswig-Holstein erwartet.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Bei der Aufnahme von Flüchtlingen, bei ihrer Betreuung und Versorgung sowie Integration sprach der Ministerpräsident von Haltung. Ja, Schleswig-Holstein zeigt in diesen Tagen und in diesen Wochen Haltung.

Das konnten wir alle gemeinsam feststellen: Beim Bündnis unsere Stadt, in der KielRegion, aber auch in Flensburg durfte ich mit dabei sein. Vielen Dank für die Organisation, liebe Kollegin Simone Lange. Das und vieles andere, was ihr auf die Beine gestellt habt, war ein toller Rundgang; so hat mein fünfjähriger Sohn dazu gesagt. Er fand das klasse. In Bad Oldesloe konnten wir das zusammen sehen, aber auch in Trappenkamp, in Lübeck und zuletzt in Escheburg. Für mich ist das ein ganz klares Zeichen: Dieses Land hat Haltung in dieser Frage; es hat Haltung bei der Aufnahme von Flüchtlingen. Diese Haltung heißt: weltoffen, tolerant und vielfältig.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Wir Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein** machen deutlich, dass wir gemeinsam für das **Miteinander** stehen. Das zeigen insbesondere die vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer. Es geht nicht nur darum, sich sagen zu lassen, wo etwas passiert, sondern darum, selbst dabei zu sein. Ich kann Ihnen von hier aus sagen, Kollege Daniel Günther: Ich habe nicht nur gehört, wie Sie das in Eutin machen, sondern ich war mit der Kollegin Regina Poersch und mit dem Kollegen Lars Winter beim Bürgermeister in Eutin.

(Beifall Martin Habersaat [SPD])

Ich weiß von ihm, wie sie dort unterbringen.

Sie haben sich ganz bewusst für die dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen entschieden und nicht für das, was Sie hier von sich gegeben haben. Wir bekommen leider immer öfter mit, dass Sie aus irgendwelchen Veranstaltungen zitieren - wie aus der Veranstaltung gestern Abend -, bei der Sie anscheinend mit einem Ohr da-

**(Serpil Midyatli)**

bei gewesen sein wollen, und hier Dinge in den Raum stellen, die niemand nachvollziehen kann. Ob das stimmt, weiß ich, ehrlich gesagt, auch nicht. Man müsste einmal die Präsidenten der Unis fragen, ob sie das, was Sie hier als Zitat aus deren Mündern vorgetragen haben, auch wirklich so gesagt haben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Überall in Schleswig-Holstein tun sich Menschen, die ein ganz großes Herz haben, zusammen, um Flüchtlingen zu helfen, sie bilden Runde Tische und Freundeskreise und bemühen sich, dies gemeinsam zu organisieren.

Ich würde mir wünschen, dass bei dieser **ehrenamtlichen Hilfe** eine Art von **Koordination** stattfindet. Mich erreichen unglaublich viele Mails, in denen immer wieder die gleichen Fragen aufgeworfen werden, nämlich was wie vor Ort gemacht werden soll. Ein ganz einfaches Beispiel ist, ob die Ehrenamtler bei den Fahrten, die sie mit den Flüchtlingen unternehmen, auch versichert sind. Ich würde mir wünschen - das sage ich in Richtung des Flüchtlingsbeauftragten des Landes Schleswig-Holstein -, dass man so eine Art Portal errichtet. Ich bin keine IT-Expertin; vielleicht kann das Herr Dolgner nachher ausführen. Es gibt doch Seiten, auf denen man eine Frage stellen kann, wie etwas funktioniert, und ganz viele darauf antworten. So könnte man schnell Hilfe leisten. Ich glaube, das würde den Ehrenamtlern sehr viel helfen, auch im Hinblick darauf, was ihre Vernetzung und ihre Arbeit vor Ort angeht.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Wir haben vorhin von der Haltung gesprochen - -

(Unruhe - Birte Pauls [SPD]: Du musst nicht erwarten, dass es sie interessiert! - Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

- Ich habe jetzt gar nichts gesagt, Kollege Arp. Nur weil der Kollege Daniel Günther vollmundig so viele Worte in den Mund genommen hat, dachte ich, ihn interessiert vielleicht, was die SPD-Fraktion dazu zu sagen hat. Aber das scheint ihn nicht zu interessieren,

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

genauso wie Sie in Wirklichkeit die Unterbringung der Flüchtlinge nicht interessiert. Sie hätten vielleicht gleich Ihre Kollegin Astrid Damerow spre-

chen lassen sollen, die hat wenigstens Ahnung von dem Thema.

(Beifall SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich freue mich übrigens auf heute Abend, wo es um **Migration im ländlichen Raum** geht. Dieses Land ist viel, viel weiter, als viele von Ihnen vielleicht denken. Ich glaube, es überrascht auch einige in diesen Hallen, dass die Bereitschaft und Offenheit der Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner so groß ist, zu helfen und zu unterstützen. Ja, ich kann bestätigen, dass es auch etwas mit unserer Geschichte und insbesondere auch mit den vielen, vielen Flüchtlingen zu tun hat, die nach dem Zweiten Weltkrieg zu uns gekommen sind. Fast in jeder Veranstaltung - entweder während der Veranstaltung oder danach - kommen Menschen zu mir und sagen: Wissen Sie, Frau Midyatli, ich war Flüchtling, und ich weiß, wie es war. Jetzt bin ich bereit, zu helfen und Unterstützung zu leisten. Es ist wirklich großartig zu erleben, was im Moment in diesem Land passiert. Ich freue mich, wenn wir diese Menschen im Land mit Maßnahmen unterstützen können - von dem Flüchtlingslotsenfonds hat der Ministerpräsident schon berichtet; da haben wir im Haushalt 300.000 € bereitgestellt -, mit der Betreuungskostenpauschale und den Erlassen, die der Innenminister bereits im letzten Sommer herausgegeben hat, damit man die Betreuungskostenpauschale, eine freiwillige Leistung des Landes, zahlen kann. Wir schauen nicht immer zum Bund, sondern schauen, was auch wir machen können, um dieses Geld direkt bei den Flüchtlingshelferinnen und -helfern vor Ort ankommen zu lassen - dort, wo die Arbeit geleistet wird.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wenn Sie bei den **Haushaltsberatungen** im Bereich der **Flüchtlingsunterbringung** genau geschaut haben, werden Sie festgestellt haben, dass wir über 12 Millionen € für Neumünster und für Boostedt bereitgestellt haben - für die prognostizierten Zahlen, die wir damals gehabt haben. Wir haben Neumünster bereits ausgebaut. Zu Ihrer Information: Es waren früher nur 400 Plätze in Neumünster vorhanden. Im Moment sind wir bei 950. Ich weiß, dass das sehr knapp bemessen ist, aber zu sagen, wir hätten bei den Landesunterkünften noch gar nichts getan? - Warum, wieso, weshalb Boostedt noch nicht auf dem Weg ist, wissen Sie genau. Ich hoffe, dass wir spätestens im April mit dem Umzug der ersten Flüchtlinge beginnen können.

(Serpil Midyatli)

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es bleibt eine große Herausforderung für dieses Land, wenn der Ministerpräsident sagt: Wir sind realistisch und gehen davon aus, dass 20.000 Menschen zu uns kommen werden. Wir brauchen mindestens 4.000 **Unterkunftsplätze** des Landes, um die Verteilung zeitverzögert in den Kommunen und Kreisen ankommen zu lassen. 4.000 Plätze sind kein Klacks, und die schüttelt man auch nicht einfach so aus dem Ärmel. Es ist richtig und wichtig zu fragen: **Wo sind unsere Landesliegenschaften?** Wo können wir schnell etwas machen, und wo liegt es in unserer Hoheit, schnell Entscheidungen zu treffen?

Ich finde es ausgesprochen erfreulich, dass hier gehandelt und gesagt wird: Wir gucken nicht und warten nicht auf den Bund, bis er die Zahlen erhöht hat, wir geben eine eigene Prognose heraus, dass der Innenminister sich auf den Weg macht, um sich mit den **Oberbürgermeistern** der großen **Universitätsstädte** und auch mit den **Präsidenten** der **Universitäten** zu treffen und zu schauen, was wir dort machen können. Es ist nicht nur deswegen schlau, weil wir die Liegenschaften und die entsprechenden Flächen dort haben - Kollege Dornquast schaute so entsetzt, ich hoffe, dass wir so schnell wie möglich die mobilen Container bekommen, sondern weil wir dort eine Infrastruktur haben. Es sind genau die Städte, die jetzt schon bunt und vielfältig sind, die eine Infrastruktur von Beratung und Betreuung haben, die Schulen haben, die sich mit dieser Problematik auskennen und wo die Wege sehr kurz sind. Ich schaue einmal nach oben, dort sitzt Martin Link vom Flüchtlingsrat. Es ist so, dass wir dort auch viele Organisationen haben, die gerade auch in diesen Städten helfen können.

Ich vertraue auch auf die **Studierenden** und unsere **ASten**, die sich bereits in mehreren anderen Fällen an uns gewendet haben, dass sie hier mit Offenheit kommen werden und wir zumindest nicht die Problematik haben werden, dass wir dort erst Menschen überzeugen müssen, hier auch zu helfen, die Zahl der Landesunterkunftsplätze zu erhöhen.

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich finde auch, dass das die richtigen Schritte in der richtigen Reihenfolge sind, dass wir nicht schauen und nur darauf verweisen, was andere tun können, sondern darauf schauen, was wir tun können. Die Verantwortung für die Landesunterkünfte, für die Erstaufnahme, für die Erstbetreuung liegt beim

Land. Ich hoffe und wünsche mir, dass wir dort zu guten Ergebnissen kommen. Die ersten Schritte hierfür sind schon gemacht, und bei jedem, der sich hier im Raum hinstellt und sagt, er habe schon 2012 gewusst, dass 2015 20.000

(Zuruf: 2013!)

- 2013 schon gewusst, dass 2015 20.000 neue Flüchtlinge kommen werden, möchte ich das gern irgendwo geschrieben sehen oder irgendwo einmal gehört haben. Sich hier hinzustellen und dreist zu behaupten, man hätte damit planen können, lässt mich fragen: Wie stellen Sie sich das denn vor? Denken Sie, die Syrer saßen in Damaskus und riefen drei Tage vorher bei Innenminister Studt an und sagten: Innenminister Studt, ich setze mich jetzt in den Flieger und bin in drei Tagen in Schleswig-Holstein, mach mal einen Platz klar? - Nein, so funktioniert das doch nicht.

All diejenigen von Ihnen, die etwas Ahnung von **Flüchtlingsproblematik** haben, wissen, dass die Flüchtlinge erst zeitversetzt bei uns in Europa, in Deutschland und in Schleswig-Holstein ankommen. Egal wie dicht wir die Grenzen machen, sie werden kommen, weil es ihnen dort, wo sie herkommen, viel, viel schlechter geht. Sie nehmen diese Mühen auf sich. Einige von ihnen sind sogar Jahre unterwegs, bis sie ihr Ziel erreicht haben. Manchmal geht ihnen das Geld unterwegs aus, und sie müssen sich neues Geld dazuverdienen, um ihre weitere Flucht überhaupt zu finanzieren. Oder sie werden festgenommen, und, und, und. Da gibt es viele Geschichten, die wir mittlerweile aus den ganzen Erzählungen der Flüchtlinge kennen.

Ich weiß, dass wir in Deutschland die Mentalität haben zu sagen, das hätte man planen können. Wir setzen uns hin und machen am besten eine Tabelle und tragen ein, welches Alter, welches Geschlecht, welche Vorbildung die Menschen haben. - Nein, liebe Kolleginnen und Kollegen, gerade in der Flüchtlingspolitik funktioniert das nicht so. Wir wissen im Grunde genommen auch in Schleswig-Holstein, weil jetzt viele Flüchtlinge auch nach Deutschland kommen, erst relativ kurzfristig, wer zu uns kommt. Wir müssen **Standards** verbessern und uns auf den Weg machen, weil das etwas ist, was wir in Schleswig-Holstein früher gemacht haben, als wir noch genügend Landesunterkunftsplätze hatten. Da sind die Menschen zu uns gekommen, und wir haben erst einmal abgefragt, wie es in den Kommunen aussieht, ob dort Platz für Familien ist. Wir haben das Alter der Flüchtlinge abgefragt und, welche medizinische Versorgung sie eventuell brauchen. Das alles ist im Moment nicht gewähr-

**(Serpil Midyatli)**

leistet. Da gebe ich allen Kritikerinnen und Kritikern recht. Wir schaffen es im Moment nicht, unseren Aufgaben nachzukommen. Ich bin da die Letzte, die irgendetwas schönreden will. Nach zehn Tagen oder zwei Wochen die Verteilung auf die Kreise vorzunehmen, ist definitiv zu kurz. Wir wollen da Abhilfe schaffen, aber Plätze kann man - wie gesagt - nicht einfach so aus dem Ärmel schütteln.

Irgendwie werden meine Papiere hier nicht weniger, aber ich habe ja noch 18 Minuten Zeit.

(Heiterkeit)

Jahrelang sind wir davon ausgegangen, dass die Menschen, die zu uns kommen, nur kurz bleiben. Heute wissen wir - wir haben aus den Fehlern der 90er-Jahre gelernt -: Die Menschen, die in den 90er-Jahren zu uns gekommen sind, sind zum größten Teil immer noch hier; mittlerweile haben sie sogar schon den deutschen Pass und sind deutsche Staatsbürger.

Wir wollen die Fehler nicht wiederholen und verfolgen den Ansatz, den Ministerpräsident Torsten Albig hier klar zum Ausdruck gebracht hat, dass wir diesen Menschen vom ersten Tag an soweit wie möglich die Sprache näherbringen wollen. Das ist ganz wichtig, denn das ist einer der Hauptgründe, dass in vielen Bereichen immer noch **Integrationsprobleme** bei Einwanderinnen und Einwanderern vorhanden sind. Wir haben es in den 90er-Jahren versäumt, den Menschen die Sprache näherzubringen. Das haben wir gelernt, das wollen wir besser machen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union, die 1,9 Millionen € sind Landesmittel.

(Astrid Damerow [CDU]: Das haben wir mit beschlossen!)

Ich wiederhole das. Wie war das noch, Anke Spoorendonk? Wir müssen das immer wiederholen, damit das irgendwann sitzt. Wir bringen 1,9 Millionen € Landesmittel auf - trotz der Leistungen und vielen anderen Aufgaben in diesem Land. Denn es ist wichtig, dass **Sprachkurse** auch Flüchtlingen mit unsicherem Aufenthalt gegeben werden, damit diese vom ersten Tag an die Möglichkeit haben, sich hier zu integrieren, später eine Ausbildung zu machen oder einen Arbeitsplatz zu finden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Da müssen wir auch erwarten dürfen, dass der Bund dies anerkennt und sagt: Ja, auch wir haben aus den 90er-Jahren gelernt. Übrigens steht auch im Koalitionsvertrag von CDU und SPD, dass die Sprachkurse für Flüchtlinge mit ungesichertem

Aufenthalt geöffnet werden müssen. Auf welcher Seite das hapert, kann man sich sehr leicht ausrechnen; an der SPD-Fraktion liegt es definitiv nicht.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Unsere schwarzen Freunde!)

Noch einmal kurz zu den Zahlen und Herausforderungen, die es in den **90er-Jahren** gegeben hat, um eine realistische Vorstellung davon zu haben, womit wir es damals zu tun hatten. 1990 gab es rund 190.000 Asylanträge in Deutschland, 1991 waren es 250.000, 1992 waren es 440.000 und 1993 gut 320.000 Erstanträge. Danach gab es eine Verschärfung der Asylgesetzgebung. Diese Zahlen liegen deutlich unter dem, was wir jetzt verzeichnen.

Es gibt jetzt wieder den gleichen Mechanismus, nach dem gesagt wird: „Das hat ja schon einmal ganz gut funktioniert, wenn mehr Menschen kommen, die keiner wirklich haben will, dann hauen wir wieder unsere Sprüche aus den 90er-Jahren heraus.“ - Nein, das werden wir nicht tun.

Ich möchte daran erinnern, dass sich die politische Klasse in Deutschland in der damaligen öffentlichen Debatte wirklich kein Ruhmesblatt erworben hat. Denn auf der Liste des Unworts des Jahres schafften es in den Jahren 1991 bis 1993 rassistische, menschenfeindliche Begriffe. Ich werde sie hier nicht wiederholen, sondern rate Ihnen, einmal zu googeln, welche Begriffe wir damals in der politischen, bürgerlichen Diskussion verwendet haben, was sozusagen PEGIDA dort einige Monate lang vorgemacht hat.

(Zuruf Astrid Damerow [CDU])

- Das brauchen wir für die Diskussion von heute. Wenn heute so getan wird, als stünden wir vor einer Herausforderung, die wir vorher nicht gekannt haben, oder wüssten nicht, was passieren kann,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das haben Sie doch gerade selbst gesagt!)

dann hilft ein Blick in die Vergangenheit. Die Kollegin Astrid Damerow fragt, was das mit heute zu tun hat. Das hat etwas mit heute zu tun, weil ich nicht möchte, dass wir wieder eine Spirale drehen, angefangen bei den Flüchtlingen, die jetzt aus dem Kosovo kommen, über eine Verschärfung des Asylrechts bis hin zur Debatte über ein Einwanderungsgesetz, die wir morgen führen werden. Davor möchte ich nur warnen, weil die Zahlen dies nicht wiedergeben. Machen Sie den Leuten keine Angst!

(Serpil Midyatli)

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ministerpräsident Albig ist auch darauf eingegangen, dass am 6. März die **Flüchtlingskonferenz** stattfinden soll. Ich finde es richtig und wichtig, dass dort alle Akteure eingebunden sind,

(Zuruf Astrid Damerow [CDU])

neben der Wohnungswirtschaft auch die Wirtschaft, die NGOs und die Flüchtlingsorganisationen, um mit ihnen zu diskutieren, wie wir die **Verteilung im Land** vornehmen können. Denn im Moment ist die Verteilung so, insbesondere im Hamburger Rand, dass wir die meisten Flüchtlinge dorthin verteilen, wo der Wohnraum am knappsten ist. Mit den Akteuren an einen Tisch zu kommen, miteinander zu diskutieren und zu guten Ergebnissen zu kommen, halte ich für richtig und wichtig.

Wenn ich einen Wunsch frei hätte, würde ich mir wünschen, dass so ähnlich wie beim Nationalen Integrationsplan Selbstverpflichtungen ausgesprochen werden. Da gab es über 400 **Selbstverpflichtungen** der Akteure, die sich zur Aufgabe gemacht haben, was sie selbst erfüllen wollen. Wenn man sich die Ergebnisse des **Nationalen Integrationsplans** im Nachhinein anguckt, sind gerade das die Maßnahmen - ich will nicht vermessen sein -, die am besten gegriffen haben. Um ein Beispiel zu nennen: Dazu gehört auch, dass sich das Gesicht der „Tagesthemen“ verändert hat. Das war die Selbstverpflichtung der Medien, die sich öffnen und ihr Bild ändern wollten. Das ist ein Beispiel für das, was ich ansprechen möchte.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zu der **Unterbringungssituation** und dem, was wir mit dem Haushalt beschlossen haben, haben wir schon gesagt, dass die Summen nicht reichen, insbesondere wenn es um die Bereiche **Bildung und Erziehung** geht. Das muss uns klar sein, nachdem wir die neuen Schülerzahlen gehört haben. Deswegen kann es nur folgerichtig sein zu sagen - das war vorhin mit den Schritten in der richtigen Reihenfolge gemeint -: Wenn jetzt mehr Schülerinnen und Schüler kommen, müssen wir unsere Schulen natürlich so ausstatten, dass sie dieser Herausforderung gewachsen sind. Auch ich erlebe dort eine ganz große unterstützende und willkommene Art. Die Lehrerinnen und Lehrer leisten hier wirklich Großartiges. Auch von mir ein herzlicher Dank! Wir wollen, dürfen und können die Lehrkräfte mit dieser Aufga-

be nicht alleinlassen. Deswegen ist es folgerichtig, die Zahl der Lehrerstellen aufzustocken.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Für den Fall, dass sie nicht wissen, mit den Bundesmitteln etwas anzufangen - das ist ein kleiner Insider aus dem Innen- und Rechtsausschuss. Da wurde gefragt: Was wollen Sie, falls es mit der Gesundheitskarte nicht klappt, mit dem Geld machen? Wir haben viele Ideen, insbesondere diese Landesregierung hat viele Ideen, die der Innenminister umsetzen wird.

Wir bleiben fest dabei, dass wir die **Gesundheitskarte für die Flüchtlinge** einführen wollen. Im Dezember war bereits eine der Forderungen Schleswig-Holsteins, die Gesundheitskosten vom Bund übernehmen zu lassen. Der Bund hat damals nicht mitgemacht. Kollege Daniel Günther, von der 1 Milliarde €, die Sie hier angeführt haben, sind am Ende 500 Millionen € übriggeblieben. Wir wissen, wie viel Schleswig-Holstein von den 500 Millionen € bekommen hat. Sie tun so, als habe der Bund einen Megaschritt nach vorn getan und jetzt obliege es nur noch den Ländern, die nächsten Schritte zu tun. Dem ist nicht so.

Ich möchte noch einen Schritt zurück in die Vergangenheit gehen. In den **90er-Jahren** hat der **Bund 100 % der Unterbringungs- und Betreuungskosten** übernommen. Auch das ist also nichts Neues. Bei dieser nationalen Aufgabe wird sich der Bund - ich vermute, spätestens im Sommer - dazu erklären und weitere Schritte gehen, um den Ländern und Kommunen zu helfen. Wir werden hier zu gemeinsamen, guten Lösungen kommen.

Bevor ich zur Abschiebeproblematik komme, möchte ich auf Folgendes eingehen: Ich weiß, dass Sie alle im Land viel unterwegs sind. Ich habe eine Feststellung gemacht, die ich gern mit Ihnen teilen möchte. Im Moment passiert so viel Großartiges. Viele Menschen werden genannt, die wirklich Tolles leisten. Wir lesen das regelmäßig in den Zeitungen. Es gibt aber auch die heimlichen Helden. Die **heimlichen Helden** in Schleswig-Holstein sind die **Sportvereine**. Es gibt keine einzige Institution in Schleswig-Holstein, die so geräuschlos, die so unproblematisch, die so offen damit umgeht. Ich habe von keinem einzigen Sportverein gehört: Was, Flüchtlinge, die können den Mitgliedsbeitrag nicht leisten, die nehmen wir nicht auf. - Nein, es wird alles möglich gemacht, geräuschlos, unaufgeregt. So stelle ich mir das vor.

(Beifall)

(Serpil Midyatli)

Dem gilt ein ganz besonderer Dank. Wenn Sie in den nächsten Tagen und Wochen Möglichkeiten haben, beim Landessportverband zu sein oder Vereine zu besuchen, richten Sie unseren herzlichen Dank aus. Es ist angekommen, wir bekommen es mit, auch wenn sie das sehr geräuschlos machen. Dafür möchte ich mich unbedingt bedanken.

Neben der heutigen Regierungserklärung haben wir zwei Anträge vorliegen. Vieles wurde schon gesagt, insbesondere was die Menschen angeht, die aus dem Kosovo zu uns kommen. Es ist wichtig, einen Blick in die Geschichte zu werfen, um zu sehen, was hier passiert. Der **Kosovo** ist der jüngste Staat Europas. Seit dem Kosovo-Krieg 1999 haben die EU und ganz besonders Deutschland politisch und wirtschaftlich dazu beigetragen, hier einen Neuaufbau zu starten.

Wir müssen aber feststellen, dass die **Aufbauhilfen** leider entweder zu kurz gegriffen oder nicht die richtigen Menschen getroffen haben. Derzeit gibt es eine Welle. Heute gibt es eine Presseerklärung aus dem Bund, wonach das alles doch nicht so schlimm sei. Vielleicht war das eine Welle, die man unbedingt zur IMK machen musste; ich weiß es nicht.

Nichtsdestotrotz stellen wir, wenn wir uns die Aufnahmezahlen anschauen, fest, dass Menschen aus dem Kosovo, aus Serbien, aber auch aus Mazedonien zu uns kommen, weil sie absolut keine Perspektiven mehr in ihrem Land sehen. Es kommt die **Mittelschicht**, es kommen die gut ausgebildeten Menschen zu uns. Wir müssen genau hinschauen, warum sie zu uns kommen, was in dem Land passiert. Das Land hat insgesamt 1,8 Millionen Einwohner. Was bedeutet es, wenn sich so viele Menschen aus der Mittelschicht auf den Weg machen, für ihr Land? Nichtsdestotrotz darf die europäische Dimension nicht aus dem Auge verloren werden.

Wir haben für unser **Wintermoratorium** sehr viel Kritik erhalten. Ich persönlich kann mit der Kritik sehr gut leben. Ich möchte den Bürgermeister sehen, der eine Familie mit einem neugeborenen Kind im Wintertod abgeschoben hätte, wenn unterwegs oder vor Ort etwas passiert wäre. Wer hätte dann hier am lautesten geschrien und gefragt, wie man diese Familie nur hat zurückführen können? Wir erleben auch jetzt bei Einzelfällen immer wieder, wie stark sich Bürgermeisterinnen und Bürgermeister oder Mitmenschen einsetzen und nicht verstehen, warum es sichere Herkunftsländer und nicht so sichere Herkunftsländer gibt. Im Zweifel nämlich geht es um Menschen. Hier müssen alle genau hinschauen. Wir können nicht sagen: Deine Nase ist so, und du musst sofort gehen, und deine Nase ist

anders, und du darfst drei Monate länger bleiben. Wir nutzen die Verwaltungsspielräume aus. Das dürfen wir. Das können wir. Das haben wir im letzten Jahr schon gemacht. Wir werden das auch in diesem Jahr wieder machen. Das gehört zu einer ehrlichen und humanen Flüchtlingspolitik. Die eine Seite kann uns gern dafür kritisieren. Mit dieser Kritik kann ich sehr gut leben. Wir wollen Menschen nämlich nur dann abschieben, wenn sie wirklich kein Anrecht auf Asyl haben. Wenn wir sie abschieben müssen, dann nur in Sicherheit und Würde.

Wir haben einen Antrag vor uns liegen, der den Bund betrifft. Es gibt zwei Formen von Migrationsberatung - eigentlich drei, aber die dritte lasse ich außen vor. Die **Migrationssozialberatung des Landes** haben wir bereits für Flüchtlinge mit ungesichertem Aufenthalt geöffnet. Daneben gibt es die **Migrationsberatungsstellen des Bundes**. Der Bund muss jetzt endlich einsehen, dass die Flüchtlinge, die zu uns gekommen sind, lange Zeit hier bei uns leben werden und selbstverständlich Unterstützung und Beratung brauchen, damit die Integration gelingen kann. Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf, ihre Migrationsberatungsstellen zu öffnen. Es gehört zu einer guten Struktur, zu einer guten Aufnahme und zur Einwanderungsgesellschaft zu akzeptieren, dass sich Dinge verändert haben, dass wir Dinge gelernt haben. Wir sollten mit ihnen gemeinsam diesen Weg beschreiten. Ich bin fest davon überzeugt, dieses Land ist dazu bereit, die Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein sind bereit dazu. Wir sind gern bereit, auf konstruktive Vorschläge einzugehen. Dass in der Vergangenheit vielleicht nicht alles optimal gelaufen ist, ist mit Sicherheit richtig. Es wird weiterhin Schwierigkeiten geben. Wenn wir für 20.000 Menschen neuen Wohnraum brauchen, wird nicht alles wie am Schnürchen laufen. Es wird Schwierigkeiten geben. Wir werden immer wieder individuelle Lösungen und individuelle Beispiele brauchen, um gute Lösungen zu finden.

Ich hoffe und wünsche mir, dass die Verwaltung auf allen Ebenen ein bisschen kreativer wird und nicht sofort den Paragrafenzettel herausholt und sagt: Wegen der 3 m<sup>2</sup>, die in der Gemeinschaftsunterkunft fehlen, gibt es keine Genehmigung oder keine Förderung. Ich bitte wirklich, dass wir alle gemeinsam genau schauen. Wenn Menschen bereit sind, so viel Hilfe zu leisten, liegt es in unserer Verantwortung, all unsere Spielräume so auszunutzen, dass die Hilfe auch bei den Menschen vor Ort ankommt. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Serpil Midyatli)

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich der Kollegin Eka von Kalben das Wort.

**Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich danke dem Ministerpräsidenten für seine Regierungserklärung. Sie setzt ein wichtiges Zeichen. Meine Damen und Herren, wenn hier die Dringlichkeit einer solchen Regierungserklärung - lieber Kollege Günther! - infrage gestellt wird, finde ich das ein erschreckendes Zeichen. Wir haben gerade erst am Sonntag eine Gedenkveranstaltung zu einem Brandanschlag in Schleswig-Holstein gehabt. Ich finde, allein das wäre Anlass genug zu einer Aktuellen Stunde oder - wie in diesem Fall - dringlichen Regierungserklärung gewesen. Wir sehen jeden Tag in den Nachrichten einen neuen Zustrom, eine Art neuen Massenexodus aus dem Kosovo. Dann davon zu sprechen, dass es keinen Anlass geben könnte, in Schleswig-Holstein über das Thema Flüchtlinge zu sprechen, erschließt sich mir überhaupt nicht.

**Flüchtlingspolitik** braucht die Debatte. Wir müssen diese Debatte als ständige Positionsbestimmung in unserer Gesellschaft führen. Flüchtlingspolitik braucht Konzepte, Initiativen und Geld - Geld, das nicht auf der Straße liegt. Aber Flüchtlingspolitik ist eben auch eine zutiefst **ethische Frage**. Diese ethische Frage hat in den letzten Monaten eine überzeugende Antwort bekommen. Die Reaktion der überwiegenden Zahl der Menschen in Deutschland auch auf PEGIDA zeigt, wie weit und offen unsere Gesellschaft ist: die Mahnwache am Sonnabend in Escheburg, die Leute aus allen Landesteilen angezogen hat, die Runden Tische, die allorts wie Pilze aus dem Boden schießen, an denen sich Menschen bemühen, das Wort Willkommenskultur mit Leben zu füllen, die Hilfsbereitschaft vor Ort, wenn es um konkrete Spenden für Menschen in Not geht!

Allerdings ist zum Beispiel der Einzug der AfD in die Hamburger Bürgerschaft ein Zeichen dafür, wie dünn der Firnis der **Akzeptanz von Migration** sein kann. Auf der sehr dunklen Seite stehen der Brandanschlag auf die Escheburger Unterkunft sowie der Vorfall in Grabau davor. Beide Male ist glücklicherweise niemand zu Schaden gekommen. Aber trotzdem sind es traurige Zeichen, die deutlich ma-

chen, vor welchen gesellschaftlichen Herausforderungen wir stehen. Keiner kann sich diese Debatte einfach machen. Weder kann man abstrakt über die realen Herausforderungen hinweggehen, noch kann man suggerieren, dass man mit ein, zwei Federstrichen alle Probleme lösen kann.

Gerade Menschen und Politiker, die laut oder manchmal auch sehr leise verstärkte Abschiebung fordern, müssen wissen, dass sie über Menschen reden, die in Lebensumstände zurückgebracht werden, die keiner von uns je akzeptieren würde, ja, vor denen wir selber vielleicht sogar fliehen würden. Wäre ich Syrerin, wäre ich ein Mensch aus dem Kosovo, wäre ich wahrscheinlich auch auf dem Weg nach Schleswig-Holstein, und ich nehme an, der eine oder andere von Ihnen auch. Wer will Menschen das Recht auf Glück und Sicherheit absprechen?

Meine Damen und Herren, Schleswig-Holstein ist ein Einwanderungsland. Ja, ich rede zur Regierungserklärung und nicht zu dem Tagesordnungspunkt, den wir morgen noch behandeln werden. Es ist nichts Neues, das aus **Flüchtlings** später **Einwanderer** werden, erst recht nicht in **Schleswig-Holstein**. Unser Land hat schon einmal eine große Menge an Flüchtlingen aufgenommen. Eine Million Menschen suchten nach dem Zweiten Weltkrieg hier eine neue Heimat. Heute sind wir stolz darauf. Damals war das nicht so einfach. Die Situation war zum Teil ähnlich wie heute. Die Bevölkerung allerdings war überhaupt nicht begeistert. Keine Runden Tische, keine Vereine, keine Sportvereine, die sich für die Neuen geöffnet haben. Vereine und Parteien stellten sich sogar explizit gegen die Vertriebenen - und das, obwohl die Zugezogenen aus demselben Kulturkreis kamen und Deutsch konnten, wenn auch nicht immer Plattdeutsch.

Einige Jahre später haben wir als Land in besonderem Maße von den Flüchtlingen profitiert. Die **Integration der damaligen Flüchtlinge** ist heute unsere **Erfolgsgeschichte**. Ich erzähle das deshalb, weil ich hoffe, dass Schleswig-Holsteins Erfolgsgeschichte, diese erfolgreiche Integrationsgeschichte eine ist, über die wir uns in ein paar Jahren über den heutigen Flüchtlingsstrom rückblickend entsprechend äußern können.

Das muss unser Ziel sein. Wir sollten in der Herausforderung von heute einen Erfolgsfaktor für morgen sehen, und wir sollten nicht vergessen, dass das, was als besonderes Problem empfunden wird, sich nachträglich als großer Gewinn darstellen kann.

**(Eka von Kalben)**

Ich sage dies auch ganz selbstkritisch zu uns Grünen: Lässt man die ideologische Brille einmal weg, dann sehen wir Menschen, Männer, Frauen, Kinder, Handwerker, Ärzte und Ungelernte, Menschen mit Traumata, Menschen mit Hoffnung auf Frieden und ein persönliches Auskommen. Das ist das, was unser Land dringend braucht. Wir sind ein Land, das die besonderen Herausforderungen des demografischen Wandels ganz besonders zu spüren bekommt, ein Land, an dem schon heute an manchen Orten Pflegekräfte, Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher und Handwerker fehlen. Dieses Land macht sich auf, diese Menschen willkommen zu heißen.

Dazu gehören die Möglichkeit, Deutsch zu lernen, die Anerkennung von Qualifikationen aus dem Heimatland, die Fort- oder Ausbildung für den deutschen Arbeitsmarkt, eine Wohnung und ein Umfeld, in dem man sich erwünscht und sicher fühlt. Daran arbeitet diese Landesregierung, dafür hat dieses Parlament Geld zur Verfügung gestellt, und dafür wird in den örtlichen Verwaltungen, in den Kommunalparlamenten und im Ehrenamt jeden Tag sehr viel getan.

Meine Damen und Herren, **Kommunen** und **Ehrenamtliche** stoßen an ihre Grenzen. Das ist etwas, was wir - so glaube ich - alle wahrnehmen. Ich unterstelle es allen Parlamentariern, dass sie vor Ort viel unterwegs sind. Jeder von uns, wir alle spüren, dass der Druck, all diesen Menschen zu helfen, enorm ist, und zwar nicht, weil die Menschen den Menschen vor Ort zu viel sind, sondern weil diese das Gefühl haben: Wir möchten gern mehr tun, aber wir stoßen an unsere Grenzen. Ich sage: Gerade die vielen ehrenamtlichen Bürgermeister und Gemeindevorteiler vor Ort sind an allen Ecken und Enden gefordert. Sie haben den Anspruch an sich selbst, menschenwürdige **Unterkünfte** zu schaffen. Sie suchen nach geeigneten Gebäuden, bemühen sich, die Nachbarschaft mitzunehmen, sammeln Spenden ein und schauen mit Sorge auf ihre kommunalen Haushalte. Sie setzen sich mit Vergabe- und Baurechtsreglementierungen auseinander, und das alles am Feierabend; Hut ab.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und SPD)

Wenn dann die Unterkunft für die angekündigten 20 Personen fertig ist, dann ist das Kontingent schon längst auf 40 gestiegen. So, wie es den Kommunen geht, so ist es auch im Land: Kaum ist die Erstaufnahme erweitert, kaum hat man alle überzeugt, dass es besser ist, die Menschen in Kasernen statt in Zelten unterzubringen, oder hat den einen

oder anderen auch von uns im Parlament davon überzeugt, dass es zur Not nötig ist, in Containern oder Zelten unterzubringen, kaum hat ein natürlich ehrenamtlicher Bürgermeister Großes geleistet, um seine kleine Gemeinde bei der Einrichtung der Erstaufnahme in Boostedt mitzunehmen, kaum ist das Fachpersonal für die Betreuung der Flüchtlinge in Boostedt gesucht, kaum ist das alles abgeschlossen, muss die nächste **Erweiterung** geplant werden.

Um Erstaufnahmen und vor allem Wohnungen zu rekrutieren, brauchen wir flexible Lösungen. Das gilt für die Kommunen genauso wie für das Land. Da hilft kein Lagerdenken im Sinne Bund gegen Land, Land gegen Kommunen und vielleicht auch Kommunen gegen den Bund. Das geht nur gemeinsam mit flexiblen Förderrichtlinien für die Größe von Gemeinschaftsunterkünften, mit flexiblen Lösungen für Bau- und Vergaberecht, mit guter Vernetzung und mit viel Überzeugungsarbeit von allen, die helfen können. Ich sage Ihnen: Ja, auch wir müssen auf Landesebene Hausaufgaben machen. Sie wissen aber genauso gut wie wir, gerade Bau- und Vergaberecht sind Angelegenheiten, die den Bund betreffen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, ich gucke Sie dabei intensiv an, weil ich auch an Sie den Appell richte, an Ihre Bundesebene weiterzugeben, dass dort noch mehr geht. Der Bund will die **Sprach- und Integrationskurse** nicht öffnen, weil man keine Anreize schaffen will. An den Zugangszahlen ändert das nichts. Schauen Sie sich die Statistiken an. Die Leute kommen, weil sie in Not sind, und nicht weil sie in der „FAZ“ lesen, dass Deutschland unter bestimmten Voraussetzungen Integrationskurse bewilligt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Viele von den Menschen, die zu uns kommen, werden bleiben und sollten auch bleiben. Geben Sie ihnen das wichtigste Mittel an die Hand, das sie brauchen, das ist die Sprache. Wir als Land haben einen Beschluss gefasst, nämlich mit einem Nachtragshaushalt weitere Lehrerinnen- und Lehrerstellen zu schaffen. Der Bund muss an dieser Stelle genauso mit in die Pflicht genommen werden und endlich die Integrationskurse öffnen.

Wir brauchen einen Zugang zu **Bildung** und ein Recht auf **Arbeit**. Je schneller jemand die Sprache lernt, desto schneller hat er Zugang zu unserer Bildung, desto schneller können er oder sie für ihre Familien sorgen, desto schneller erfolgt die **Integration**. Wir brauchen auch - auch das können wir nicht allein auf Landesebene regeln - eine Ausbildungsgarantie für Flüchtlinge, eine Bleibegarantie

**(Eka von Kalben)**

für die Zeit, in der sie in der Ausbildung sind. Die Handwerkskammern suchen händeringend Auszubildende, aber dort sagt man: Wenn es keine Garantie gibt, dass ein Flüchtling für drei Jahre oder möglichst noch länger bleiben kann, dann können wir nicht in eine Ausbildung investieren, ganz abgesehen davon, dass die Handwerksbetriebe in der Regel bei Spracherwerb Unterstützung leisten müssen.

Meine Damen und Herren, egal ob in einem Land Terroristen wüten, korrupte Regierungen herrschen oder aufgrund von Krieg und Umwelt bittere Armut herrscht; alle diejenigen, die sich auf den langen und gefährlichen Weg nach Deutschland machen, werden schon ihre Gründe haben. Bei allen Herausforderungen: Wer stellt sich hin und würde diese Gründe in Abrede stellen? - Alle sind sich einig: Vor Ort, in den Herkunftsländern muss etwas getan werden. Es ist eine Schande, wenn in unserem reichen demokratischen und den Menschenrechten verpflichteten Europa Menschen auf die Flucht gehen. Das ist ein Punkt, den wir europäisch angehen müssen. Dieser Punkt braucht insbesondere auf dem Balkan und ganz aktuell im Kosovo eine Antwort.

Meine Damen und Herren, wir streiten manchmal symbolisch, zum Beispiel über das Gesetz zu den sogenannten sicheren **Herkunftsstaaten**. Ich bin immer skeptisch, wenn so getan wird, als ob es auf eine höchst komplexe Frage vermeintlich sicher die einfache Antwort gibt. So ist es auch hier. Weder führt das Gesetz zu weniger Flüchtlingen aus der Region, noch zieht es einen anderen Umgang mit den Flüchtlingen nach sich. Die Bewerberzahl ist gleich, und die Menschen bleiben gleich lange in Deutschland, auch wenn sie kein Asylrecht haben. Das Konzept der sicheren Herkunftsstaaten ist ein unbrauchbares Instrument, und wir lehnen es ab.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Alle, die sich bei der Lösung des Problems der **Flüchtlinge** aus dem **Kosovo** auf dieses Konzept verständigen wollen, streuen den Bürgerinnen und Bürgern Sand in die Augen. Es wird suggeriert, eine schnelle und effiziente Lösung parat zu haben. Dabei ist das Gegenteil der Fall. Durch die Klassifizierung von Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Serbien als sichere Herkunftsstaaten im letzten Herbst hat sich an den Zugangszahlen aus diesen Ländern quasi nichts geändert. So sehr ich auch sage, dass unterschiedliche politische Urteile nicht unterschiedliche moralische Werte bedeuten, so sehr bestehe ich doch auf politischer Redlichkeit,

und die Lösung für die Flüchtlinge aus dem Kosovo muss eine andere sein.

Wenn wir bei der Redlichkeit sind: Herr Günther ist leider nicht mehr da. Das ist leider häufiger so, wenn wir über Dinge diskutieren. Vielleicht aber wird er hinterher erzählen, was ich hier erzählt habe, ohne dass er zugehört hat.

(Zurufe CDU - Widerspruch SPD)

Ich bin gern bereit, inhaltlich zu diskutieren, und man kann unterschiedliche Auffassungen dazu haben, wie wir als Landespolitik mit Flüchtlingen umgehen und wie wir zu Herkunftsländern stehen. Ich lehne es aber ab, dass permanent unterstellt wird, dass irgendwo irgendetwas gesagt wurde, dass irgendwo irgendetwas gedacht wurde. Es wird sogar gesagt, was wir denken. Es wird gesagt: Sie denken das und das.

(Zurufe)

Wahrscheinlich sitzt er jetzt irgendwo und hört auf andere Weise zu. Das ist auch legitim, das machen wir alle immer wieder einmal. Lieber Herr Günther, ich sage deshalb noch einmal ganz deutlich: Ich möchte nicht, dass mir Dinge unterstellt werden. Man kann gern versuchen, meine Argumente zu widerlegen. Man kann gern anderer Meinung sein. Ich möchte an dieser Stelle aber nicht ständig unterstellt bekommen, was ich gedacht habe, was ich in Runden, an denen diese Menschen nicht teilgenommen haben, eventuell gesagt haben könnte oder Ähnliches. Das verbitte ich mir, das möchte ich nicht mehr.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Zu der inhaltlichen Frage der Verfahrensbeschleunigung im Kosovo: Es wird immer wieder gesagt, wir würden schlechter behandelt werden, das Bundesamt würde in den Ländern, die sich explizit für einen Winterabschiebestopp entschieden haben, langsamer handeln.

Die Wahrheit ist, dass es vier Länder gibt, die im Moment ganz besonders stark vom Zuzug der Kosovaren betroffen sind. Das sind Bayern, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen. Das ist also eine bunte politische Mischung und hat nichts in irgendeiner Form mit Parteipolitik zu tun. Diese Länder sind besonders stark betroffen, und deshalb werden dort zunächst Unterstützer aus dem Bundesamt verstärkt eingesetzt. Hierbei handelt es sich mitnichten um eine Abstrafung der Länder durch das Innenministerium, die sich für einen **Winterabschiebestopp** entschieden

**(Eka von Kalben)**

haben, um in dieser Zeit eine langsamere Bearbeitung der Anträge durchzuführen. Das ist nicht der Fall, sondern es gibt lediglich eine Verstärkung anderer Länder.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

**Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr gerne.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Stegner, bitte.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:** Ich wollte gerne ein bisschen zur Aufklärung beitragen. Der Kollege Günther gibt draußen gerade ein Fernsehinterview zu der Debatte, die wir hier führen. Wahrscheinlich äußert er sich zu dem, was Sie hier gerade sagen. Das ist das, was wir zurzeit erleben. Dazu muss ich in der Tat sagen: Jeder von uns geht hin und wieder aus dem Sitzungssaal. Aber es gehört sich nicht, in Debatten, in denen man sehr heftige Vorwürfe erhoben hat, nicht einmal zuzuhören. Das möchte ich einmal klar feststellen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf Johannes Callsen [CDU])

**Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Meine Damen und Herren, es besteht weitgehend Konsens hier im Hause, dass Menschen, die in Schleswig-Holstein kein Aufenthaltsrecht erhalten, in ihre Länder zurückkehren müssen. Die schleswig-holsteinische Küstenkoalition hat sich dafür entschieden, Abschiebungen derjenigen, für die dies eine besondere Härte bedeuten würde, entsprechend der dafür vorgesehenen bundesrechtlichen Regelung im Winter auszusetzen. Das könnte laut Beantwortung der Kleinen Anfrage etwa 2.000 Menschen im Winter 2014/15 betreffen: Afghanen, Iraker, Serben, Russen und Armenier - eine bunte Mischung aus allen möglichen Nationalitäten, etwa zu einem Drittel Kinder. Es könnte sie betreffen. Es ist aber mitnichten so, dass jeder Mensch, der ausreisepflichtig ist, auch tatsächlich abgeschoben wird. Insofern ist auch die Diskussion über die Zahlen wiederum eine Scheindebatte und ein Popanz. Das meinte ich damit, als ich sagte: „Wir diskutieren manchmal mehr über die Symbolik als über das, was wir wirklich an Herausforderungen haben.“

Wir sind der Meinung, es ist richtig, diese Menschen im Winter vor Abschiebung zu schützen. Das sind Menschen, die zum Teil schon seit Jahren hier leben, arbeiten und zur Schule gehen, Menschen, die Angst haben vor einer Abschiebung, existenzielle Angst.

Manche wären unter Umständen auch aufgrund anderer Regelungen von der Abschiebung verschont geblieben, andere nicht. Und ja, es sind mit Sicherheit auch Menschen darunter, die ganz offen sagen, dass sie die Möglichkeiten nutzen, in Deutschland zu überwintern, weil die wirtschaftliche Situation in ihren Herkunftsländern erbärmlich ist.

Wir haben uns dafür entschieden, diesen Winterabschiebestopp durchzuführen. Damit erheben wir uns nicht über andere, die sicher aus anderen Überlegungen heraus zu anderen Ergebnissen gekommen sind.

Meine Damen und Herren, wir müssen uns davor hüten, die Flüchtlinge als Problem zu beschreiben. Sie stellen uns vor Probleme, aber sie sind nicht das Problem.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Es sind Menschen mit schlimmen menschlichen Schicksalen. Wir als Gesellschaft haben oft genug gezeigt, dass wir die Probleme lösen können, wenn man einmal die politischen Geländegewinne weglassen würde. Ich werbe dafür, dass wir als Wertegemeinschaft zusammenbleiben und diese Aufgabe gemeinsam lösen. Dann wird das Willkommen der Menschen zu einer gemeinsamen Fragestellung für Opposition und Regierung. - Herzlichen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank. - Jetzt hat das Wort für die Fraktion der FDP der Herr Abgeordnete Wolfgang Kubicki.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten trägt den Titel „Immer mehr Menschen müssen aus ihrer Heimat fliehen - Schleswig-Holstein nimmt die Herausforderungen an“. Ich will deshalb darauf verzichten, grundsatzpolitische Ausführungen zur Erhaltung der **Flüchtlingspolitik** zu machen; denn bisher war ich der Auffassung, dass wir

(Wolfgang Kubicki)

hierzu im ganzen Hause einen weitreichenden Konsens haben.

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

- Wir sollten, Frau Midyatli, bei all dem Streit, den wir haben, versuchen, diesen Streit hier nicht zu führen.

(Serpil Midyatli [SPD]: Das sind wir von Ihnen gar nicht gewohnt!)

- Ich wollte Sie ja zugleich auch loben, weil Sie eine zum Teil differenzierte Rede gehalten haben, ähnlich wie Frau von Kalben. Somit haben auch Sie meine Erwartungen positiv übertroffen.

Ich möchte auf den politischen Streit verzichten, weil ich glaube, dass die Debattenkultur in dieser Frage in diesem Hause auch Maßstab sein kann für die Diskussionskultur in unserem Lande; denn über die Frage, wer die Flüchtlinge mit größerer Herzlichkeit begrüßt, müssen wir uns nicht streiten, sondern wir müssen uns fragen, wie wir mit den damit verbundenen Problemen fertig werden. Darüber gibt es in unserer Gesellschaft, auch bei uns, durchaus differenzierte Anschauungen.

Wenn ich das ernst nehme, was ich über Escheburg gelesen habe, dann waren es ja dort gerade die Nachbarn, die erhebliche Probleme damit hatten, dass in ihrer unmittelbaren Nähe - übrigens ohne dass man sie vorher eingebunden hat, ein ganz wesentlicher Faktor - eine Einrichtung installiert werden sollte. Wenn wir die Menschen mitnehmen wollen, unabhängig davon, ob wir glauben, dass die Ängste und Befürchtungen einen echten Hintergrund haben, dann müssen wir diese Menschen frühzeitig einbinden. Auch das gehört zur Willkommenskultur dazu.

(Beifall FDP und CDU)

Frau Midyatli, es nützt uns auch nichts, wenn wir auf die Vergangenheit schauen. Aber ich lasse es einfach nicht stehen, dass wir nicht heute konstatieren müssen, dass wir in den letzten zwei Jahren relativ viel nicht getan haben, und dass wir vor zwei Jahren schon wussten, was wir hätten tun sollen.

Ich will nur daran erinnern, dass wir im September 2012 - das ist die Drucksache 18/155 - in diesem Hause schon auf der Grundlage der Antworten auf Fragen von CDU und FDP eine Debatte geführt haben über die Frage: Welches sind die Herausforderungen der nächsten Jahre, was Flüchtlinge angeht?

Uns war doch bekannt - wenn auch nicht die genaue Anzahl -, in welcher Größenordnung wir da-

mit rechnen müssen, dass wir Menschen in Schleswig-Holstein aufnehmen müssen. Das, was wir erwarten - deshalb redet man von einem Konzept -, ist doch genau vorbereitet. Man weiß nicht nur, es sind 18.800, sondern wir kannten auch die Frage: Wie reagieren wir? Welche **Kapazitäten** haben wir? Welche Kapazitäten müssen wir in welcher Geschwindigkeit noch schaffen, wenn wir mit einer Entwicklung rechnen müssen, wie sie jetzt gerade vor uns steht? Wir machen eine Krisenplanung, aber nicht deshalb, weil wir genau wüssten, wie Krisen eintreten, sondern weil wir wissen wollen: Welche Instrumente müssen greifen, um die Krisen, wenn sie denn eintreten, bewältigen zu können?

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

Wolfram Hammer, ein Journalist, der die Landespolitik mit wachem Auge verfolgt hat, kommentiert - wie ich finde, zu Recht -, wenn die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten wieder nicht mehr ist als salbungsvolle Worte, ohne konkret zu benennen, wie man mit den Problemen fertig werden kann, dann hat die Regierungserklärung nicht nur ihre Wirkung verfehlt, sondern dann ist sie eigentlich überflüssig. Ich sage in allem Ernst: Ich habe relativ wenig neue Erkenntnisse aus der Regierungserklärung gewonnen. Das war die Wiederholung einer Rede in Escheburg und ansonsten das Altbekannte.

(Widerspruch SPD)

- Doch, doch, doch. Das war das Altbekannte, das wir immer wieder hören und lesen. Auch hier empfehle ich die Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses vom 24. Februar 2013, weil wir damals intensiv darüber diskutiert haben. Alles das, was wir dort bereits gehört hatten, ist schon als Maßgabe und Aufgabe der Landesregierung niedergelegt, was getan werden soll. Die spannende Frage wäre aber heute gewesen: Was ist denn davon bisher getan worden, und was ist umgesetzt worden?

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

In dem Zusammenhang, liebe Frau Midyatli und liebe Kolleginnen und Kollegen, werden die 20.000 Flüchtlinge, die wir in diesem Jahr erwarten dürfen - - Wenn es bei 20.000 bleibt, dann können wir uns schon freuen; denn das wird ja nicht einmalig so sein. Wir wissen doch heute schon, dass an den Außengrenzen Europas 300.000 Menschen aus Libyen darauf warten, nach Europa zu kommen. Mehr als eine Million Menschen in Syrien und der Türkei warten darauf, diese elenden Flüchtlingscamps zu verlassen. Wir wissen also, dass die Entwicklung, wie sie jetzt eintritt, von gewisser Dauer sein wird,

(Wolfgang Kubicki)

wogegen wir aus demografischen Gründen auch eigentlich gar nichts haben können. Aber die spannende Frage ist: Wie werden wir damit im Rahmen der **Integration** fertig?

Herr Ministerpräsident, ich halte es für fahrlässig, dass Sie heute hier wieder erklären: „Wir garantieren, dass die Aufnahmekapazität in Boostedt bei 500 bleibt“, solange Sie uns nicht gleichzeitig erklären können, woher die 4.000 anderen Plätze kommen sollen, die wir bis zum Ende des Jahres brauchen.

Wir haben hier einmal gemeinsam, Frau Midyatli und Frau von Kalben, entschieden, dass wir in Schleswig-Holstein keine Zelte aufstellen wollen. Ich kann mich noch sehr gut an die Diskussion erinnern, als die Hamburger Zelte aufgestellt haben. Wir haben auch davon gesprochen, dass wir keine Container wollten. Jetzt aber machen wir das.

Unser Bestreben muss aber doch darin bestehen, möglichst schnell dazu überzugehen, dass dann, wenn wir es uns leisten können, solche Maßnahmen überflüssig werden. Dazu jedoch gibt es bislang auch keine genauen Erkenntnisse. Selbstverständlich hätten wir die Landesbauordnung in den vergangenen zwei Jahren schon angehen können; denn wir wissen doch, wie lange parlamentarische Prozesse dauern, um so etwas zu verändern. Wir können doch auch nicht länger warten; das muss doch jetzt geschehen und nicht erst im Mai und nicht erst im September, weil wir die gleiche Problematik ansonsten wieder haben werden.

(Beifall FDP und CDU)

Verstehen Sie dies bitte nicht als Angriff, sondern als Appell, dass den großen Worten, die wir hier im Parlament immer wieder hören, nun wirklich auch endlich Taten folgen müssen, weil es sonst bei großen Worten bleibt, die die Menschen eher enttäuschen, als dass sie ihnen weiterhelfen.

Herr Ministerpräsident, ich weiß auch nicht, ob die Bereitschaft der Universitäten vorhanden sein wird, auf ihrem Campus Aufnahmeeinrichtungen zu konstatieren. Auch ich weiß nicht, wie wir es schaffen wollen bei 20.000 Menschen, die in diesem Jahre kommen sollen - nehmen wir an, es sind Vier-Personen-Haushalte -, 5.000 Wohnungen zur Verfügung zu stellen, und zwar nicht nur in diesem Jahr, sondern auch im nächsten Jahr und im Jahr darauf wieder.

Auch da müssen wir schnell zu Konzepten kommen, die über wortreiche Erklärungen hinausgehen, was bisher nicht geschehen ist. Ich sage noch ein-

mal: Wir enttäuschen Erwartungen von Menschen auf der einen Seite, und wir frustrieren Menschen in Schleswig-Holstein auf der anderen Seite, die feststellen können, dass ihr ehrenamtliches Engagement irgendwann einmal an die Erschöpfungsgrenze kommt. Auch das ist wieder kein Vorwurf an Sie, verstehen Sie es nicht falsch, sondern wir müssen in die Puschen kommen. Wir alle müssen in die Puschen kommen; denn Schleswig-Holstein hat hier Herausragendes zu leisten.

Herr Ministerpräsident, was ich auf keinen Fall will und was auf keinen Fall passieren darf, ist, dass es uns ähnlich geht wie in Hamburg, dass diese Fragen nämlich urplötzlich auf der Grundlage von Polizeirecht gelöst und damit die Beteiligungsrechte von Kommunen und von Bürgerinnen und Bürgern unterlaufen werden, dass die Probleme so groß werden, dass wir sagen: Jetzt ist der Druck so stark, dass wir mit Polizeirecht zur Gefahrenabwehr arbeiten müssen, dass wir Wohnungen akquirieren und dass wir Menschen vor vollendete Tatsachen stellen. Denn das wird die **Willkommenskultur** bei uns nicht fördern, sondern das genaue Gegenteil bewirken, wie wir in Hamburg übrigens schon sehen können.

(Beifall FDP und CDU - Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Frau von Kalben, ich weiß ja, dass auch Sie das nicht wollen. Aber damit es gar nicht erst dazu kommt und damit die Welle nicht so groß wird, müssen wir, wie gesagt, möglichst schnell handeln. Das sollten wir möglichst schnell gemeinsam auf den Weg bringen. Wir als FDP erwarten von der Regierung hierzu wirklich mehr als Worte. Wir erwarten Konzeptionen, und zwar vor Mai. Denn wenn wir bis Mai, Juni oder Juli warten, dann - das wissen wir genau - werden die rechtlichen Grundlagen dafür nicht vor Mitte des nächsten Jahres ins Werk gesetzt sein mit der Folge, dass wir wieder ein bis zwei Jahre verloren haben werden und die Probleme damit vergrößern, statt Ihnen entgegenzuwirken. Also: Jetzt ist Handeln gefragt!

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch ein Letztes sagen. Wenn die Kommunen und sozialdemokratische Bürgermeister beklagen - ich höre das auch immer wieder von unseren Gemeindevertretern -, dass es ihnen unmöglich ist, für Verständnis zu werben, wenn sie erst zehn Tage, bevor ihnen Menschen zugewiesen werden, davon erfahren, dann müssen wir auch das ändern. Das heißt, hier muss eine wesentlich frühere transparente **Kommunikation** stattfinden. Dann kann, meine ich, Schles-

(Wolfgang Kubicki)

wig-Holstein vorbildhaft in ganz Deutschland für die Aufnahme von Flüchtlingen sein.

Herr Kollege Dr. Stegner, in diesem Zusammenhang appelliere ich auch an Sie, Ihre ablehnende Haltung gegen ein **Einwanderungsgesetz** aufzugeben. Wir können selbstverständlich einen Teil der Probleme, die wir in diesem Bereich haben, durch ein Zuwanderungsgesetz mit einem Punktesystem, wie es beispielsweise auch Herr Oppermann, der SPD-Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag, vorschlägt, lösen, wenn Sie in beiden Verfahren parallel dazu übergehen können, dass Menschen, die die Kriterien erfüllen, sofort, und zwar ohne dass sie ein weiteres Verfahren durchlaufen müssen, bei uns in den Arbeitsprozess integriert und sofort bei uns untergebracht werden können. Das würde wesentlich zur Erleichterung beitragen und vor allen Dingen auch bei den Menschen, die davon Gebrauch machen könnten, sehr schnell auch das Selbstbewusstsein stärken, dass sie in unserem Land wirklich gewollt sind.

(Beifall Dr. Ekkehard Klug [FDP])

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine - - Ja, bitte!

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Ja, ich gestatte das.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Nein, ich wollte den Applaus nicht unterbrechen.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

- Herr Dr. Stegner kann meinen Applaus gern unterbrechen. Ich bin das ja gewöhnt.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:** Da der Applaus so gewaltig war, wollte ich ihn ausklingen lassen.

- Herr Dr. Stegner, sie wollten nur nicht applaudieren, weil Sie aufgestanden sind.

Der Applaus hallt ja wirklich nach. - Ich wollte nicht unwidersprochen lassen, obwohl wir das ja morgen darlegen - ich werde morgen in der Debatte dazu reden -, dass ich ein genereller Gegner eines Einwanderungsgesetzes bin. Ich habe mich so auch nicht geäußert, sondern so, dass ich ein Einwanderungsgesetz nur dann richtig finde, wenn es sich nicht ausschließlich auf die ökonomischen Kriterien beschränkt, sondern ein paar

andere Dinge berücksichtigt, die wichtig sind, wenn man nicht Wasser auf die Mühlen der Rechtspopulisten gießen will. Aber das werde ich morgen darlegen, wenn ich zu Ihrem Antrag rede. Insofern werden Sie die Freude haben, morgen die volle Argumentation hier im Landtag hören zu dürfen.

- Ich bin jetzt schon freudig gestimmt, dass Sie für ein Zuwanderungsgesetz sind, und werde Ihren Worten morgen selbstverständlich sehr aufmerksam lauschen, wie immer, Herr Dr. Stegner, weil Sie ja etwas zu sagen haben, wie ich gehört habe. - Innerhalb der SPD, meine ich, hat er etwas zu sagen. Ich wollte es nur noch einmal betonen, weil ich nicht weiß, ob es alle mitbekommen haben. Solche Dinge wirken ja nachhaltig.

Lassen Sie mich zum Schluss noch einen Satz sagen. Ich bedanke mich wirklich bei allen Beteiligten - Herr Link, Sie sind da - für das ehrenamtliche Engagement. Ohne Sie, ohne den Flüchtlingsrat, ohne die vielen Ehrenamtler vor Ort, ohne die Sportvereine und auch ohne die Freiwilligen Feuerwehren, bei denen man sich mittlerweile Gedanken darüber macht, dass die Menschen, die jetzt in ihre Dörfer ziehen, möglicherweise auch beim Löschen helfen können, und nicht die Seniorenruppe gerufen werden muss, die anschließend nur das Abfackeln des Hauses feiern kann - -

(Heiterkeit)

Wir haben jetzt dankenswerterweise bei uns auch weibliche Feuerwehrleute, die in der Lage sind, einen Schlauch zu tragen. Wenn die Menschen über 60 Jahre alt sind, wird es schon schwierig

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Wie alt bist du denn? - Heiterkeit)

- Lieber Hans-Jörn, wenn die Menschen, so wie wir, über 60 sind, dann wird es einfach schwierig, noch starke körperliche Leistungen zu erbringen. Das schauen wir uns lieber an, als dass wir es selber tun. Aber sei's drum.

Wir müssen uns wirklich dafür bedanken. Denn diese **Integrationsleistung** kann man mit nichts aufwiegen. Was Menschen, die in Sportvereinen, bei Freiwilligen Feuerwehren, in Verbänden und in Kommunen unterwegs sind, auch über unsere Lebensweise lernen, ist wesentlich wichtiger. Ich habe bei uns einmal zu erklären versucht, dass wir nicht nur die Sprache vermitteln müssen, sondern vielleicht auch ein bisschen Staatsbürgerkundeunterricht. Denn Menschen, die aus anderen Kulturkreisen kommen, können ja nicht per se wissen, wie ge-

**(Wolfgang Kubicki)**

sellschaftliches Leben in Deutschland funktioniert. Integration ist nicht nur Sprache. Integration bedeutet auch Integrationskurse, wie es andere Länder auch machen. Auch daran sollten wir vielleicht denken.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP] - Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Das schaue ich mir noch einmal ganz genau an, Frau von Kalben. Ich bin ja nicht grundsätzlich gegen das, was die Grünen sagen, jedenfalls nicht immer. Aber in dieser Frage appelliere ich an uns alle, das hohe Gut der Gemeinsamkeit in Grundsatzfragen bei der Flüchtlingspolitik beizubehalten. Denn das wird auch für die Diskussion in der Gesellschaft stilbildend sein. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor wir in der Debatte fortfahren, begrüßen Sie mit mir eine Gruppe ehrenamtlicher Gleichstellungsbeauftragter des Amts Wilstermarsch und der Stadt Wilster hier im Kieler Landeshaus. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Nun hat für die Fraktion der PIRATEN die Abgeordnete Angelika Beer das Wort.

**Angelika Beer [PIRATEN]:**

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Regierungserklärung zur Flüchtlings- und Immigrationspolitik kommt spät, meines Erachtens sehr spät. Wir haben sie schon mehrmals gefordert. Dennoch muss ich wirklich fragen: Warum kommt sie ausgerechnet heute?

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Wann hätten Sie es denn gern gehabt?)

Herr Ministerpräsident, seit 2013 ist ein kontinuierlicher Anstieg der Flüchtlingszahlen auch bei uns zu verzeichnen. Spätestens seit Sommer letzten Jahres ist bekannt, dass die zentrale Erstaufnahmeeinrichtung in Neumünster aus allen Nähten platzt und den Aufgaben nicht mehr gewachsen ist. Ebenso ist seit letztem Sommer bekannt, dass die Kommunen erhebliche Probleme mit der Unterbringung haben, weil die Aufenthaltszeit in Neumünster immer kürzer wurde und die Umverteilung immer schneller erfolgt.

Schon letztes Jahr hatten wir die Situation, dass die Kommunen gar nicht mehr gefragt worden sind, wohin sie bei sich umverteilen können, sondern die Flüchtlinge einfach angewiesen worden sind und die Kommunen keinen geeigneten Wohnraum vorbereitet hatten.

Den Anschlag in Escheburg, den wir alle verurteilen, erwähnen Sie in einem Atemzug mit den Anschlägen in Paris und Kopenhagen und kommen dann zu der Schlussfolgerung: Doch, auch wir haben jetzt unsere wunde Stelle. - Herr Albig, die haben wir schon lange. Wir haben sie schon über zehn Jahre. Wir haben sie seit Mölln, seit Lübeck, um nur einige zu nennen, seit den verdeckten Aktivitäten des NSU in Schleswig-Holstein und so weiter.

Ich werde darauf nachher noch eingehen, aber hier zunächst betonen - das ist mir wichtig -, dass wir PIRATEN jenseits des Parteienstreits bereit sind, alle Kräfte zu bündeln, um dem gemeinsamen Anspruch, **Flüchtlingen** menschenwürdige **Unterbringung** zu geben, ihren Schutz sicherzustellen und ihnen gegebenenfalls eine Heimat zu bieten, möglichst bald gerecht werden zu können. Keiner von uns weiß, welche Aufgaben damit letztlich verbunden sein werden.

Es ist vollkommen klar, jedenfalls für uns PIRATEN, dass wir uns nicht hinter der gescheiterten EU-Flüchtlingspolitik und auch nicht hinter den Fehlern in der Bundespolitik verstecken können. Die Menschen, die zu uns kommen, erwarten von uns Unterstützung.

(Beifall PIRATEN)

Wir wollen und wir müssen alle Spielräume bei uns im Land ausloten, um für die Menschen eine **Willkommenskultur** zu leben. Diese darf sich nicht auf Moral und Mitgefühl beschränken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU und der SPD, wenn Menschen zum Beispiel aus den Balkanländern, speziell dem **Kosovo**, getrieben von Arbeitslosigkeit, Hunger und Armut ihr Land verlassen müssen und wenn wir bereit sind, ihnen zu helfen, dann lasst uns doch gemeinsam überlegen, wie wir uns besser aufstellen können, um unseren humanitären Ansprüchen gerecht zu werden.

Ich möchte einen Moment beim Kosovo bleiben. Der Flüchtlingsrat Niedersachsen hat die Landesinnenminister für ihre Abschreckungs- und Abschottungspolitik gegenüber Flüchtlingen aus dem Kosovo scharf kritisiert. Die Menschen dort sind in ihrer Existenz bedroht. Sie leben unter menschenunwürdigen Bedingungen. Viele, vor allem Kinder, sind

(Angelika Beer)

unterernährt und frieren, zum Beispiel weil es im Winter kein Brennholz gibt. Da sei es völlig illusorisch zu glauben, sie ließen sich von der negativen Aussicht auf baldige Abschiebung oder überfüllte Aufnahmelager zurückhalten. Der Vorstoß, den Kosovo ebenfalls als sicheres Herkunftsland einzustufen, hätte nichts an der Situation geändert, und das würde auch nicht davon abhalten, zu uns zu kommen.

(Beifall PIRATEN)

Ich möchte dem polemischen Wort „Armutsflichtlinge“ ein etwas älteres Zitat entgegenhalten. Gandhi hat einmal gesagt:

„Armut ist die schlimmste Form von Gewalt.“

Ich glaube, dieser Satz sollte uns zum Nachdenken bringen, wenn wir dabei sind, Menschen als Armutsflichtlinge zu verunglimpfen.

(Beifall PIRATEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, allein eine andere **Europapolitik** - eine europäische Außen- und Sicherheitspolitik, die es de facto zurzeit nicht gibt, eine EU-Erweiterungsstrategie, die diesen Namen verdient, gepaart mit einer Antikorruptionsstrategie - wäre in der Lage, den Menschen auf dem Balkan und woanders eine Perspektive zu bieten. Wir können das hier in Schleswig-Holstein nicht durchsetzen, aber wir sollten auf allen Ebenen dafür streiten.

Am 8. Juli 2010 hat das Europäische Parlament alle EU-Mitgliedstaaten aufgefordert, die Republik Kosovo anzuerkennen. Bisher sind nicht einmal alle EU-Mitgliedstaaten bereit, das zu tun. Lediglich 23 von 28 Mitgliedstaaten haben den Kosovo anerkannt. Griechenland, Rumänien, die Slowakei, Spanien und Zypern erkennen die Republik Kosovo nicht an. Kosovo ist das einzige Land in der Region, mit dem die EU noch kein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen unterzeichnet hat. Man kann auf der einen Seite nicht Menschen ihrem unwürdigen Schicksal überlassen und sie auf der anderen Seite dafür kritisieren und bestrafen, dass sie versuchen, ihrem Schicksal zu entkommen.

(Beifall PIRATEN)

Dieses Kosovo hat gestern den siebten Nationalfeiertag gefeiert, den siebten Jahrestag der Unabhängigkeitserklärung. Gefeierte? Ja, trotz allem. Im Kosovo wurde gefeiert, obwohl Jugendliche immer wieder auf die Straße gehen, obwohl es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen kommt, obwohl Kor-

ruption zwar bekannt ist, aber nicht entschieden bekämpft wird.

Seien wir doch ehrlich: Wir haben den Krieg in Europa in den 90er-Jahren auf dem Balkan längst verdrängt. Die jüngere Generation unter uns weiß kaum noch etwas über die Gründe, warum sich Deutschland erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg an einem nicht vom Völkerrecht gedeckten Krieg beteiligt hat. Heute ist die Wahrnehmung reduziert auf positive Initiativen, die aber die Ursachen verdrängen oder überdecken. Wir unterstützen natürlich den Verein „Schüler Helfen Leben“, der versucht, unterschiedliche Ethnien auf dem Balkan wieder zu versöhnen und zusammenzubringen. Wir freuen uns, wenn Schulpatenschaften mit dem Kosovo nach vielen Bemühungen der Bürgermeister auf beiden Seiten zustande kommen. Wir freuen uns über das „sh:z“-Projekt „ZiSch“, in dem es um das Zeitunglesen in kosovarischen Schulen geht.

Aber wir schweigen über die Tatsachen. Wir verschweigen, dass der Kosovo das Armenhaus Europas ist. Es ist kaum noch präsent - das gehört für mich zu einem umfassenden Politikansatz -, dass noch heute 1.500 internationale Kräfte im Rahmen von EULEX im Kosovo sind. Wer redet bei uns schon noch darüber, dass Deutschland, also wir, noch immer der größte Truppensteller der NATO im **Kosovo** ist?

Haben wir alles vergessen, was in den letzten Jahren seit dem Krieg auf dem **Balkan** passiert ist? Haben wir vergessen, dass Deutschland allein seit 1999 mehr als 420 Millionen € Entwicklungshilfe geleistet hat und wir trotzdem nicht in der Lage sind, zu Demokratie und Souveränität zu kommen? Diese Fragen kann ich nicht beantworten, aber ich denke, wir sollten sie in dieser Diskussion stellen und gemeinsam nach Antworten suchen.

Weil so getan wird, als würden die Kosovaren einfach nur aus Lust zu uns nach Deutschland beziehungsweise nach Europa kommen, möchte ich Folgendes sagen: Erinnern Sie sich an die Zeit kurz vor dem NATO-Einsatz, als über 380.000 Albaner ihr Land verlassen haben und in riesigen Flüchtlingslagern in Mazedonien, in der ganzen Grenzregion lebten, als unklar war, ob es zu einem Bodenkrieg kommt? Erinnern Sie sich noch daran, dass mindestens 380.000 Albaner innerhalb von drei Tagen nach den Angriffen in ihr Land zurückgekehrt sind, weil sie es lieben? Diese Menschen verlassen ihr Land heute nicht, weil sie ihr Land nicht lieben, sondern weil sie dort nicht leben können. Auch das sollte uns nachdenklich machen. Deswegen haben wir gefordert und begrüßt, dass unsere Landesregie-

(Angelika Beer)

zung das **Wintermoratorium** beschlossen und heute angekündigt hat, wieder so zu verfahren.

An dieser Stelle will ich noch etwas zu den Roma sagen. Es ist doch so, dass insbesondere **Roma** in ihren Heimatländern massiv diskriminiert und verfolgt werden und den Winter auf Müllhalden nicht überleben können. Wir müssen zur Kenntnis nehmen - auch da noch einmal meine Kritik an der Europäischen Union -: Die EU-Roma-Strategie ist erbarmungslos gescheitert.

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

- Auch das können wir nicht ändern - das ist richtig, Serpil -, aber wir haben Expertise in Schleswig-Holstein. Wir haben das ECMI, und wir haben exakte Studien, die aufzeigen, was wir tun sollten, damit Europa endlich die Verantwortung übernimmt, wenn es darum geht, dass Roma als Ethnie nicht nur in Schleswig-Holstein geachtet werden - wir erkennen die Rechte unserer Sinti und Roma in unserer Verfassung an -, sondern auch europaweit nicht länger mit Füßen getreten werden.

(Beifall PIRATEN)

Noch einmal zu Europa. Ich finde es schon erschreckend - das soll uns wachrütteln -, dass die **Europäische Union** im Umgang mit **Flüchtlingen** an ihren Außengrenzen offensichtlich jedes internationale Recht massiv verletzt. Diese Tatsache ist nicht neu, aber jetzt mit erschreckenden Bildern zu uns gekommen. Die Kommission unterstützt mit EU-Geldern Pushback-Maßnahmen, die von Angehörigen der EU-Grenzschutzagentur Frontex ausgeführt werden.

Wir haben Bilder aus der **Ukraine** gesehen. In diesem Zusammenhang will ich gerade die Ukraine nennen. Wir wissen nicht, ob der fragile Waffenstillstand hält. Im Moment sieht es eher nicht so aus. Die EU hat aber über Jahre hinweg Flüchtlinge aus Afghanistan und Somalia dorthin geschickt, dorthin abgeschoben. Sie wurden in Internierungslager gesteckt, wo die Flüchtlinge ein Jahr lang nicht einmal das Recht hatten, angehört zu werden. Sie hat diese Internierungslager in der Ukraine legitimiert und finanziert. Wie sollen wir darauf reagieren, und wie wollen wir reagieren, wenn demnächst vielleicht nicht nur Flüchtlinge aus Afghanistan, Irak, Somalia und anderen afrikanischen Staaten kommen, sondern vermehrt auch Menschen aus der Ostukraine, weil sie einfach keinen anderen Weg mehr wissen, als ihr Land zu verlassen? Auch diesbezüglich sollten wir heute nicht über Zahlen spekulieren. Das möchte ich nicht tun; das zeigt aber, welche weiteren Krisen möglicherweise auf uns zu-

kommen werden. Das macht es nicht einfacher, verantwortungsbewusste Konzepte zu entwickeln.

Deswegen ist mein Wunsch und mein Appell in die Zukunft gerichtet: Lasst uns über Zahlen reden, aber nicht in Form von Kosten, sondern lasst uns wissen, dass hinter jeder Zahl ein Mensch steckt. Dann ist es tatsächlich nachrangig, welche Kosten dahinterstehen. Dann müssen wir gemeinsam überlegen, wie viel Geld wir bereit sind, in die Hand zu nehmen. Es geht nicht nur um Geld, aber zumindest das müssen wir tun.

Aus meiner Sicht ist es legitim, dass die Städte und Kommunen mehr Unterstützung bekommen, weil die Fehlentwicklung der letzten Jahre nicht auf ihrem Rücken ausgetragen werden kann. Der Ministerpräsident hat heute gesagt: Wir sollten das zum Anlass nehmen, unseren Umgang mit der Flüchtlingsthematik generell zu überprüfen: Wie gehen wir mit den Menschen in höchster Not um? Für mich ist das keine Frage des Haushalts, es ist eine Frage der Haltung.

Ich finde das gut. Das ist auch eine Frage der **Humanität**. Da gibt es Konsens. Ich habe das so verstanden, dass das auch eine Frage nach einer gemeinsamen Haltung zu einem Nachtragshaushalt 2015 ist. Die Frage ist noch nicht beantwortet. Die Antwort darauf hätten wir aber gern. Wie ist es zu erklären, dass am Dienstag berichtet wurde, dass 6 Millionen € extra für die Kommunen zur Flüchtlingshilfe bereitgestellt werden und wir am Tag darauf eine Stellungnahme von Herrn Studt lesen, nach der das keineswegs der Fall ist und die **Kommunen**, die diese **Kosten** haben, nicht entlastet werden? Das sind widersprüchliche Aussagen, die spätestens hier und heute hätten geklärt werden sollen.

Auch der Städtetag hat ein Recht darauf, eine Antwort auf die Frage nach den 4,1 Millionen € Mehrkosten zu bekommen. Aber auch dem Städtetag sage ich: Denken Sie daran, dass hinter jeder Zahl ein Mensch steht. Fangen Sie jetzt nicht auch noch an, die Unterbringungsstandards infrage zu stellen. An den festgelegten Standards, die noch nicht einmal überall umgesetzt sind, dürfen wir nicht rütteln.

(Beifall PIRATEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Aufenthaltsdauer hat hier schon eine Rolle gespielt. Zehn Tage Maximum. Wir sind zurzeit bei über 1.000 Belegungen in Neumünster.

Der Ministerpräsident hat gesagt, er sehe in dem Ruck durch Schleswig-Holstein als Reaktion auf

(Angelika Beer)

Escheburg auch eine Chance. Ja, das kann sein, und ich hoffe, er hat recht damit. Ich sehe darin aber auch eine Herausforderung. Bei Kommunen, die nicht rechtzeitig unterrichtet werden, bei denen es zuvor gar keine öffentliche Diskussion gibt, wo die Nachbarschaft nicht informiert wird, da ist es nicht eine Chance, sondern eine Gefahr, dass es zu Resentiments welcher Art auch immer kommt. Dadurch könnte die Bevölkerung durch Brandanschläge und Ähnliches gegen Flüchtlinge und gegen eine humanitäre Politik aufgebracht werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Bündnis der Humanität - Herr Albig, Sie brauchen es nicht zu fordern; denn wir haben es - braucht unser aller Unterstützung. Wir haben es in allen Kreisen und allen Kommunen. Es gibt es auch in den kreisfreien Städten mit Initiativen, mit Ehrenamtlichen, mit Initiativen der Ärzte - Ärzte ohne Grenzen -, mit den Kirchen und dem Bürger, der sagt: Ich weiß, diese Welt ist nicht friedlicher geworden. Ich will helfen. Die Menschen haben ein Recht zu kommen.

An dieser Stelle möchte ich ausdrücklich noch einmal den Kirchen danken für ihre Bereitschaft, dann, wenn unsere Möglichkeiten zu Ende sind, die Not der Menschen aber zu groß ist, **Kirchenasyl** zu gewähren.

(Beifall PIRATEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Liebe Kollegen von der CDU, ich möchte ausdrücklich die Kritik von Herrn de Maizière am Kirchenasyl, das er grundsätzlich infrage gestellt hat, zurückweisen. Er hat kein Recht dazu. Das ist eine zutiefst inhumane Politik, die von Berlin aus zu uns herüberschwappt.

(Beifall PIRATEN)

Wir wollen alle gemeinsam den Blick nach vorn richten. Wir werden auch morgen darüber diskutieren. Deshalb möchte ich das jetzt nur kurz ansprechen. Von unterschiedlicher Seite wird angeregt, darüber zu diskutieren, ein Integrationsministerium in Berlin zu gründen, um alle Fäden und die wahn-sinnig vielen unterschiedlichen Vorschriften und Paragraphen zusammenzuführen.

Ich finde, wir sollten darüber diskutieren. Ich würde mich außerdem freuen, wenn sich die Koalitionsfraktionen auf eine Sachdebatte über den Antrag von CDU und PIRATEN einlassen würden, einen **Ausschuss für Integration und Flüchtlingspolitik** einzurichten. Vielleicht kommen wir zu dem Ergebnis, dass eine Integrationsinstitution auf ministeriel-

ler Ebene notwendig ist. Das wäre am heutigen Tag aber zu weit nach vorn gegriffen.

Wir möchten also diesen Versuch starten, aber nicht in Konfrontation, sondern weil wir glauben, dass es sinnvoll ist, alle Bereiche, die wir brauchen - Soziales, Bildung und Gesundheit -, zusammenzubringen und die Frage der Humanität nicht immer nur auf Innen und Recht zu beschränken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Schluss möchte ich noch die Abschiebehaftanträge ansprechen. Die PIRATEN haben diesen Antrag eingebracht, weil wir sehr froh waren über die Entscheidung, dass die Abschiebehafteinrichtung in Rendsburg geschlossen wird. Das war auch weitgehend Konsens im Haus. Wir wollen, dass sich auch die Landesregierung in Berlin dafür einsetzt, bundesweit die **Abschiebehaft** abzuschaffen.

Als Tischvorlage liegt ein Antrag der Koalitionsfraktionen vor. Wir freuen uns über den Titel, mit dem gefordert wird, die Abschiebehaft bundesweit abzuschaffen. Das ist ein Teil unseres Antrags. Dieser ist in letzter Minute, aber gerade rechtzeitig eingereicht worden. Ich glaube, wir können dem zustimmen. Gleichwohl bitten wir, über unseren Antrag abzustimmen, da unser Antrag sehr viel weitgehender ist.

Von den Grünen hätte ich gern noch eine kurze Stellungnahme - Redezeit ist noch genügend da -, warum sie unserem Antrag nicht zustimmen. Ich möchte nicht darauf verzichten, darauf hinzuweisen, dass unser Antrag fast wortgleich übereinstimmt mit dem Parteiratsbeschluss von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus dem Jahr 2010. Wenn ihr schon über das Stöckchen springt und die SPD auch mitgegangen ist, was wir toll finden, dann können wir doch gleich den Piratenantrag unterstützen. Dann haben wir das ganze Spektrum abgedeckt. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall PIRATEN)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Für die Kollegen des SSW hat der Abgeordnete Lars Harms das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir die Flüchtlingsströme auf der Welt betrachten, können wir feststellen, dass wir es in Deutschland objektiv gesehen nicht gerade mit einem Flüchtlingsstrom zu tun haben. Dies gilt schon gar nicht für Schleswig-Holstein. Wir haben

(Lars Harms)

im vergangenen Jahr insgesamt 7.620 Flüchtlinge aufgenommen. In diesem Jahr werden es möglicherweise rund 20.000 Flüchtlinge sein. Ist das viel? Wir meinen nein. Das ist jedenfalls so, wenn man unsere Zahlen mit den Zahlen anderer Länder vergleicht.

Im ersten Halbjahr 2014 lagen die Flüchtlingszahlen nach UNHCR-Angaben in Pakistan bei 1,6 Millionen Menschen, im Libanon bei 1,2 Millionen Menschen, im Iran bei 1 Million Menschen und in der Türkei bei 800.000 Menschen. Selbst das vergleichsweise arme Jordanien nahm 700.000 Menschen auf.

Nehmen Sie diese Halbjahreszahlen mal zwei, dann reden wir allein bei diesen Ländern um zwischen 1,5 Millionen und 3 Millionen Menschen pro Jahr, aber nicht um 7.620.

Alle diese Angaben unterliegen darüber hinaus einer stetig steigenden Tendenz. Diese Zahlen bestätigen, dass die Menschen eben nicht wegen irgendwelcher hohen Leistungen zu uns kommen. Insbesondere die ärmeren Länder der Welt haben die Hauptherausforderungen der **Flüchtlinge** zu tragen. Wer also objektiv auf die Flüchtlingslage schaut, der kann gar nicht anders, als zu akzeptieren, dass die Herausforderungen, die vor uns liegen, gemeistert werden können und gemeistert werden müssen.

Gerade vor diesem Hintergrund sage ich, dass einer der Leitsätze unseres Grundgesetzes uneingeschränkt Geltung hat und nicht hinterfragt werden darf:

„Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

Gleiches gilt für die Bestimmung im Grundgesetz, die da heißt:

„Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.“

Beide Leitsätze bilden für uns den Rahmen, in dem sich unsere Gesellschaftsordnung bei Flüchtlingsfragen bewegt. Diese Grundsätze sind nicht verhandelbar. Wer dies nicht akzeptieren will, der wendet sich gegen die Grundfesten unserer Gesellschaftsordnung.

Es mag sein, dass wir in Schleswig-Holstein eine Tradition haben, die sich im Besonderen dem Nächsten verpflichtet fühlt. Diese **Nächstenliebe** mag jeder aus seinem eigenen Gesellschaftsbild herleiten, möge es nun auf einer christlichen, einer islamischen oder auch auf einer anderen philosophischen Grundlage beruhen. Die Schlussfolgerung muss immer dieselbe sein: Alle Menschen sind

willkommen, und wir helfen gerne. Deshalb diskutieren wir als rot-grün-blaue Koalition auch nicht darüber, ob wir helfen wollen oder ob wir helfen können, sondern wir tun dies einfach.

Wir wissen jetzt schon, dass wir aufgrund der steigenden Flüchtlingszahlen mehr Lehrer brauchen, um den jungen Menschen Deutsch als Zweitsprache beizubringen. Wir haben hierbei in den vergangenen beiden Jahren schon viel geleistet. Wir sehen aber, dass dies trotz aller Anstrengungen noch nicht genug ist. Wir werden wahrscheinlich mehr als 200 zusätzliche DaZ-Lehrer benötigen, um dem zukünftigen Bedarf entsprechen zu können. Deshalb müssen diese eingestellt werden.

Überhaupt wird es notwendig sein, noch mehr **Lehrer** in das System zu geben, um hier zu helfen. Die Schulen werden einen erhöhten Bedarf aufgrund von höheren Schülerzahlen haben. Diesen Bedarf wollen wir abdecken. Wie gesagt, dabei schauen wir nicht auf den einzelnen Euro, sondern auf die Problemlage. Wo Hilfe nötig ist, wollen wir helfen.

Die **Kommunen** wollen übrigens auch helfen. Wir wissen, dass die Unterbringungssituation für die Kommunen eine riesige Herausforderung darstellt. Wir werden auch hier nicht als Paragrafenreiter auftreten, sondern den Kommunen bei ihrer flexiblen Handhabung der Herausforderungen im Flüchtlingsbereich zur Seite stehen. Wir erstatten den Kommunen 70 % der Betreuungskosten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Daran wird auch bei steigenden Flüchtlingszahlen nicht gerüttelt.

Wir fordern den Bund auf, dafür Sorge zu tragen, dass die **Asylverfahren** noch zügiger bearbeitet werden können. Wir wissen, dass das schwierig ist, aber das ist nötig, damit auch die Kommunen finanzielle Planungssicherheit bekommen.

Im Übrigen können wir uns durchaus vorstellen, dass der Bund bei dieser nationalen Aufgabe noch stärker als bisher einsteigt und die Länder und Kommunen strukturell entlastet. Schließlich sind Länder und Kommunen in der Bundesrepublik überall gleich betroffen. Solange wir keine vernünftige einheitliche europäische **Flüchtlingspolitik** haben, muss der Bund diese nationale Herausforderung maßgeblich mit bewerkstelligen.

Wenn wir schon beim Bund sind, muss ich sagen, dass die Bundesregelungen ausdrücklich vorsehen, dass Länder einen **Winterabschiebestopp** verhängen können, was wir getan haben. Damit hat sich das Land rechtskonform entsprechend dieser bundesrechtlichen Regelungen verhalten. Wir setzen somit Bundesrecht um. Das führt nicht automatisch

(Lars Harms)

dazu, dass das Land hierfür die zusätzlichen Kosten übernehmen kann.

Wir entlasten die Kommunen aber auf andere Art und Weise. Wie eben schon gesagt, geben wir mehr Lehrer in das System, um so auch den Druck von den Kommunen zu nehmen. Wir behalten die bisherige Kostenbeteiligung weiterhin bei.

Wir wollen auch die **Gesundheitskarte** für Flüchtlinge einführen. Bisher muss sich jeder Flüchtling eine Bescheinigung für einen Arztbesuch beim zuständigen Amt besorgen. Allein die Tatsache, dass dies diskriminierend ist, sollte dazu führen, eine solche Regelung abzuschaffen. Sie ist aber auch extrem bürokratisch. Ein Nichtmediziner in der Amtsstube soll entscheiden, ob jemand krank ist oder nicht? Gleichzeitig muss der gesamte Vorgang dokumentiert werden. Später muss dieser auch noch abgerechnet werden.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Ja, wie bei anderen Patienten auch!)

Das sage ich im Übrigen noch zu den teuren Sätzen der privaten Krankenversorgung. Das ist für die Kommunen extrem bürokratisch und teuer.

(Beifall SSW)

Wir wollen die Gesundheitskarte für Flüchtlinge jetzt mit Finanzmitteln des Landes einführen. Hierzu sind wir in Gesprächen mit den Krankenkassen. Die Erfahrungen unserer Nachbarn in Hamburg zeigen, dass hierbei nicht nur auf kommunaler Seite erhebliche Bürokratie und Kosten abgebaut werden können, sondern dass dies auch zu einer unkomplizierten und endlich nicht mehr diskriminierenden Handhabung führen wird. Das ist also eine Win-win-Situation für alle, aber besonders für die Kommunen.

Ich habe eben schon darauf hingewiesen, dass die Kommunen erhebliche Schwierigkeiten haben, die Menschen unterbringen zu können. Wir werden deshalb versuchen, auch an anderen Orten weitere Erstaufnahmeeinrichtungen zu errichten. Gedacht ist dabei an Landesflächen insbesondere in der Nähe von Hochschulen. Deshalb ist der Innenminister in Gespräche eingestiegen. Das hat der Ministerpräsident eben gesagt.

Je länger die Menschen in solchen Erstaufnahmeeinrichtungen betreut werden können, desto schneller können ihre Anträge bearbeitet werden, und desto schneller können die Menschen erste Maßnahmen bekommen. Beides wird die Kommunen entlasten.

Dabei möchte ich nicht verhehlen, dass es hier auch möglich sein kann, dass wir in den Sommermonaten auf Zeltunterkünfte und über das ganze Jahr hinweg auf feste mobile Unterkünfte zurückgreifen müssen. Das ist nicht schön, wird sich aber möglicherweise nicht verhindern lassen.

Trotz dieser Probleme bleibt es aber das Ziel, weiterhin eine humane Flüchtlingspolitik zu verfolgen. Dazu zählt auch, dass Menschen, die zu uns flüchten und nichts verbochen haben, nicht in Haft genommen werden. Die Abschiebehaftanstalt in Rendsburg ist deshalb nach gründlicher politischer Vorbereitung geschlossen worden. Das wurde im Koalitionsvertrag so vereinbart und bringt daher wenig Überraschung mit sich.

Natürlich wurde in den vergangenen Jahren auch auf Bundesebene für eine Abschaffung der **Abschiebehaft** geworben. Jedoch fand diese Initiative keine mehrheitliche Zustimmung. An den grundsätzlichen Umständen zeichnet sich derzeit keine Veränderung ab. Daher sind sämtliche Bestrebungen vorläufig auf Stand-by geschaltet. Ein erneuter Antrag auf Bundesebene für eine Abschaffung der Abschiebehaft wäre somit ohne Frage ein politisches Signal, mehr aber auch nicht.

Inhaltlich ist für uns als SSW klar, dass wir zu unserer Aussage stehen, die Abschiebehaft nicht anwenden zu wollen. Es könnte jedoch ein Zeitpunkt kommen, zu dem wir auf Landesebene rechtlich gezwungen sind, von der Abschiebehaft oder einem Gewahrsam Gebrauch zu machen. In einem solchen Fall gilt für uns als SSW natürlich die Maßgabe, die Menschen eher in Gewahrsam zu nehmen und dies gleichzeitig so wenig freiheitseinschränkend wie möglich auszurichten. Da gibt es vielerlei Möglichkeiten, die die Landesregierung nutzen kann, damit eine klassische Abschiebehaft nicht gänzlich zum Tragen kommt. Fakt ist, dass ein solches Szenario trotz allem nicht ausgeschlossen werden kann. Daher vertrauen wir als SSW darauf, dass sich der Innenminister dieser Problematik bewusst ist und zu gegebener Zeit für die Abschaffung der Abschiebehaft erneut auf Bundesebene werben wird.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Derzeit haben wir allerdings wenige Erfolgsaussichten. Dafür reicht ein kurzer Blick auf die jeweiligen Positionen im Bundesrat, die leider nicht so sind, wie unsere eigene Position ist. Daher geht der Antrag der PIRATEN völlig an der Sache vorbei und würde dabei höchstens in der Vitrine landen. Trotzdem halten wir natürlich an unserem politi-

(Lars Harms)

schen Ziel, der Abschaffung der Abschiebehaft, fest. Aber ein Antrag zur jetzigen Zeit erscheint uns nicht unbedingt zielführend.

Ein auf der Hand liegendes Thema, für das sich aus unserer Sicht sehr wohl Mehrheiten finden könnten, wäre die Öffnung der **Migrationsberatung**. Bisher sind sämtliche Maßnahmen, die vom Staat bereitgestellt werden können, an den jeweiligen Aufenthaltsstatus gebunden. Was sich im ersten Moment vielleicht nicht ganz verkehrt anhört, erweist sich im Alltag jedoch als quasi unüberwindbare Hürde. Flüchtlinge mit ungesichertem Aufenthaltsstatus haben keinerlei Ansprüche auf Leistungen wie professionelle Migrationsberatung, Bildungskurse oder den Zugang zur legalen Arbeitsaufnahme. Der Staat verhindert derzeit den wichtigsten Faktor zur Teilhabe und Integration, nämlich die Ausübung einer beruflichen Tätigkeit.

Wir vom SSW wollen uns nicht mit dieser Ausgangsposition zufriedengeben. Die Menschen, die zu uns kommen, sind willig, einen anderen Weg als denjenigen zu gehen, den das System derzeit vorschreibt. Diesen Weg wollen wir für diese Menschen öffnen. Eine Bundratsinitiative zur Öffnung der Migrationsberatung ist daher ein Schritt von vielen. Nichtsdestoweniger ist genau hier die richtige Stelle, um eine Veränderung des Systems voranzubringen. Die Migrationsberatungsstellen sind die erste Anlaufstelle, um an Informationen zu gelangen und um eine erste Orientierung überhaupt möglich zu machen. Dazu sollten wir den Bund aus meiner Sicht immer wieder auffordern.

(Beifall SSW, SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein jeder Anfang ist ausschlaggebend für die weitere Entwicklung. Daher sind die Maßnahmen, die am Anfang eines jeden Aufenthalts stehen, von besonderer Bedeutung. Derzeit steht am Anfang für die Menschen, die zu uns kommen, nur sehr wenig zur Verfügung, jedenfalls im Vergleich zu dem, was wir ihnen eigentlich alles anbieten könnten. Für uns als SSW steht fest, dass diejenigen, die zu uns kommen, vom ersten Tag an lernen, arbeiten, teilnehmen und vor allem selbst etwas zum Alltag bei uns in Schleswig-Holstein beitragen können sollen.

Bis dahin ist es noch ein Stück zu gehen. Mit der Öffnung der Migrationsberatung für alle Ankömmlinge wäre sicherlich ein weiterer wichtiger Schritt in die richtige Richtung getan. Aber das darf nicht der Einzige sein. Deshalb fordern wir vom Bund, dass **Integrationskurse** vollständig für alle geöff-

net werden, die zu uns kommen. Das Erlernen der deutschen Sprache und das Kennenlernen unserer Kultur dürfen nicht vom Aufenthaltsstatus der jeweiligen Personen abhängen. Wenn wir wollen, dass sich die Menschen bei uns integrieren, müssen wir ihnen auch die Chance dazu geben. Dann muss es auch eine Möglichkeit geben, die rechtliche Situation von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen zu verbessern. Dann muss man den Asylsuchenden auch Möglichkeiten geben, eine Ausbildung aufzunehmen, sie diese drei Jahre lang durchziehen zu lassen und eine Arbeit anzunehmen, um eine Chance und eine Perspektive zu bekommen. Wir fordern den Bund auf, hierfür endlich entsprechende moderne Regelungen zu schaffen.

Genauso ist es mit der **Gesundheitskarte**. Wir gehen in Schleswig-Holstein einen wichtigen Schritt, indem wir die Gesundheitskarte für Flüchtlinge einführen wollen. Aber auch dies ist eigentlich eine nationale Aufgabe. Deshalb muss der Bund auch hier für eine gesicherte bundesweite Finanzierung sorgen, damit alle Flüchtlinge in Deutschland die gleichen Möglichkeiten haben.

Letztlich muss der Bund Vorreiter für eine humane Flüchtlingspolitik in Europa sein und insbesondere auf Ebene der EU dafür Sorge tragen, dass Humanität das oberste Ziel einer gemeinsamen **Flüchtlingspolitik** ist und dass sich alle Staaten gemeinsam an dieser Herausforderung beteiligen.

Meine Damen und Herren, einige von Ihnen können sich sicherlich noch gut an unseren Besuch in Rumänien und Mazedonien sowie die Menschen dort erinnern,

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja!)

die uns immer nur belehren wollten, wie toll sie es machen, dass sie die Europäische Union abschotten und dass die Grenzen dicht sind. Uns wurde gesagt, dass Schiffe irgendwo auf dem Schwarzen Meer fahren, um den letzten Flüchtling von der Einreise in die EU abzuhalten.

Das ist genau die falsche Politik. Was wir brauchen, ist eine flüchtlingsfreundliche Politik in Europa, eine **Aufnahmepolitik**, und das in allen europäischen Ländern. Das ist die eigentliche Aufgabe, die unter anderem auch die Bundesregierung hat, wenn es um europäische Flüchtlingspolitik geht.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie sehen also: Wir als rot-grün-blaue Koalition nehmen alle Herausforderungen an. Wer sagt, eine

(Lars Harms)

verstärkte **Abschiebung** dieser armen Menschen sei die Lösung, der handelt unchristlich - das hilft vielleicht bei einigen -, und der handelt nach meiner Auffassung auch unmenschlich. Wir tun das nicht. In unserem Weltbild ist kein Platz für Fremdenhass, kein Platz für Ausgrenzung und kein Platz für irgendwelche dumpfen Parolen. Bei uns ist nur Platz für Herzlichkeit, Freundschaft und ein ehrliches Willkommen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Meine Damen und Herren, ich teile Ihnen nunmehr die restlichen Redezeiten mit, die sich auf die einzelnen Fraktionen wie folgt verteilen: Die CDU hätte noch 14 Minuten, die SPD 3 Minuten, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 13 Minuten, die Fraktion der FDP 21 Minuten, die Fraktion der PIRATEN 12 Minuten und der SSW 15 Minuten.

Ich habe den Hinweis bekommen, dass als nächstes die Kollegin Astrid Damerow für die CDU sprechen möchte. Ich erteile ihr hiermit das Wort. - Herr Garg, ich habe Sie auch gesehen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Alles gut!)

#### Astrid Damerow [CDU]:

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich konzidiere nach der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten heute Morgen und auch nach dem Redebeitrag der Kollegin Serpil Midyatli, dass zumindest die SPD durchaus anerkennt und auch dazu steht, dass Menschen, die keinen **Aufenthaltstitel** bei uns erhalten, in ihre **Herkunfts-länder** zurückgeführt werden sollen. Das klang im Übrigen letztes Jahr im November noch völlig anders. Da sind wir, als wir genau dieselbe Forderung gestellt hatten, sehr harsch sowohl vom Fraktionsvorsitzenden Dr. Stegner als auch vom Ministerpräsidenten in die Ecke gestellt worden. Deshalb freut es mich umso mehr, dass Sie sich hier ganz offensichtlich Ihrer Parteilinie anschließen und vor allem auch, dass Sie das heute so deutlich gemacht haben. Dass Sie dabei einen Dissens innerhalb Ihrer Koalition haben, mag dann Ihr Problem sein, mit dem Sie selbst zurecht kommen müssen.

Ich möchte zunächst kurz auf die vorliegenden Anträge zur Abschiebung und zur **Abschiebehaft** eingehen. Es wird Sie alle nicht überraschen, dass wir beide Anträge ablehnen werden, weil wir nach wie

vor der Ansicht sind, dass das Mittel der Abschiebehaft das allerletzte Mittel ist - und so wird es bei aller Sorgfalt auch angewandt -, das wir haben, um vollziehbar Ausreisepflichtige, die sich einer Ausreise entziehen, auch abschieben zu können. Aus diesem Grund hält die CDU-Landtagsfraktion an dem Mittel der Abschiebehaft fest. Ich sagte es bereits: Wir werden Ihre Anträge ablehnen.

Ich komme nun zur Regierungserklärung des Ministerpräsidenten, der unglücklicherweise - so glaube ich - nicht da ist. Das bedauere ich außerordentlich.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Wahrscheinlich gibt er draußen ein Interview! - Heiterkeit)

- Vielleicht gibt er in der Tat ein Interview. Aber das wollen wir akzeptieren, weil hier gleiches Recht für alle gilt.

Wir haben heute Morgen eine Regierungserklärung gehört, die in keiner Weise, aber wirklich in gar keiner Weise überraschend war. Ich frage mich bis jetzt, was überhaupt der Anlass dafür war, denn es gibt keinerlei neue Erkenntnisse. Es ist heute mehrfach auf unseren Antrag von Ende 2013 Bezug genommen worden. Überhaupt nicht erwähnt wurde, dass wir über diesen Antrag, weil es ein Berichts-antrag ist, der einen halbjährlich zu haltenden Bericht fordert, in der Zwischenzeit bereits zweimal gesprochen haben. All das, was die Landesregierung uns heute als ihre großen Erkenntnisse dargestellt hat, haben wir bereits zweimal hier in diesem Landtag diskutiert.

Im Übrigen hat die Landesregierung eine Große Anfrage der CDU zur **Integrations- und Flüchtlingspolitik** beantwortet. Auch dort gab es Fragen zur Unterbringung von Flüchtlingen. Auch damals hat sich die Landesregierung bereits mit dieser Thematik befasst. Es hat sie nur leider nicht dazu animiert, in irgendeiner Art und Weise tätig zu werden.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo kommt die Erstaufnahme her? Fällt die vom Himmel?)

- Diese Erstaufnahme, Kollegin von Kalben, haben wir schon länger. Dass diese Erstaufnahme nicht ausreicht, das wissen wir doch alle seit über einem Jahr. Was da passiert, ist aus der reinen Not entstanden. Sie waren doch sicherlich auch erst kürzlich dort. Schauen Sie sich doch an, wie die Unterbringung dort stattfindet. Das liegt doch alleine daran, dass diese Landesregierung über ein Jahr lang ihre Hände in den Schoß gelegt hat, sich über uns

(Astrid Damerow)

lustig gemacht hat und immer nur dann tätig wird, wenn etwas hochkocht. Dann wird der Deckel draufgeknallt, und in der nächsten Ecke kocht der nächste Topf über.

(Beifall CDU)

Im Übrigen konnten wir genau die gleiche Vorgehensweise vor 14 Tagen im Innen- und Rechtsausschuss erleben, als uns die Finanzministerin zugehen musste, dass sie leider die Frage nach den zur Verfügung stehenden **Landesliegenschaften** in unserer Großen Anfrage falsch beantwortet hat. Sie war komplett überrascht, dass das auch möglich ist und dass es notwendig ist. Sie hat uns zugesagt, dass es jetzt ab sofort stattfindet. Ich frage mich manchmal: Was findet eigentlich dienstags am Kabinettstisch statt? Reden die nicht miteinander?

(Zurufe Martin Habersaat [SPD] und Beate Raudies [SPD])

Was macht eigentlich die Staatskanzlei, die das Ganze zu koordinieren hat? - Dann stellt sich der Ministerpräsident heute Mittag hin und tut so, als hätte er jetzt gerade erkannt, dass endlich Handlungsbedarf besteht. Im Grunde kann das alles nicht wahr sein.

Meine Damen und Herren, wir diskutieren hier nicht über die Frage, ob wir oder unsere Bevölkerung Angst vor Überfremdung hat. Das ist der Versuch, diese Debatte auf eine Ebene zu heben, auf die sie nicht gehört. Wir diskutieren hier auch nicht darüber, ob Flüchtlinge Probleme bereiten. Auch das ist nicht die Frage. Die Einzige, die Probleme bereitet, ist die Landesregierung, weil sie sich nicht darum kümmert.

(Beifall CDU und FDP)

Dann werden nicht die Flüchtlinge das Problem sein, sondern dann werden die Menschen vor Ort, unsere Bürgermeister und unsere ehrenamtlichen Helfer Probleme bekommen, weil sich die Menschen überfordert fühlen, weil wir gar nicht mehr genügend Zeit haben, sie mitzunehmen. Der Kollege Kubicki hat es richtigerweise wiederholt angemahnt: Es ist notwendig, dass wir genügend Zeit haben, um unsere Bürger mitzunehmen. Wir alle wissen, dass das so ist. Wenn wir ehrlich miteinander sprechen, wissen wir alle, dass diese Landesregierung hier heftige Versäumnisse eingestehen muss. Bis heute fehlt offensichtlich die Einsicht. Vielleicht ist sie von gestern auf heute gekommen, ganz offensichtlich zumindest einmal beim Innenminister, der vorletzte Woche auf meine Frage, wie viele Flüchtlinge er prognostiziert denn erwarte,

sehr süffisant klargemacht hat: Wenn ich Wert auf solche Zahlenspiele lege, dann sei er auch bereit, mir die zu liefern. - Bis heute warte ich darauf. Heute Morgen lese ich in der Zeitung, dass es 20.000 sein sollen. - Toll. Einmal abgesehen davon, dass diese Missachtung - -

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie wollten die Berechnungsgrundlage und nicht die Zahlen!)

- Ich hatte gefragt: Was schätzt die Landesregierung, wie viele Plätze sie brauche, um einen sechswöchigen Aufenthalt sicherzustellen? - Daraufhin wurde auf Zahlenspiele verwiesen.

(Serpil Midyatli [SPD]: Das zum Thema Sachlichkeit!)

Wir wollen nicht zurückblicken. Wir gehen jetzt einmal von diesen 20.000 aus. Jetzt bin ich sehr gespannt, wann die Landesregierung hier nun wirklich tätig wird. Wir mussten auch beim letzten Mal erfahren, dass es ein halbes Jahr gedauert hat, bis Ihnen einfiel, dass man in Boostedt vielleicht auch einmal mit den Menschen reden muss.

(Beifall CDU und FDP)

Also wissen Sie: Ich höre die Botschaften des Ministerpräsidenten wohl, allein mir fehlt der Glaube. Ich fürchte, wir werden da noch einige Male den Finger in die Wunde legen müssen, bis die Landesregierung sich endlich bewegt. Wie unangenehm Ihnen dieses Finger-in-die-Wunde-Legen tatsächlich ist, haben wir sehr deutlich zu spüren bekommen, als wir gemeinsam mit der Piratenfraktion einen **Ausschuss für Flüchtlings- und Integrationspolitik** gefordert haben, eben einfach weil wir feststellen, dass uns dieses Thema in den kommenden Jahren intensiv beschäftigen wird. Dieses werden wir im Innen- und Rechtsausschuss in all seiner Bandbreite und in all seiner ressortübergreifenden Bedeutung zukünftig nicht bewältigen können. Ich bedauere es sehr, dass wir hier immer noch nicht weitergekommen sind, und die Kompromissvorschläge, dieses in irgendeiner Weise im Innen- und Rechtsausschuss vorgezogen abzuarbeiten, halte ich nicht wirklich für zielführend. Ich würde mir wünschen, wir kämen hier zu anderen Lösungen.

(Beifall PIRATEN und vereinzelt CDU - Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Auch das wäre ein Zeichen. Leider Gottes sind hier die Signale aus den Regierungsfractionen ausgeblieben. Wir haben mehrfach mit Ihnen darüber gesprochen, bereits Ende vergangenen Jahres.

(Astrid Damerow)

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dieser Antrag kam auch nicht wie ein Schachtelteufel plötzlich hervor, sondern über den Antrag haben wir uns vorher interfraktionell sehr wohl unterhalten. Leider bestand kein Interesse. Wir nehmen das zur Kenntnis. Wir bedauern es außerordentlich, dass wir nicht dazu kommen,

(Zurufe Serpil Midyatli [SPD] - Glocke Präsidentin)

einen solchen Ausschuss einzurichten.

(Serpil Midyatli [SPD]: Unverschämtheit! - Zurufe - Serpil Midyatli [SPD]: Der weiß doch gar nicht, wovon der redet!)

- Ich weiß sehr wohl, wovon ich rede.

(Serpil Midyatli [SPD]: Ich habe mit Herrn Arp geredet! - Unruhe)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Meine Damen und Herren, ich bitte um etwas mehr Contenance, und ich bitte, Frau Abgeordnete Damerow ausreden zu lassen.

(Serpil Midyatli [SPD]: Ja, und ich bitte, Unterstellungen sein zu lassen!)

**Astrid Damerow [CDU]:**

Herr Ministerpräsident, ich habe den Eindruck, Sie haben erst jetzt wirklich erkannt, dass wir hier in unserem Land vor einer Herausforderung stehen, die uns einiges abverlangt.

Sie haben Haltung eingefordert. Die haben ganz viele Menschen in diesem Land schon sehr lange. Die Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren, zeigen eine hervorragende Haltung. Die Bürgermeister, die sich seit eineinhalb Jahren mit den Herausforderungen konstruktiv auseinandersetzen, zeigen eine hervorragende Haltung. Die Menschen, die ehrenamtlich Bündnisse und Runde Tische ins Leben gerufen haben, zeigen eine hervorragende Haltung.

Ich hätte mir gewünscht, dass diese Landesregierung ebenso eine hervorragende Haltung zeigt, indem sie die Bedeutung dieses Themas anerkennt und früher tätig wird. Es ist gut, dass Sie es jetzt tun, aber Sie haben eine Menge versäumt. Zur **Willkommenskultur**, von der Sie immer so gern reden, gehört allermindestens, dass die Menschen, die bei uns ankommen, adäquat untergebracht werden. Dazu hätten Sie die Möglichkeit gehabt. Sie

haben sie nicht ergriffen. Das ist und bleibt Ihre Verantwortung. - Vielen Dank.

(Beifall CDU und Uli König [PIRATEN])

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Meine Damen und Herren, bevor wir in der Debatte fortfahren, möchte ich Sie bitten, mit mir gemeinsam Mitglieder des CDU-Ortsverbands Schönberg im Kieler Landeshaus zu begrüßen. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Nun hat für die FDP-Fraktion der Kollege Heiner Garg das Wort. - Herr Garg, Sie haben maximal 21 Minuten Redezeit.

(Christopher Vogt [FDP]: Die braucht er auch! - Zurufe)

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Symbole sind manchmal wichtig, gerade in der Politik. Sie wollten mit Ihrer Regierungserklärung heute vermutlich ein solches Symbol setzen. Ich finde es richtig, was Sie zu der **Willkommenskultur** und der Leistung der Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner in der Vergangenheit, aber auch heute in dieser Frage gesagt haben, allerdings sind Taten angesichts der Situation der vielen Menschen, die zu uns kommen und nach Hilfe suchen, im Moment mindestens ebenso wichtig wie Symbole.

Die FDP-Fraktion hat vor zwei Wochen im Schleswig-Holsteinischen Landtag eine Veranstaltung zur Zuwanderung durchgeführt. Wir haben dazu den Oberbürgermeister der Stadt Goslar eingeladen. Dr. Oliver Junk ist am Ende letzten Jahres dadurch positiv aufgefallen, dass er sich in einer Situation, in der darüber gestritten wird, ob das Boot voll oder zu voll ist, ob wir keine Flüchtlinge mehr aufnehmen können, weil möglicherweise Überfremdung droht, hingestellt und sehr mutig gesagt hat, seine Stadt wolle mehr Flüchtlinge aufnehmen, weil seine Stadt wie Deutschland insgesamt Menschen aus anderen Ländern braucht, und zwar nicht nur, um den demografischen Wandel zu bewerkstelligen, sondern weil diese Vielfalt guttut.

Der Mann wird - im Übrigen auch von eigenen Parteifreundinnen und Parteifreunden - in den sozialen Netzwerken zum Teil ziemlich übel beschimpft. Wenn man sich das anguckt, was da an Reaktionen

**(Dr. Heiner Garg)**

auf seine - wie ich meine - sehr fortschrittliche und mutige Zuwanderungspolitik kommt, schämt man sich.

Er hat auf der Veranstaltung etwas ganz Entscheidendes gesagt, was ich in die heutige Debatte einbringen möchte. Unabhängig von den Nuancen, wie hier diskutiert wird, rate ich uns allen, dass wir damit anders umgehen als in den vergangenen Jahrzehnten. Er hat gesagt: Was fehlt, ist die Vorbereitung für Akzeptanz. Ob es uns gefällt oder nicht: Es gibt eine ganze Menge Menschen, in Schleswig-Holstein genauso wie im Rest der Bundesrepublik, die nicht vorbereitet sind auf das, was mit **Akzeptanz** beschrieben wurde.

Da sind wir gefordert durch die Art und Weise, wie wir miteinander diskutieren, aber auch durch konkrete Taten, damit wir nicht die Fehler der Integrationspolitik der letzten Jahrzehnte machen. Dort ist nämlich nie Akzeptanz geschaffen worden für die berühmten Gastarbeiter der 50er- und 60er-Jahre, weil man immer gedacht hat, die gingen demnächst sowieso wieder nach Hause.

(Vereinzelter Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

Damit wir den Fehler nicht machen, ist die rechtzeitige Information, das rechtzeitige Einbinden der Menschen vor Ort dringend notwendig. Es ist eine geradezu zwingende Voraussetzung, egal wie viele Menschen zu uns kommen und woher sie kommen. Die Menschen müssen darauf vorbereitet sein. Ich bin sicher, dass die meisten Menschen, wenn sie vorbereitet werden, entsprechend reagieren.

(Unruhe)

Ich will mich nicht am Begriff „Integrationskurse“ abarbeiten. Der Begriff mag dem einen oder anderen nicht gefallen. Was allerdings eine zwingende Voraussetzung dafür ist, dass sich Menschen hier wohlfühlen und möglicherweise irgendwann sogar zu Hause fühlen, ist die Vorbereitung darauf, wie unser Land funktioniert, wie Deutschland funktioniert. Der Kollege Harms hat es gesagt: Unabhängig vom **Aufenthaltsstatus** ist der Zugang nicht nur zu Sprachkursen, sondern auch zu **Integrationskursen** aus meiner Sicht eine zwingende Voraussetzung dafür, dass wir die Menschen ernst nehmen als selbstständige Individuen, die hierher kommen und nicht nur an die Hand genommen werden wollen, sondern ihr Leben irgendwann selbstständig gestalten wollen. Wir müssen diesen Zugang schaffen, damit sie sich hier zu Hause fühlen und damit das Miteinander von denjenigen, die schon

lange hier leben, und denjenigen, die zu uns kommen, funktioniert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Akzeptanz schaffen für Menschen, die aus ganz unterschiedlichen Beweggründen zu uns kommen, ist aus meiner Sicht die Grundvoraussetzung dafür, dass ein **friedvolles Miteinander-Leben** tatsächlich funktioniert. Das wäre tatsächlich gelebte Willkommenskultur, die wir nicht nur in Sonntags- und Grußadressen vor uns hertragen, sondern für die wir die Voraussetzungen schaffen müssen. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Vereinzelter Beifall FDP, CDU, PIRATEN und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank. - Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat die Abgeordnete Angelika Beer.

**Angelika Beer [PIRATEN]:**

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte noch kurz einen Aspekt ansprechen, weil in der Debatte gerade gesagt wurde, das einzige Problem, das wir hätten, sei die Landesregierung, die nichts tue. Ich glaube, wir haben andere Probleme. Deswegen möchte ich hier noch einmal einen Aspekt explizit ansprechen gerade vor dem Hintergrund - das ist vorhin schon erwähnt worden - der Wahlen in Hamburg. In einer Zeit, wo Rassismus und Ressentiments gegenüber Flüchtlingen in der Mitte unserer Gesellschaft wieder wählbar geworden sind, haben wir ein Problem mit **Entwicklungen im rechtsextrremen Raum**. Darauf müssen wir achten.

Die Zunahme der Anschläge in Deutschland, die wir alle mit Schrecken sehen, hat auch in der Rede des Ministerpräsidenten eine Rolle gespielt. Wir müssen sehr genau hingucken, was bei uns in Schleswig-Holstein passiert. Wir haben in Internetforen drei von Rechtsextremisten geprägte Gruppen: SHEGIDA, KIGIDA und NOFGIDA, unter anderem vom NPD-Ratsmitglied Proch aus Neumünster.

(Unruhe)

- Das sind die PEGIDA-Ableger in Schleswig-Holstein; das dürfte wohl bekannt sein. Die Landesregierung gibt inzwischen zu, dass der Unterschied zwischen PEGIDA und diesen drei Gruppierungen in Schleswig-Holstein darin besteht, dass die drei schleswig-holsteinischen Gruppen von Rechtsextremisten angeführt werden.

(Angelika Beer)

Es gibt Hinweise darauf, dass eine Demonstration stattfinden sollte, die dann aber nicht durchgeführt wurde. Wenn man weiß, dass genau diese Leute unter Anführung von denen, die wie Herr Proch auch im Rat von Neumünster sitzen - wie ich schon gesagt habe -, seit Monaten regelmäßig Infostände und Kundgebungen gegen die Asylflut in Boostedt veranstalten, weiß, dass diese Kommunen gerade vor diesem Hintergrund extrem viel **Unterstützung** brauchen, weil sie ihren Kopf dafür hinhalten, dass wir gemeinsam versuchen, die **Willkommenskultur** aufrechtzuerhalten. Es ist eine Bitte an die Landesregierung, dort nicht wegzusehen, sondern sehr aufmerksam zu sein.

(Beifall PIRATEN)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Nun hat der Herr Kollege Torge Schmidt von der Fraktion der PIRATEN das Wort. Ich habe eine Redezeit von 9 Minuten notiert.

**Torge Schmidt [PIRATEN]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Keine Angst, ich werde keine 9 Minuten brauchen.

(Beifall Lars Winter [SPD] - Zuruf)

- Gute Frage! Weil ich gar nicht so viel sagen möchte. Ich möchte noch einen Punkt ansprechen, den auch die Kollegin Damerow angesprochen hat, nämlich das Thema **Abschiebehaft**. Ich persönlich bin der Meinung, dass, wenn man in Schleswig-Holstein die Abschiebehaftanstalt schließt - was ich persönlich ausdrücklich für richtig halte -, man konsequenterweise nicht zur Abschiebehaft insgesamt stehen kann.

Frau Damerow hat zum Beispiel gesagt, dass sie die Abschiebehaft beibehalten möchte. Ich halte fest: Konsequenterweise bedeutet das für mich, dass es, wenn Menschen abgeschoben werden, mir relativ egal ist, ob das über Rendsburg oder eine Abschiebehaftanstalt in einem anderen Bundesland geschieht. In der Konsequenz bedeutet das nämlich für mich, dass wir bundesweit Abschiebehaft abschaffen müssen.

(Beifall PIRATEN, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Darauf wollte ich hinaus. Man kann sich nicht hier hinstellen und auf der einen Seite sagen: Es ist gut, Rendsburg zu schließen. Das kann man aus haushaltspolitischer Sicht gut finden. Stattdessen muss

man konsequenterweise dafür sorgen, dass auf Bundesebene dafür gesorgt wird, dass die Abschiebehaft abgeschafft wird. Deshalb finde ich es richtig, dass meine Fraktion diesen Antrag gestellt hat. Ich finde es wichtig, dass wir im Ergebnis dazu kommen. Deswegen sollte auch auf Bundesebene die Forderung sein, die Abschiebehaft abzuschaffen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall PIRATEN)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Ich habe jetzt Herrn Abgeordneten Kubicki mit einer maximalen Redezeit von 15 Minuten.

(Anita Klahn [FDP]: Das schafft er locker!)

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst eine Vorbemerkung: Ich finde es schon sehr bezeichnend - Frau Kollegin Herdejürgen, vielleicht richten Sie das dem Kollegen Stegner aus -, dass er sich darüber beschwert, dass der Kollege Günther draußen zum Thema Interviews gibt, was die deutsche Öffentlichkeit vielleicht interessiert, während Herr Stegner jetzt bei so einem wichtigen Thema den Saal verlassen hat, um zum Karneval zu fahren.

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Aber er hat nicht geredet!)

- Gleichwohl: Wer sich hier so aufbläst und sagt, das sei so ein wichtiges Thema, dass alle anwesend sein sollten, sollte auch wirklich bis zum Schluss anwesend sein!

(Beifall FDP und CDU)

Ich weiß, dass bei Sozialdemokraten nicht immer gleiches Recht für alle gilt, sondern nur Recht für Sozialdemokraten.

Ich möchte etwas zum Abstimmungsverhalten meiner Fraktion sagen.

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Korrekte Zitate wären schon hilfreich!)

- Ich bin daran gewöhnt, korrekt zu zitieren, Frau Herdejürgen, auch wenn es Ihnen nicht gefällt. Wir können schlicht und ergreifend im Protokoll nachlesen, was Herr Dr. Stegner gesagt hat.

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Das machen wir!

- Dr. Heiner Garg [FDP]: Wollen wir wetten?  
- Heiterkeit)

(Wolfgang Kubicki)

- Mit Frau Herdejürgen würde ich gern abendessen gehen. Ich bin ja nun mit Stegner geschlagen.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Kollege!

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Wir haben in dieser Frage - Frau Präsidentin! - annähernd die gleiche Auffassung, wie sie aus dem Antrag der regierungstragenden Fraktionen hervorgeht - bis auf einen einzigen Punkt. Er ist in der Debatte bisher nicht ausreichend erörtert worden, Lars Harms.

Wenn man **Abschiebehaftanstalten** grundsätzlich abschaffen will, muss man sich fragen, ob man damit nicht grundsätzlich die Abschiebung abschafft. Die Frage ist: Was machen wir mit denjenigen, die sich permanent und renitent einer Abschiebung widersetzen? Eine Ingewahrsamnahme ist in Ordnung. Sie darf aber maximal 48 Stunden andauern, wenn überhaupt. Es gibt Fälle - das wissen wir -, in denen nachhaltig gegen das geltende Recht verstoßen wird. Solange diese Frage nicht beantwortet wird, müssen wir für diese Sonderfälle, wie wir finden, die Abschiebehaftanstalten aufrechterhalten - aber nur für die Sonderfälle. Wir sollten möglichst ein Verfahren finden, bei dem wir sie nicht mehr benötigen.

Sicher ist jedenfalls, dass für Minderjährige, schutzbedürftige Personen, Schwangere, Kranke und Alte Abschiebehaft grundsätzlich nicht infrage kommt. Wir sind eigentlich auf dem gleichen Weg. Noch einmal: Sie sind nicht dabei, die Frage zu beantworten: Was machen wir mit denjenigen, die sich durch dauernden Entzug einer Abschiebung widersetzen?

Wenn wir so etwas fordern, müssten wir konsequenterweise sagen: Abschiebung kommt grundsätzlich nicht mehr vor. Das kann aber ernsthafterweise niemand wollen, weil damit ein Teil der **Akzeptanz** verloren geht. Von der Tendenz her also gleiche Richtung: Wir enthalten uns, weil wir zwar die gleiche Tendenz haben, aber wegen der Nichtbeantwortung dieser Frage leider nicht zustimmen können.

(Beifall FDP)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank. - Jetzt hat die Frau Kollegin Midyatli für eine Restredezeit von 3 Minuten das Wort.

**Serpil Midyatli [SPD]:**

Das wird reichen! - Ich möchte hier ganz deutlich klarstellen, dass es einen Unterschied zwischen einer Abschiebehaftanstalt und Abschiebungen gibt. Wir führen weiterhin **Abschiebungen** auch ohne eine Abschiebehaftanstalt durch. Wir müssen feststellen, dass wir in den letzten Jahren, in denen es in Rendsburg noch eine Abschiebehaftanstalt gab, so gut wie keine Belegungen hatten. Fakt ist auch - das muss man auch sehen, Kollege Kubicki -, dass die meisten **Rückführungen** ohne Probleme stattfinden. Bei den Flüchtlingen, die die Schleswig-Holsteiner zurückführen, ist es gang und gäbe, dass wir sie nicht in eine Abschiebehaftanstalt stecken. Wir haben aus Erfahrungen gelernt, dass wir nicht so ein Monstrum von Einrichtung - übrigens für viel Geld - vorzuhalten brauchen. In den meisten Fällen ist es so, dass diejenigen, die kein **Anrecht auf Asyl** bekommen haben - Kollegin Damerow, das habe ich in meiner Rede auch gesagt -, wenn das Asylverfahren abgeschlossen ist, auch abgeschoben werden.

Das war schon immer Fakt. Wir können uns ja nicht über Bundes- oder EU-Gesetzgebung hinwegsetzen. Die Äußerungen auch der CDU gingen dahin, wir würden uns über Bundesrecht hinwegsetzen und irgendwelche Regelungen treffen, die nicht rechtens seien; das möchte ich zurückweisen. Es scheint aber gang und gäbe zu sein, sich ans Rednerpult zu stellen und Sachen herauszuhauen. Dazu gehört auch das, was gerade eben gelaufen ist. Wenn Ralf Stegner zu einem Punkt spricht, bleibt er bis zum Ende dieser Diskussion im Saal und rennt nicht nach draußen und gibt Interviews.

(Zuruf)

- Nein, das ist nicht falsch. Das können Sie sich in jeder Debatte, in der er redet, anschauen. Ich habe hier in der Flüchtlingsdebatte diskutiert. Ich bin auch die ganze Zeit im Raum gewesen. Ich bin auch die Ansprechpartnerin.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe CDU und FDP: Oh!)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Meine Damen und Herren!

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wir bleiben auch im Raum, wenn der Ministerpräsident redet!)

- Sie hätten noch 12 Minuten, Herr Kubicki. Aber nur, wenn Sie nach vorn kommen.

**(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)**

Ich sehe jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr. Ist das richtig? - Dann schließe ich die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung über die vorliegenden Anträge. Ich muss Sie fragen - die Debatte war ziemlich lang -, damit ich sicher bin, dass ich es richtig mitbekommen habe. Ich habe nicht gehört, dass die Anträge dem Innen- und Rechtsausschuss überwiesen werden sollten, sondern die Debatte so verfolgt, dass Sie in der Sache abstimmen wollen. Ist das richtig?

(Zurufe: Ja!)

Dann kommen wir zur Abstimmung zu a), Antrag der Fraktion der PIRATEN, Drucksache 18/2682, sowie dem Änderungsantrag Drucksache 18/2735. Ich schlage Ihnen vor, abweichend von der Geschäftsordnung den vorliegenden Änderungsantrag zu einem selbstständigen Antrag zu erklären. - Widerspruch sehe ich nicht. Dann werden wir so verfahren.

Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion der PIRATEN, Drucksache 18/2682, abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der PIRATEN. Wer diesen Antrag ablehnt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das sind alle anderen Abgeordneten. Wer enthält sich? - Logischerweise niemand. - Dieser Antrag ist gegen die Stimmen der PIRATEN mit den Stimmen aller anderen Abgeordneten abgelehnt.

Ich lasse dann über den Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/2735, abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Piratenfraktion, des SSW, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Wer diesen Antrag ablehnt, den bitte ich jetzt

um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der CDU. Wer enthält sich? - Das sind die Kollegin und die Kollegen der FDP-Fraktion. - Damit ist dieser Antrag mehrheitlich mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und PIRATEN angenommen.

Ich komme zur Abstimmung über b), Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/2699. Wer diesem Antrag seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. - Das sind die Kolleginnen und Kollegen von der Piratenfraktion, von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW. Wer lehnt diesen Antrag ab? - Das sind die Abgeordneten der CDU-Fraktion. Wer enthält sich? - Das sind erneut die Kollegin und die Kollegen der FDP-Fraktion. Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW sowie der Piratenfraktion angenommen.

Meine Damen und Herren, es ist 18 Uhr. Ich frage in die Runde, ob die Parlamentarischen Geschäftsführer sich darauf verständigt haben, weitere Tagesordnungspunkte aufzurufen. - Sie überlegen noch und brauchen eine Weile? - Bis morgen früh um 10.00 Uhr?

(Heiterkeit)

Ich unterbreche die Tagung und freue mich, Sie morgen früh um 10 Uhr mit einer neuen Tagesordnung wieder zu begrüßen.

Die Sitzung ist geschlossen

**Schluss: 18:01 Uhr**